

ON

077-1001/1001

VA

AKUT

onner Student-inn-enMagazin

D⁰

Universitätsbibliothek
Bonn

SP & BUNDESTAG

FACHSCHAFTEN

ASTA-♀-GESPRÄCH

RHEIN IM ARSCH



077 UN 1061 UNIV

WAHLEN WAHLEN WAHLEN WAHLEN WAHLEN

INHALT

TITEL

"DIE REVOLUTION BEGINNT
IN DER WOHNUNG." 6

Karen Braun und Jan Baumeister sprachen mit elf im AStA tätigen Frauen über ihre sich, ihre Arbeit und Männer

AKUT-WAHL '87 5/9/15/21/29

Wahlen, Wahlen, Wahlen ... und Wahlwerbung, auch bei uns. Jürgen Brües präsentiert den Werbeeinheitslook der Bundestagsparteien

HÄTTEN SIE S GEWUSST? 10

Die Redaktion fragte 257 Student-innen nach SP und AStA, nach Wahlabsichten und Informationsquellen

HOCHSCHULE

VON VERTRÄGEN UND VERTAGEN 12

Hilfskräfte im Landtag und beim Kanzler (der Universität) - die Opposition will helfen (sagt sie) und die SPD weiß nicht - und der Kanzler schaut von oben herab

GEOGRAPHIE UND MILITÄR 16

Die Fachschaft der Erdkundigen klärt auf: das Militär zerstört die Umwelt - Bilanz einer Bundesfachtagung

VIER BIOLOGEN, DIE AUSZOGEN,
IN BAYERN DAS FÜRCHTEN ZU
LERNEN! 17

Abbau demokratischer Grundrechte oder wie die Bundesfachtagung der Biologen kriminalisiert wurde

WEGE AUS DEM WETTRÜSTEN 18

Bonner "Naturwissenschaftler für den Frieden" zu SDI

KRIPPENSPIEL 18

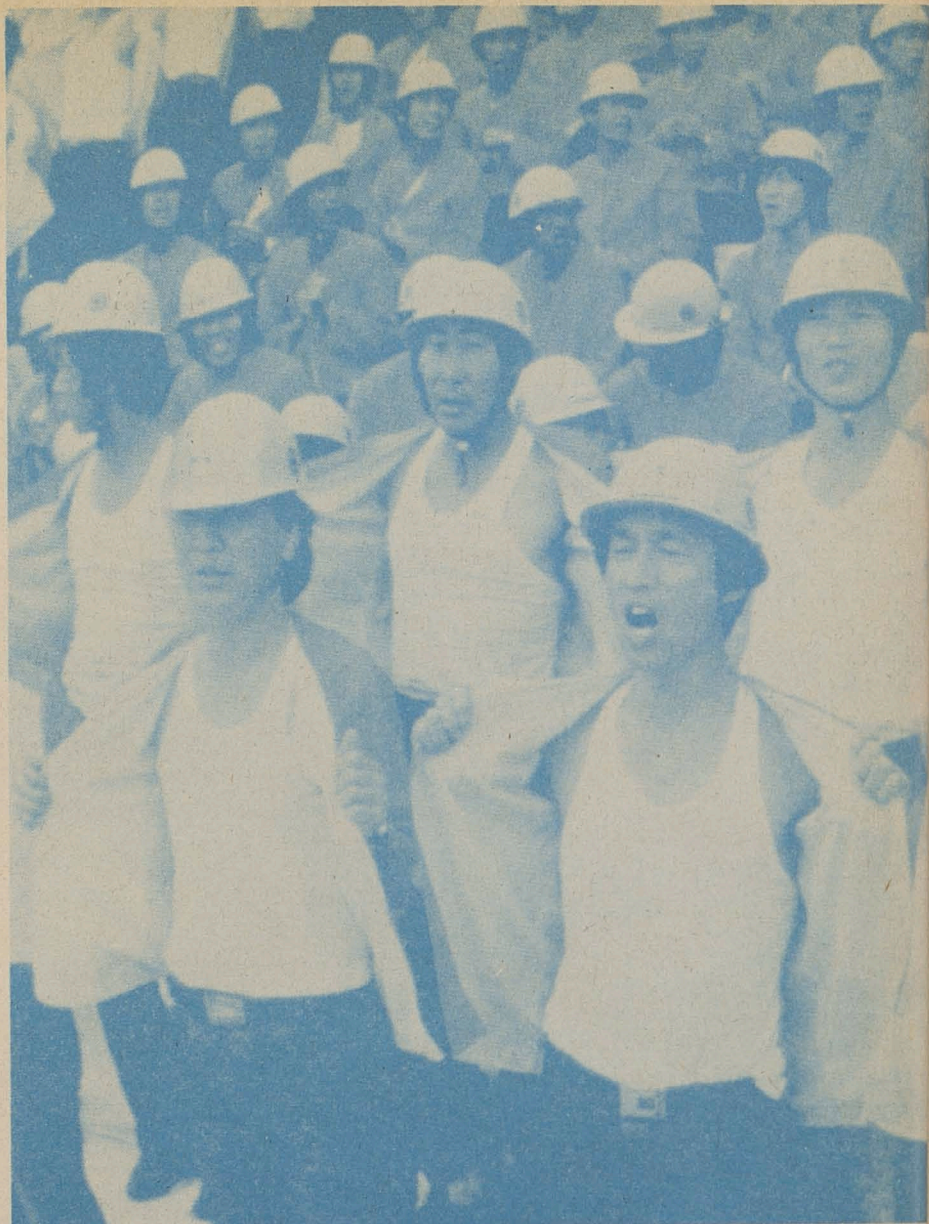
Kurz nach Weihnachten wichtige Infos über die studentische Kinderkrippe

WOHIN GEHT DER ZUG? 20

Ethnologen fragen - wer antwortet?? Wird der Bahnhof dichtgemacht?

DER ASTA LEGT RECHENSCHAFT
AB 22

Schon wieder ein Jahr um, ein Jahr linker AStA: was gemacht wurde, wer gemacht hat, breiten (fast) alle Referate aus. Sieben Seiten geballte Information für Neugierige, Pedanten und unentschlossene Wähler



IMPRESSUM

Anschrift für alle:
AKUT-Büro
Nassestr. 11/I
5300 Bonn 1
Tel. 0228/73-7040

Druck:
Druckladen; Euskirchener Str., Bonn

Redaktionsschluß der nächsten
Ausgabe: 29. Januar 1987.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Garantie übernommen - Kürzungen behalten wir uns vor!

AKUT No. 220 vom 5. Januar 1987
Nachrichtenblatt der
Bonner Studentinnen & Studenten

Redaktion:
Jan Baumeister (v.i.S.d.P.)
Karen Braun
Jürgen Brües
Thomas Möller
Stefan Thiwissen

Mitarbeit an dieser Ausgabe:
Berthold Mader
Maria Jansen
Prof. Hightime
Frauke Gützkow
Horst Lüdtke
Sven-Uwe Müller
Ralf Kurpat

Herausgeber:
Studentenparlament der Rh. Friedrich-
Wilhelms-Universität zu Bonn

Alexander Leppelt und Martin
Fischer sei für die Übertragung
des Textes auf S. 42 herzlichst
gedankt. A spezieller Gruaß nach
Wean, für Eich, Ihr Buaschn!

Liebe Leserinnen und Leser,

wieder einmal eine AKUT, die vor einer, nein: zwei anstehenden Wahlen erscheint. Vor einer Bundestagswahl und erst recht vor einer Neuwahl des Studentinnen- & Studentenparlaments darf sich eine Redaktion, so sollte man meinen, im Spannungsfeld zwischen den Blöcken "Links" und "Rechts" (wie das in Bonn wohl heißt) nicht zum "Organ" einer dieser Gruppen verkommen lassen. Das dies so einfach nicht ist, belegen nicht nur die kontroversen Diskussionen innerhalb der Redaktion über die Darstellung der Kontrahenten dieses Wahlkampfes (sogar völlige Abstinenz bei der Berichterstattung wurde erwogen!) - auch die exponierte Stellung

der Redaktion selber ist Grund dafür - schließlich bestimmt das Studentinnenparlament (zumindest im groben Rahmen) die Zusammensetzung der AKUT-Redaktion.

Verständlich auch, daß einige Redakteure sich selber, sozusagen privat, im hochschulpolitischen Raum bewegen (Es kandidieren Baumeister und Brües bei der Liste LUST, Möller bei den Jusos und Thiwissen bei der GAG), während sie doch andererseits bestrebt sein müssen (?), der AKUT eine möglichst große redaktionelle Unabhängigkeit von den -sie gewissermaßen tragenden- Hochschulgruppen zu bewahren.

Das dies in den Redaktionen -auch denen der vergangenen Jahre- immer wieder zu einem Lehrstück von der Demokratie und ihren Rahmenbedingungen wird, ist einerseits bedauerlich, wenn auch mit der großen Fluktuation der Redakteure zu erklären.

Andererseits bieten diese Auseinandersetzungen um -für mich- so elementare Dinge wie Chancengleichheit, Nicht-Ausnutzung der Machtinstrumente einer "Regierung" AstA immer wieder die Möglichkeit einer Positionsbestimmung gerade innerhalb der oftmals bis in die Nähe (?) der Lächerlichkeit überzogenen Verrenkungen der dogmatischen "Hochschulpolitiker" der kandidierenden Gruppen und Grüppchen.

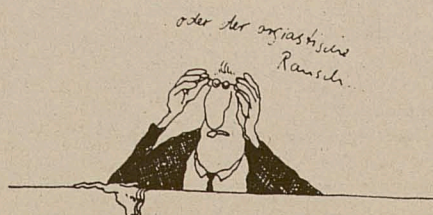
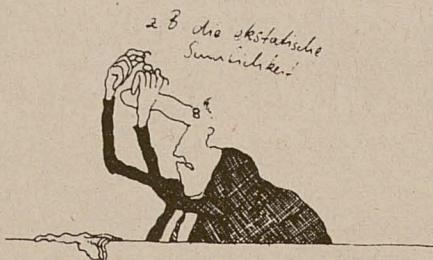
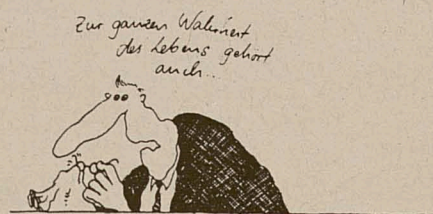
Denn letztlich werden diejenigen, die unerbittlich über Belanglosigkeiten sich die Köpfe einschlagen und immer wieder mit Flugblättern, gleich, welcher Couleur, einen imaginären, mittelmäßig dummen Gewohnheitsdeutschen oder einen Kämpfer der revolutionären Massen zur Wahl **dieser einen, unverwechselbaren** Hochschulgruppe aufrufen, von den wenigsten ernst genommen.

Sie lachen sich kaputt, die sogenannten "normalen" Studenten, die jeder zu vertreten vorgibt, über den verbohrt Fanatismus, mit dem sich die "Kubaner" der Tarngruppen und das Fußvolk der Parteirechten Schaukämpfe vor desinteressierten Hörsälen bieten!

Das sich die "Wahlkämpfer" einige dieser Überlegungen zu Herzen nehmen und andererseits die Studentenschaft nicht den Eindruck hat, mit dieser AKUT-Ausgabe nur für eine bestimmte Hochschulgruppe vereinnahmt worden zu sein, wünscht sich

Stefan Thiwisser

Aus dem Vollen geschöpft



KOMMUNALES

RHEIN IN FLAMMEN 30

In zwei Versuchen beschreiben Alexander Görbing, Sven-Uwe Müller und Ralf Kurpat den nicht nur stinkenden Rhein-GAU und Bonner Reaktionen

WERDE EIN DJ - IN ZEHN MINUTEN 32

Demnächst in Bonn: Lokalradio. Und wie wird's gemacht? Facts von Prof. Hightime

AKUTES

GESAMTDEUTSCHE SCHLÄGER 34

Der Prozeß um einen Faschistenüberfall auf Bonner Punks zeigt Verbindungen, hergestellt von Jar Baumeister

ZEITGESCHICHTE

"ÜBERALL ARBEITER- UND BAUERNRÄTE" 36

Berti Mader, seines Zeichens wandelndes Lexikon, strikes again: Die sozialistische Revolution in Ungarn 1956

FRAUEN

VON DER AUFGABE DER FRAU 38

Der RCDS weiß, wo Frauen hingehören. Maria Jansen liest Leviten

KULTUR

POESIE 41

MUSIK 42

Gestatten, deutsche Platten: von Ambros und Biermann

RUBRIKEN

INHALT 2

IMPRESSUM 2

EDITORIAL 3

MELDUNGEN 35/4

LESERBRIEFE 14/35

RÜCKSEITE 44

WAS FEHLT

MODESTADT WIEN

Der Artikel kam wegen Glatteis nicht von Hagen nach Bonn, deshalb erst in der nächsten Ausgabe

Das Oberlandesgericht Stuttgart hat für Recht erkannt: In Sachen Peter Jürgen Boock wurde auf einmal lebenslänglich befunden.

Das Verfahren gegen Boock war in so fern auf großes publizistisches Interesse gestoßen, als sich Boock von der Rote Armee Fraktion losgesagt hatte und dennoch nicht zum Denunzianten werden wollte.

Für viele potentielle "Aussteiger" wurde dem Verfahren eine Signalkwirkung zugeschrieben - wie behandeln Deutsche Gerichte (jenseits des "Deutschen Herbstes") Abtrünnige RAFler?

Allgemein wurde das Bemühen des Gerichts um eine unvoreingenommene Urteilsfindung positiv gewürdigt - wenn auch Boock nach dem Schuldspruch "Lebenslänglich" letztlich auf eine Begnadigung durch den Bundespräsidenten hoffen muß - und auch darf...

Sowohl Verteidigung wie auch Bundesanwaltschaft gingen in die Revision.

MELDUNGEN

Ungeladener Besuch

Am 9.12.86 erschienen zwei Vertreter des bayerischen Landeskriminalamtes in den Räumen der Studentenvertretung der Uni München. Sie entnahmen Schriftproben von Schreibmaschinen, um sie mit "Bekennerrbriefen der terroristischen Szene" zu vergleichen.

Der AstA Uni München schreibt in einer Presseerklärung:

1. Diese Herrschaften kamen auf Anraten von Regierungsdirektor Matschke. Hier wird von der Unileitung bewußt dazu beigetragen, die demokratisch gewählte Interessenvertretung in die terroristische Ecke zu stellen, obwohl selbst in diesem Gremium bekannt ist, daß wir Gewalt ablehnen, unsere Interessen an einem sinnvollen qualifizierenden Studium in gesellschaftlicher Verantwortung mit der Mehrheit der Student/inn/en durchsetzen wollen.

2. Der "Besuch" des LKA reiht sich ein in die bundesweite Hetzkampagne der Rechtsregierung mit ihrer "Speerspitze an den Hochschulen" (Geisler), dem RCDS, mit der versucht werden soll, die organisierte Interessenvertretung zu diffamieren und zu zerschlagen.

Moskaus Zahlstelle in Koblenz

Ein ehemaliger Bonner RCDS-Mann kocht die Legende vom Demonstrantenkauf auf. Gezahlt hat angeblich nicht Moskau, sondern der AstA der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Koblenz.

"Demonstrantenkauf in Koblenz" - unter dieser Schlagzeile verbreitete die Agentur "background press" (bp) am 31.10.86, der AstA der EWH Koblenz habe Teilnehmern der Friedensdemonstration in Hasselbach/Hunsrück ein Handgeld von 50 DM gezahlt. Der Betreiber der Agentur, die bei der Bundespressekonferenz unbekannt ist, Uwe Spindeldreier, beruft sich auf einen CDU-Abgeordneten, den er nicht nennen will.

Die bp-Meldung wurde später vom "Union Informationsdienst" (UID) übernommen. Der CDU-Abgeordnete im Bundestag Daweke verwendete sie in einer Bundestagsanfrage.

Uwe Spindeldreier kandidierte 1984 für den RCDS zum Bonner Studentenparlament. Er kombiniert den Mythos vom bezahlten Demonstranten mit einem Angriff auf die verfaßte Studentenschaft wegen Wahrnehmung des politischen Mandats: "Mit 'Zweckentfremdung' wäre die Bezahlung von

Demonstranten zu leicht umschrieben. Hier muß man schon von einer frivolen Variante des Betruges sprechen."

Der AstA der EWH Koblenz sieht in der Handgeld-Kampagne einen Versuch, die Studentenvertretung an ihrer eigentlichen Arbeit zu hindern, indem man sie mit der Richtigstellung vermeintlicher Behauptungen in Atem hält. Da der UID dem AstA eine Gegendarstellung verweigerte, schaltete die Studentenvertretung einen Rechtsanwalt ein, um eine Unterlassungsklage durchzusetzen. Alle AstA-Mitglieder erklärten eidesstattlich, niemandem Geld angeboten zu haben.

Offenbar können sich die Herren Daweke und Spindeldreier nicht vorstellen, daß Menschen aus Überzeugung demonstrieren. Sollte man etwa die "Akut" beauftragen, für 50 DM Demonstranten anzuwerben, würde davon Flugblätter drucken lassen. Die würden erheblich mehr als einen Demonstranten motivieren.

Mainz wie es singt und lacht

Zu einer Schlägerei zwischen RCDS-Ordern und Zivilpolizisten auf der einen und einlaßbegehrenden Besuchern auf der anderen Seite kam es, als Heiner Geisler am 2.12.1986 in der Uni Mainz auftrat.

Vor den Wahlen zum Mainzer Studentenparlament hatte der RCDS Geisler eingeladen. Beim Betreten des Hörsaales tasteten männliche RCDS-Ordner Besucher beiderlei Geschlechts nach "Wurfgeschossen" ab. Als der Saal nach Auffassung des RCDS voll war, sperrten die Ordner, verstärkt durch Zivilpolizisten, den Zugang. Ein bis zwei Hundertschaften Polizei waren außerdem auf dem Campus aufgefahren. 200 Leute standen noch vor der Tür. Zwischen ihnen und der Sperr-Riege kam es zu Handgreiflichkeiten. Ein Zivilpolizist schlug den Mainzer SP-Präsidenten, Wolfgang Renner, krankenhaushausreif, ein Mitglied der Fachschaft Biologie wurde festgenommen.

Am 3. und 4.12. behauptete der RCDS auf Flugblättern, Wolfgang Renner habe den Beamten in den Unterleib getreten, eine Äußerung, die das Mainzer Landgericht am 4.12. per einstweiliger Verfügung unterband. Im Gegenzug erwirkte er RCDS eine "Einstweilige" gegen die Behauptungen

von AstA, Jusos und Basisgruppen, der RCDS habe die Besucher "handverlesen" und Skins, Neonazis und Bundeswehrschaffern mit dem Saalschutz beauftragt. Die Jusos, die das Vorgehen der Ordner mit SS-Einsätzen verglichen hatten, entschuldigten sich hierfür in einem offenen Brief. Wolfgang Renner konnte am 5.12. in der "Mainzer Allgemeinen" lesen, daß ein Ermittlungsverfahren gegen ihn läuft.

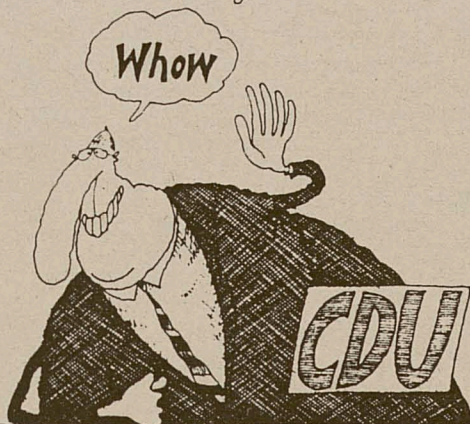
Während der RCDS erklärte, eine "Krawall-Truppe des MSB Spartakus aus Frankfurt" sei zu spät zu der Veranstaltung gekommen, sprach der AstA Uni Mainz von einer "gewollten politischen Strategie" des RCDS, um zum einen "unliebsame Störenfriede fernzuhalten, zum anderen durch Prügeleszenen am Rande die rhetorische Beschwörung des "linken Chaotentums" zu untermauern. Der Zentrale Fachschafftenrat "verurteilt das Vorgehen des RCDS und der Polizei aufs Schärfste und erklärt sich solidarisch mit dem StuPa-Präsidenten Wolfgang Renner".

AKUT Wahl '87

Der Wahlkampf läuft auf Hochtouren, auch an uns wollten die vier Bundestagsparteien nicht vorbeigehen und überfluteten uns mit ihren Anzeigenaufträgen. Um diese Anzeigen unseren Lesern in ausgewogener Form zu präsentieren, erklärten sich die Wahlkampfstrateg-inn-en bereit, sich auf einen formal gleichen Aufbau der Anzeigen zu einigen. Die Ergebnisse finden sich im Heft verteilt, jeweils durch das obige Signet gekennzeichnet.

Der Grund für diesen ungewöhnlichen Schritt waren die Erfahrungen des letzten Bundestagswahlkampfes 1983. Im Kampf um jede Zweitstimme waren die Kandidaten noch nie so persönlich und direkt aufgetreten. Nachdem eine Infas-Umfrage ermittelt hatte, daß der außereheliche Geschlechtsverkehr in der Bundesrepublik immer mehr zunimmt und bereits 24% der Bundesbürger eine positive Einstellung zu ihm gewonnen haben, griffen die Spitzenpolitiker auf eigene Erfahrungen zurück: Kohl verwertete den Klatsch um seine zur Oberregierungsrätin beförderte Sekretärin, Vogel nahm ältere Erlebnisse zum Anlaß und Genscher - dem Werbetexter wegen seines Aussehens von amourösen Geständnissen abriet - bezog sich auf die altbekannte enge Verbindung von Politik und Sexualität. - Die Resultate dieser Kampagne drucken wir zur Erinnerung nebenstehend nochmals ab.

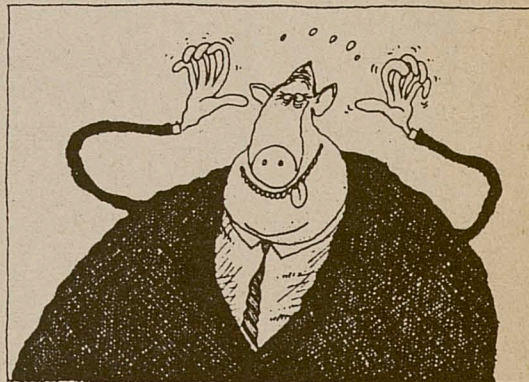
„Als Kanzler des Vertrauens werde ich meine Zweierkiste endgültig auf dem Schrottplatz der Geschichte beerdigen!“



ARBEIT für meine Freundin
FRIEDEN mit meiner Frau
ZUKUNFT für den flotten Dreier

F.D.P.
Die Liberalen

Geilheit braucht Mut.



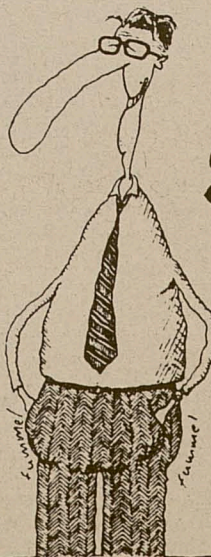
Die F.D.P. war schon immer für irgendwie offene Zweierbeziehungen.

Totaler Wahnsinn!
Unser Land ist vollgestopft mit verklemmten Superspießern.
Und jetzt will ausgerechnet so eine Flöte auch noch Kanzler werden.



SPD

Im deutschen Interesse werde ich als Bundeskanzler Vogel mit aller Kraft allem, was Röcke trägt und verheiratet ist, hinterherpfeifen.



Deutschland braucht wieder einen Kanzler, der sich an den Sack packt. Joehen Vogel.

«Die Revolution beginnt

EIN GESPRÄCH MIT DEN IM ASTA TÄTIGEN

Akut: Der Bonner AStA besteht zu mindestens 50 % aus Frauen. Ich habe aber noch von keiner von euch das Bild im "General-Anzeiger" entdecken können. Tippt ihr hier die Protokolle?

Vera: Die meisten Referate sind mit Frauen besetzt. Die AStA-Politik wird vorwiegend von Frauen gemacht.

Gabi: Und der Vorsitzende, von dem dauernd was in der Presse kommt, der ist halt mehr so'n Repräsentierstückchen.

Akut: Es gibt das autonome Frauenreferat. Welche Auswirkungen hat dessen Existenz auf die Arbeit des AStA? Fühlen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der anderen Referate davon freigesprochen, feministische Politik zu betreiben?

Sabine: Ich denke schon, daß das eine vorherrschende Meinung vieler Männer im AStA ist. Ich finde es notwendig, daß insgesamt der AStA eine feministische Politik macht. Zumindest die Frauen tun das auch zu großen Teilen. Das Frauenreferat ist erstmal für die expliziten Frauenfragen zuständig. Es ist nicht möglich, in jedem Referat auch noch alle möglichen Frauenfragen mitzubehandeln.

Elisabeth: Frauenpolitik kann nicht alleine durch ein Frauenreferat vertreten werden, sondern sie spielt überall eine wichtige Rolle. Für mich ist wichtig, meine Politik als Frau auch im Ökoreferat durchzusetzen.

Gabi: Ich habe den Eindruck gewonnen, daß das Frauenreferat eine Alibifunktion hat für die anderen Referate, sich nicht mehr um Frauenpolitik zu kümmern. Worauf wir angesprochen werden, ist Zusammenarbeit mit anderen Referaten. Wir sind vom Sozialreferat angesprochen worden zu einer Veranstaltung, allerdings zu 'ner frauenspezifischen Sache, wo die sich wahrscheinlich nicht so kompetent fühlen.

Vera: Ich denke, daß der Feminismus Politik infizieren muß wie ein Virus, daß Frauen im AStA in sämtlichen Bereichen arbeiten müssen. Im Ökoreferat werden andere Projekte laufen, wenn eine Frau die macht, als wenn ein Männergremium da sitzt. Oder im Kulturreferat, wo Männern erstmal bewußt gemacht werden muß, daß es auch Künstlerinnen gibt, daß es auch Theatergruppen gibt, die mit Frauen besetzt sind, und daß man diesen Gruppen die Möglichkeit geben muß aufzutreten.

Mechthild: Ich sitze im Konvent und da kann ich nicht an diesen Themen vorbeigehen. Als es um die Aufgaben der Universität ging, daß auch die Sicherung der Gleichberechtigung der

sondern kollektive Arbeitsweise. Und dann nicht abgehobene Politik zu machen, sondern zur Basis zurückzugehen und mit denen zu diskutieren.

Akut: Jeder gute männliche Sozialist würde das auch unterschreiben.

Sabine: Es ist auch in einem Links-AStA zu sehen, daß Männer größere Schwierigkeiten haben, kollektiv zu arbeiten.

Susanne: Bei Männern ist es häufig so, daß sie, wenn man sie mit der Nase drauf stößt, auf einmal wach werden und sagen: Ihr habt ja recht. Aber wenn sie feministische Politik machen sollen oder wenigstens die Frauen berücksichtigen in ihrer Politik - das können Männer nicht, weil sie das gar nicht merken.

Charis: In dem Moment, wo Frauen in Gremien reingekommen und arbeiten, treiben sie in ihrer Art und Weise Politik.

Martina: Wenn Frauen in Gremien



BEFRAGT
VON
KAREN
BRAUN
UND
JAN
BAUMEISTER

Frauen dazugehört, da wurden die Probleme von Frauen gleichgesetzt mit Parkplatzproblemen, mit Problemen von Brillenträgern usw. Mit den Profs ist überhaupt keine ernsthafte Auseinandersetzung darüber möglich

Akut: Was ist eigentlich feministische Politik?

Sabine: Der Begriff wird im AStA sehr wenig diskutiert. Als Ziel formuliert: die Unterdrückung der Frau zu beseitigen. Als Methode: eine Arbeitsweise, die nicht völlig individualisiert und einzelkämpferisch ist,

reingehen, kann man das als Frauenpolitik bezeichnen. Aber ich würde unterscheiden zwischen Frauenpolitik und feministischer Politik. Was die CDU macht, kann durchaus Frauenpolitik genannt werden, aber das ist nicht feministische Politik

Elisabeth: Für mich bedeutet Frauenpolitik ähnliches wie feministische Politik, auch wenn unter Frauenpolitik 'ne Menge läuft, was gar keine ist.

Gabi: Das ist jetzt Trend, daß alle Parteien Frauenpolitik machen. Irgendjemand hat sie darauf aufmerksam gemacht: die meisten Wähler sind Wählerinnen und die nächsten Wahlen werden durch Frauen entschieden.

in der Wohnung.»

AKUT SP-Wahl '87

GRAUEN ÜBER SICH, IHRE ARBEIT UND MÄNNER

Vera: Es hat sie nicht irgendwer darauf aufmerksam gemacht, sondern das ist eine Errungenschaft der Frauenbewegung. Solange sie genügend Repressionsmechanismen hatten, die Frauen ruhig zu halten, sind sie darauf nicht gekommen.

Akut: Ist Frau Süßmuth als Ministerin für Jugend, Familie, Gesundheit und Frauen ein Sieg der Frauenbewegung?

Sabine: Die CDU hat kapiert, daß sie ohne die Frauen nicht weiter Politik machen kann. Darauf ist die Einsetzung von Rita Süßmuth zurückzuführen. Aber das ist eine Vereinnahmungsstrategie der Rechten: die Frauen für sich zu gewinnen, dabei gleichzeitig gegen die Interessen der Frauen vorzugehen. Das kann man auch an der Uni sehen, am Beispiel des Bafög-Kahlschlags, der einfach bedeutet, daß Eltern, die einen Sohn und eine Tochter und wenig Geld haben, den Sohn studieren lassen und nicht die Tochter. Die Studentinnenzahlen gehen seit '83 zurück, zum erstenmal seit zehn Jahren. Die Studienmotivation von Abiturientinnen ist von 90 % auf 50 % gesunken. Es ist nicht nur so, daß die CDU Frauen nicht fördert, sondern sie verstößt gegen Fraueninteressen. Flexibilisierung der Arbeitszeit und Heimarbeit bedeuten, daß Frauen flexible Arbeitskräfte zu Hause sein sollen, flexible Zuarbeiter für Unternehmer bilden.

Gabi: Es gibt auch Frauen in der CDU, die Politik machen. Die haben erreicht, daß die CDU jetzt im Wahlkampf den § 218 nicht mehr anrührt. Ansonsten gilt für die immer noch: Familienpolitik geht vor Frauenpolitik.

Martina: Die stellen noch nicht einmal Frauenpolitik hinter Familienpolitik, sondern Frauenpolitik ist gleich Familienpolitik. Das ist nicht nur bei der CDU so.

Maya: Nicht die Frauen in der CDU haben das bewirkt, daß der § 218 nicht angegriffen wird, sondern 'ne negative Öffentlichkeit durch feministische Gruppen.

Isabelle: Wo behauptet wird, daß Frauenpolitik betrieben wird, kommt es darauf an, daß die Politik von den Frauen gemacht wird, die ein feministisches Verständnis von Politik haben, die nicht kosmetische Maßnahmen wie Mutter-und-Kind-Stiftung machen,

sondern die Strukturen angreifen, die solche Maßnahmen notwendig machen.

Martina: Nach feministischem Politikverständnis ist das Private politisch. Es reicht nicht, auf der üblichen politischen Ebene zu agieren, ein feministisches Politikverständnis muß auch in privaten Sachen umgesetzt werden.

Charis: Die Revolution beginnt in der Wohnung.

Elisabeth: Die Frau fängt nicht im Großen an, Politik zu machen, sondern im Kleinen, in der Beziehung zu ihrem Freund, Mann...

Gabi: Warum nicht der Mann?

Elke: Den muß man dazu zwingen.

Akut: Wie sieht es denn konkret mit Diskriminierung von Frauen an der Uni aus?

Charis: Ich kann dazu nichts sagen. Ich werde in erster Linie als Ausländerin gesehen, nicht speziell als Frau.

Vera: In der Politologie ist es so, daß der größte Teil der Seminardiskussion bestimmt wird von Männern, daß Professoren süffisant lächelnd über Beiträge von Frauen hinweggehen, daß Frauen, die zu spät zur Vorlesung kommen, die Knie des Tutors als Sitzplatz angeboten werden. - In der Sportwissenschaft gibt es einen Dozenten, der mittlerweile berüchtigt ist unter den Studentinnen, der einer Frau, nachdem sie ihre Examensarbeit bei ihm angemeldet hatte, den Arm um die Schultern legte, mit dem Mund in die Nähe ihres Ohres kam und sagte, man würde sich sicher im Verlauf des Exams noch näher kommen.

Sabine: In VWL hat sich ein Assistent darüber aufgeregt, daß Frauen überhaupt mit Computern zu tun haben. - In der Haushaltswissenschaft, wo 95 % Frauen sind, wird untergeschoben: ist ja ein sinnvolles Studium, wenn sie

Im Rahmen der Beschäftigung mit den Wahlen zum Student-innenparlament erschien es uns sinnvoll, eine möglichst große Gruppe von politisch aktiven Leuten des AStAs zur Sprache kommen zu lassen. Statt beispielsweise mit dem AStA-Vorsitzenden zu reden, kommen hier elf Frauen dazu, über ihre persönlichen und politischen Erfahrungen zu sprechen. Im einzelnen kommen zu Wort:

Charis Alaza, Ausländerreferat, HAB; Maya Ziemann, Finanzreferentin, LUST; Vera Vordenbäumen, Kulturreferat, LUST; Sabine Zolper, Hochschulreferentin, SHB; Susanne Jochheim, Hochschulreferentin, Juso-HSG; Mechthild Hahne, Friedensreferentin, SHB; Gabi Hermannsky, Autonomes Frauenreferat, Autonome Frauen; Martina Lorsch, Autonomes Frauenreferat, Autonome Frauen; Elke Gröger, Autonomes Frauenreferat, Autonome Frauen; Isabella Krause, Autonomes Frauenreferat, Autonome Frauen; Elisabeth Verhaag, Ökoreferentin, GAG.

später im Haushalt arbeiten... EHW dient als Abkürzung für "enorm heiratswillig". - In Jura werden Frauen lächerlich gemacht, in Fallbeispielen sind Frauen entweder blöd, Prostituierte oder sie treiben ab. - Es ist sogar vorgekommen, daß ein Prof gesagt hat, daß bei ihm eh keine Frau Examen zu machen braucht, bei ihm kommen keine Frauen durch. Das war im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich.

Gabi: In Romanistik sind über 80 % Frauen. Die Männer haben wesentlich bessere Chancen, hinterher einen Beruf zu finden oder auch uni-intern gefördert zu werden. Der Großteil der Hilfskräfte sind Männer.



«Die Revolution beginnt in der Wohnung.»

Isabella: Es werden z.B. in Geschichte Vorlesungen angeboten, in denen die Rolle der Frau in der Geschichte gar nicht berücksichtigt wird.

Vera: Es gibt mittlerweile so'n Zug, daß Professoren Studentinnen anbieten, zu einem feministischen Thema ihre Examensarbeit zu schreiben, wobei das nur dazu dient, die Frauen auseinanderzunehmen, ihre Nichtwissenschaftlichkeit nachzuweisen.

Gabi: Es gab Beispiele, daß Frauen hervorragende Examensarbeiten geschrieben haben, die von Professorinnen auch angenommen wurden, und der Prof, der die Arbeit gegenlas, kannte die feministischen Quellen nicht.

Mechthild: Ich empfinde als Manko, daß zu wenig Frauenforschung betrieben wird. Ich würde mir wünschen, daß die Situation von Frauen in Seminaren analysiert wird.

Vera: Inwiefern wird Feminismus in den linken Hochschulgruppen und im HAB (Hochschulverband der Ausländer in Bonn, d. Red.) diskutiert?

Elisabeth: Wir sind ziemlich wenig Frauen mittlerweile. Aber ich würde sagen, daß die Männer dem aufgeschlossen sind, aber von selbst nie auf die Idee kämen.

Sabine: Im SHB gibt es eine Frauengruppe, dadurch wird ständig über Frauenthemen, Feminismus usw. unter Frauen diskutiert. Und dann diskutieren wir auf Mitgliederversammlungen die Dinge, die wir in der Frauengruppe diskutiert haben. Mit Männern ist die Diskussion schon mühsam, aber sie vollziehen sie nach und tragen unsere Positionen mit.

Charis: Die Mehrheit im HAB sind die Männer. Frauen kommen nur auf Vollversammlungen, Veranstaltungen usw. Wir möchten aber in diesem Jahr Seminare machen mit dem Thema "Die ausländische Frau in der Bundesrepublik". Die Frauen im Iran, in Griechenland, in der Türkei, in Italien sind anders erzogen als die Frauen hier; das hat auch mit der Religion zu tun.

Susanne: Frauenfragen werden bei uns selbstverständlich diskutiert. Die Ansichten sind kontrovers, eine einheitliche Lösung haben wir nicht. Wir unterstützen die Forderungen zu einer Frauenbeauftragten an der Uni und sprechen uns für eine Quotierung aus.

Elke: Die autonomen Frauen haben bei der Diskussion mit der LUST festgestellt, daß dort - wahrscheinlich in den linken Hochschulgruppen allgemein - die Methode, eine Sache anzugehen, eine andere ist, als mit der wir

da rangehen. Bei der LUST ist die Tendenz dagewesen, alles sehr global zu betrachten und auf eine Endveränderung hin zu diskutieren, während unser Ansatz ist, im eigenen Umfeld was zu ändern und die Repression im eigenen Umfeld aufzuzeigen.

Elisabeth: Wenn du alle Gruppen da mit drunter nimmst, würde ich mich dagegen wehren. Ich würde sagen, daß ich nicht nur global darüber rede, sondern versuche, in meiner Gruppe meine Ziele durchzusetzen.

Isabella: Du hast doch gesagt, ihr habt noch nicht einmal darüber diskutiert in der GAG?

Elisabeth: Ja, aber ich muß doch nicht darüber diskutieren, ich kann trotzdem versuchen, meine Ziele dort durchzusetzen.

Isabella: Das ist aber dann eine Privatsache und hat mit der Gruppe nichts zu tun.

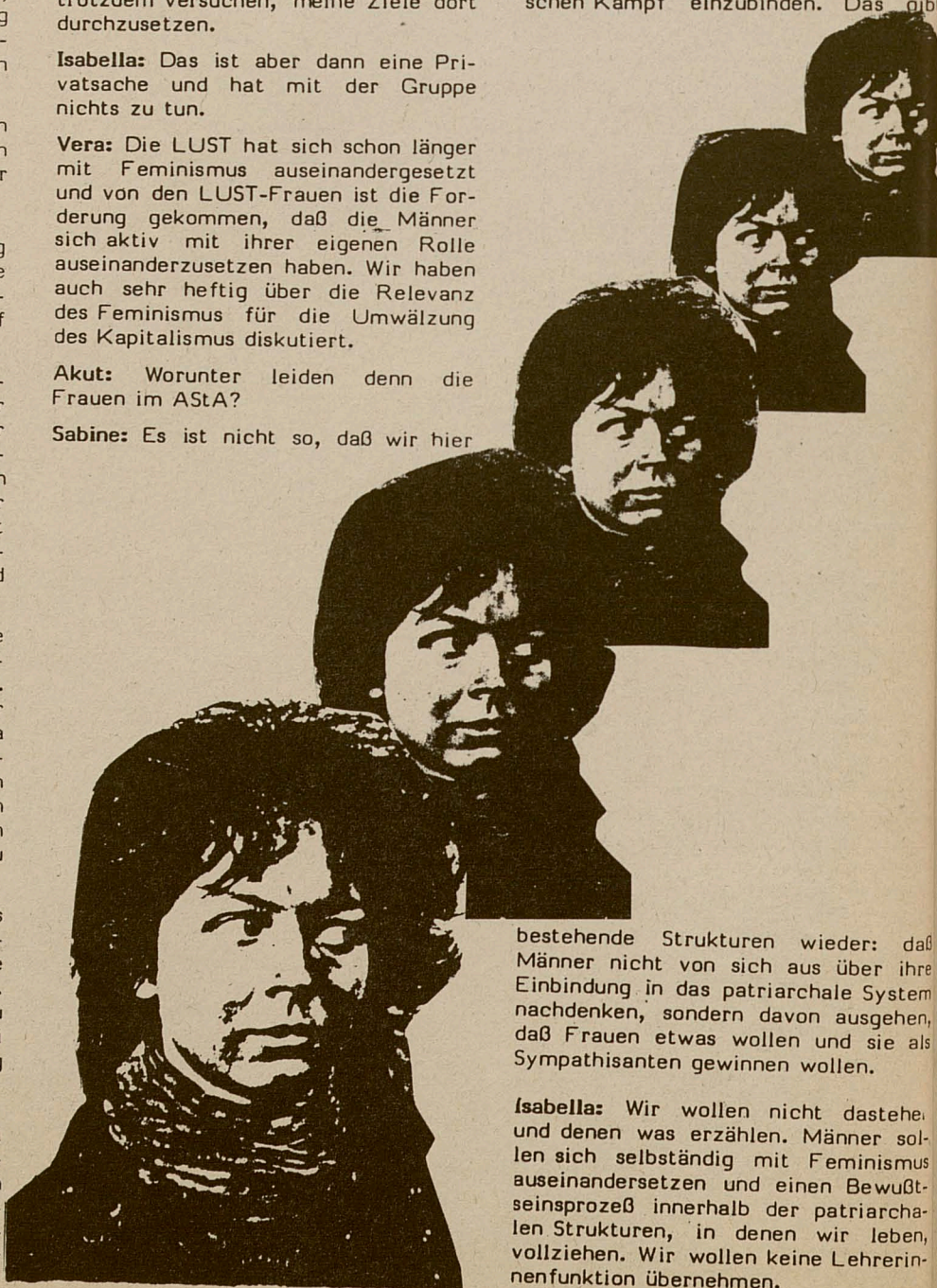
Vera: Die LUST hat sich schon länger mit Feminismus auseinandergesetzt und von den LUST-Frauen ist die Forderung gekommen, daß die Männer sich aktiv mit ihrer eigenen Rolle auseinanderzusetzen haben. Wir haben auch sehr heftig über die Relevanz des Feminismus für die Umwälzung des Kapitalismus diskutiert.

Akut: Worunter leiden denn die Frauen im AstA?

Sabine: Es ist nicht so, daß wir hier

eine Insel hätten, wo keine patriarchalen Strukturen existieren. Das ist einmal so eine platte Ebene, daß blöde Sprüche kommen, daß man mit Mädels angeredet wird oder Schätzchen oder sonstwas. Oder auf einer subtileren Ebene, daß die Männer lieber ihren Kram alleine machen, daß eine Mentalität existiert: ich profilieren mich hier. Das ist bei Frauen nicht so.

Martina: Ich finde es ignorant, von Frauen zu verlangen, daß sie in Hochschulgruppen einbringen, daß dort eine Diskussion über Feminismus in Gang kommt. Männer kommen immer wieder und sagen: Ihr wollt ja was von uns, darum ist es wichtig, uns was zu vermitteln und uns in euren politischen Kampf einzubinden. Das gibt



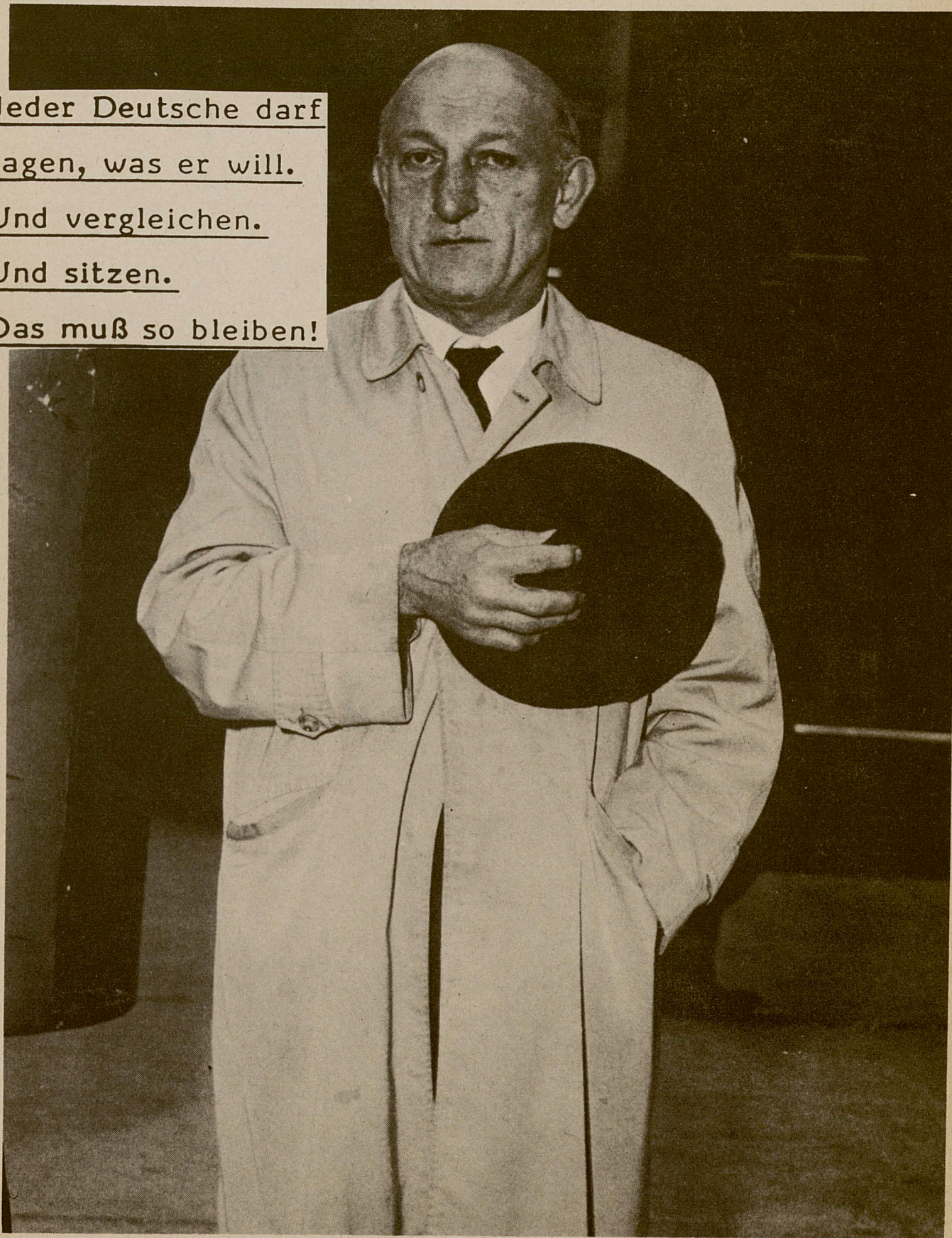
bestehende Strukturen wieder: daß Männer nicht von sich aus über ihre Einbindung in das patriarchale System nachdenken, sondern davon ausgehen, daß Frauen etwas wollen und sie als Sympathisanten gewinnen wollen.

Isabella: Wir wollen nicht dastehe und denen was erzählen. Männer sollen sich selbständig mit Feminismus auseinandersetzen und einen Bewußtseinsprozeß innerhalb der patriarchalen Strukturen, in denen wir leben, vollziehen. Wir wollen keine Lehrerinnenfunktion übernehmen.

Wilfried D.,
Hausbesitzer

AKUT
Wahl '87

Jeder Deutsche darf
sagen, was er will.
Und vergleichen.
Und sitzen.
Das muß so bleiben!



WEITER SO! ZUKUNFT STATT DENKEN. C D U

Hätten Sie's gewusst?

Wissen die Studenten eigentlich, worum es bei der SP-Wahl geht? Dieser Frage ging Akut in der Woche vor Weihnachten in einer Umfrage nach. Kennen die Studenten die Hochschulgruppen? Wissen sie, wie sich Studentenparlament und AStA zusammensetzen? Wollen sie zur Wahl gehen? Aus welchen Quellen informieren sie sich? Mit diesen Fragen wandten wir uns an ca. 750 Student/inn/en in Mensen und Cafeterien und erhielten 257 verwertbare Bögen zurück.

Repräsentativ war die Umfrage nicht. Die Nichtwählergruppen der Doktoranden, Examenkandidaten und Pro-Forma-Student/inn/en erreichten wir nicht. Viele, die sich selbst für schlecht informiert hielten, füllten den Bogen gar nicht erst aus. So wundert uns nicht, daß fast 80% zur Wahl gehen wollen - eine Beteiligung, von der der Wahlleiter nur träumen kann (1986 ca. 34%). Etwas verschoben war auch das Geschlechterverhältnis (169 Männer, 86 Frauen, 2 Geschlechtslose) und die Verteilung auf die Fakultäten. Erheblich differierte das Links-Rechts-Verhältnis: 118 zu 43. Wohl eine Reaktion auf den Veranstalter der Umfrage. Vor Vergleichen mit der letzten Wahl seien die Hochschulgruppen dringend gewarnt.

Geschlecht	Alter	Fakultät	Semester	Fehler-SP	Fehler-Akt	Fehler-Serie	eig. Kenntnis	SP-Wahl	Information
männlich	bis 20	Phil-Fak	1-2	0	0	0	keine Aug.	keine Aug.	keine Aug.
169	34	57	65	73	69	73	61	6	20
weiblich	21-22	Med-Fak	3-4	1	1	1	weiß nicht/keine	weiß nicht	Bauer-Tourenschau/SA
86	79	75	40	64	54	107	35	4	68
keine Aug.	23-24	Landwirt.	5-7	2	2	2	keine bri	ja	Schneiss
2	72	27	68	49	33	47	5	197	61
	25-26	Staatswis.	8-∞	3	3	3	RCdS	mein	Akut
	43	57	77	21	27	13	11	49	12
	27-28	Medizin		4	4	4	LA		Flugblätter
	17	6		17	20	17	25		20
	29-30	Pädagogik		5	5	5	Kritische F.		Fachschaf
	2	6		4	52	3	9		103
	31 bis...	Theologie		6		6	GAG		Mitstudent/innen
	2	25		1		1	32		151
				7		7	JUSOS		Politische Gruppen
				2		0	18		52
				8		8	SHB		Sonstige
				4		0	16		5
				9		9	LOST		
				20		3	28		
							WEHRT EUCH		
							13		
							RSG		
							6		

alle

Alter	Fakultät	Semester	Fehler-SP	Fehler-Akt	Fehler-Serie	eig. Kenntnis	SP-Wahl	Information
bis 20	Phil-Fak	1-2	0	0	0	keine Aug.	keine Aug.	keine Aug.
17	27	20	20	22	25	23	4	11
21-22	Med-Fak	3-4	1	1	1	weiß nicht/keine	weiß nicht	Bauer-Tourenschau/SA
36	21	16	21	12	37	16	3	22
23-24	Landwirt.	5-7	2	2	2	keine bri	ja	Schneiss
16	7	25	16	9	14	1	63	20
25-26	Staatswis.	8-∞	3	3	3	RCdS	mein	Akut
14	18	25	10	13	5	3	17	37
27-28	Medizin		4	4	4	LA		Flugblätter
3	3		8	5	3	8		69
29-30	Pädagogik		5	5	5	Kritische F.		Fachschaf
0	5		3	25	1	2		28
31 bis...	Theologie		6		6	GAG		Mitstudent/innen
0	5		0		0	10		49
			7		7	JUSOS		Politische Gruppen
			0		0	5		14
			8		8	SHB		Sonstiges
			2		0	2		1
			9		9	LOST		
			6		1	11		
						WEHRT EUCH		
						4		
						RSG		
						4		

Frauen

Obwohl nur 19,4% Nichtwähler sind, gaben 38% keine Gruppenpräferenz an - dankbare Opfer für Wahlkämpfer/innen.

Einen Knüller blieben die Befragten uns allerdings schuldig. Daß, wer besser informiert ist, zugleich mehr Semester auf dem Buckel hat und mit höherer Wahrscheinlichkeit wählen geht, dachten wir uns schon. Wertet man nach Geschlecht, Semesterzahl, Fakultäten... aus, so ergeben sich bei jeder Untergruppe die erwarteten Trends, z.B. daß Juristen eher nach rechts tendieren... Oder auch das: Die Wähler der linken Gruppen sind im Durchschnitt älter.

Exemplarisch servieren wir Euch die Ergebnisse der Geschlechter und derjenigen, die sich sowohl aus Flugblättern informieren als auch die SP-Zusammensetzung kannten (dh die behalten sogar, was sie da zu lesen kriegen).

Ermütigen können wir die Flugblattschreiber: Ihre Produkte sind allem Spott zum Trotz l. Informationsquelle der Student/inn/en, gefolgt von den Mitstudent/inn/en und der AKUT. Interessanter waren die Meinungen da-

rüber, wer im SP und im AStA sitzt. Nur eine Minderheit nannte exakt die richtigen Gruppen (SP: 74, AStA: 70). Häufigster Fehler war die Annahme, nicht die Kritischen Fachschafter sondern Frust säßen im SP. Die Kritischen Fachschafter waren kaum bekannter als die 1985 eingeschlafene Frust. Ihren Ausstieg aus dem AStA hat die Öffentlichkeit nicht mitbekommen. Der KHB, Hochschulgruppe des Arbeiterbundes zum Wiederaufbau der KPD, sollte überlegen, in Bonn eine Ortsgruppe aufzumachen - rund ein Achtel der Befragten wähnt ihn ohnehin in SP und AStA. In den Augen jedes 10. hat der SDS seine Auflösung vor 16 Jahren gut überstanden. Er spukt immer noch durch die 1. Etage der Nassestraße 11!

Frage vier schließlich lehrt, daß das Image der Gruppen bei ihren Sympathisanten weitgehend ihrem Selbstbild entspricht. Einige Proben (nicht repräsentativ!): "Wehrt Euch - liberal, RCDS - liberal", "LUST - A", "Kritische Fachschafter - keine bestimmte politische Richtung", "JHG - sozialdemokratisch; Arbeit, Frieden, Umwelt", "GAG - bürgerlich, 'grün'", "LUST - links von der GAG", "LA - weil wir uns nicht festlegen wollen", "Modern Talking" (und in den Anmerkungen "Frage 4 war ulkig").

Jan Baumeister

Alter	Fakultät	Semester	Fehler-SP	Fehler-AStA	Fehler-Serie eig.	Kenntnis	SP-Wahl	Information
bis 20	Phil-Fak	1-2	0	0	0	keine Aug.	keine Aug.	keine Aug.
17	30	45	53	47	48	38	2	9
21-22	Kath-Nat	3-4	1	1	1	weiß nicht/keine	weiß nicht	Bonner Band-schau/GA
43	54	24	43	42	70	19	1	46
23-24	Landwirt.	5-7	2	2	2	Koelibri	ja	Schmüss
56	20	43	33	24	33	4	134	41
25-26	Staatswis.	8-∞	3	3	3	RCdS	mein	AKUT
29	39	52	11	14	8	8	32	85
27-28	Medizin		4	4	4	LA		Flugblätter
14	3		9	15	5	17		136
29-30	Pädagogik		5	5	5	Kritische F.		Fachschaft
2	1		1	27	2	7		75
31 bis...	Theologie		6		6	GAG		Mitsudent/in
2	20		1		1	22		102
			7		7	JUSOS		Politische Gruppen
			2		0	13		38
			8		8	SHB		Sonstiges
			2		0	14		4
			9		9	LUST		
			14		2	17		
						WEHRT EUCH		
						9		
						RSQ		
						2		

Männer

AKUT
SP-Wahl '87

Geschlecht	Alter	Fakultät	Semester	Fehler-SP	Fehler-AStA	Fehler-Serie eig.	Kenntnis	SP-Wahl	Information
männlich	bis 20	Phil-Fak	1-2	0	0	0	keine Aug.	keine Aug.	keine Aug.
37	16	48	16	61	54	41	22	1	
weiblich	21-22	Kath-Nat	3-4	1	1	1	weiß nicht/keine	weiß nicht	Bonner Band-schau/GA
77	37	40	23	53	28	50	10	2	27
keine Aug.	23-24	Landwirt.	5-7	2	2	2	Koelibri	ja	Schmüss
0	28	7	29	—	13	19	2	103	27
	25-26	Staatswis.	8-∞	3	3	3	RCdS	mein	AKUT
	18	20	43	—	7	3	2	8	74
	27-28	Medizin		4	4	4	LA		Flugblätter
	10	1		—	3	1	17		114
	29-30	Pädagogik		5	5	5	Kritische F.		Fachschaft
	0	1		—	9	0	5		54
	31 bis...	Theologie		6		6	GAG		Mitsudent/in
	1	17		—		0	14		71
				7		7	JUSOS		Politische Gruppen
				—		0	7		26
				8		8	SHB		Sonstiges
				—		0	11		1
				9		9	LUST		
				—		0	17		
							WEHRT EUCH		
							6		
							RSQ		
							1		

Information: Flugblätter
0 der 1 Fehler - SP

VON UND VERTRÄGEN VERTAGEN

NEUES ZUR "HILFSKRÄFTEFRAGE"

Was ein solcher Tarifvertrag enthalten sollte, und warum er notwendig ist, haben wir in der AKUT 218 dargelegt. Im Laufe der Arbeit der Hilfskräfte-Initiative hat sich gezeigt, daß die Verantwortlichen entweder sehr zufrieden damit sind, daß wir eine finanzpolitische Manövriermasse sind - Finanzminister Posser, Uni-Kanzler Wahlers-; oder unsere Forderung nach einem Tarifvertrag nur mit schönen Worten unterstützen - Wissenschaftsministerin Brunn, die SPD-Fraktion -; oder in Haushaltsdebatten beantragen, den materiellen Standard der Unis zu erhalten - die Fraktionen von FDP und CDU.

Das Semester begann für die Hilfskräfte mit einer 3,5%igen "kostenneutralen" Lohnerhöhung zum 1. 10. 1986 (der ersten seit Juli 1983!). Der Haken: Der Finanzminister wies die Uni-Leitungen zwar an, den Hilfskräften mehr zu zahlen, stellte ihnen aber nicht die erforderlichen finanziellen Mittel im Haushalt zur Verfügung. Folge: Der Rektor behielt sich Stellenstreichungen zum 1. 4. 1987 vor! Von Stellenstreichungen ist laut Wahlers in diesem Jahr nicht auszugehen; in der Physik wurden jedoch zum WS 86/87 sechs Tutor-inn-en weniger als üblich eingestellt.

Hochschulen nach mehr Eigenverantwortlichkeit bei der Verwendung der vom Land bereitgestellten Mittel entgegen. Diese Praxis wird von der Wissenschaftsministerin toleriert, der Landesrechnungshof bemängelt jedoch, daß einige Unis hierbei zu weit gehen. Da die Unis diese Ausgleichsmöglichkeit haben, hält es die Landesregierung nicht für erforderlich, außer unserer Vergütung auch die Mittel der Hochschulen entsprechend zu erhöhen. Die Uni Köln hat als einzige dagegen protestiert; daß die anderen Unis mit dieser Mehrbelastung zurechtkommen, oder Hilfskräfte entlassen, stimmt uns sehr nachdenklich!

Deshalb sind wir mit mehreren aus der Hilfskraft-Initiative, verstärkt durch ein Mitglied der ÖTV-Betriebsgruppe, anlässlich der 2. Lesung des Landeshaushalts 1987 nach Düsseldorf gefahren, um unsere Forderungen mit Vertretern der drei Landtagsfraktionen zu diskutieren:

1. Unverzügliche Einleitung von Tarifverhandlungen zwischen Finanzminister Posser und den zuständigen Gewerkschaften GEW und ÖTV,

2. Erhöhung der Mittel der Universitäten im Landeshaushalt 1987, um die Erhöhung der Bezüge der Hilfskräfte zum 1. Oktober 1986 abzudecken.

DIE OPPOSITION IM LANDTAG

Herr Schultz-Tornau (Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung) und Herr Paar - beide FDP - berichteten uns von ihrer dringlichen Anfrage am 26. 11. 1986 im Rahmen der Haushaltsdebatte, die Haushaltsansätze für die Vergütung der wissenschaftlichen und studentischen Hilfskräfte an den nordrhein-westfälischen Hochschulen um 3,5% zu erhöhen. Dieser Antrag wurde von der CDU-Fraktion unterstützt, nicht jedoch von der SPD-Fraktion. Herr Brautweiler (CDU, ebenfalls Mitglied im o. g. Ausschuss) führte in diesem Zusammenhang aus, daß seine Fraktion keinen Deckungsvorschlag für diese Mehrausgaben erarbeitet habe, da sie den Haushalt als Ganzes ablehne. Die FDP tritt für eine Absicherung der Beschäftigtengruppe der Hilfskräfte ein, um einen Stellenabbau oder die uni-interne Umschichtung von Haushaltsmitteln zu vermeiden. Des-

VON DER SCHWIERIGKEIT, GEHÖR UND UNTERSTÜTZUNG ZU FINDEN

HOCHSCHULE

DER UNI HAUSHALT

Zunächst ein paar Worte zur Finanzierung der Hilfskräfte: Im Uni-Haushalt ist der Topf 425 "Bezüge der wissenschaftlichen und studentischen Hilfskräfte" in der Titelgruppe 94 "Ausgaben für Lehre und Forschung" aufgeführt - d. h. wir zählen zu den Sachmitteln, nicht zum Personal. Desweiteren existiert ein "einseitiger Deckungsvermerk" - d. h. die bei den Bezügen eingesparten Mittel können anderweitig ausgegeben werden, für Berufungszusagen, Reagenzgläser, Bücher, Ausstattungsgegenstände, Forschungsreisen. Diese sachfremde Verwendung beläuft sich in Bonn auf ca. 10%, und kommt dem Wunsch der



weiteren versicherte Schultz-Tornau, er werde im Ausschuss für Wissenschaft und Forschung die Probleme der Hilfskräfte noch im ersten Halbjahr 1987 auf die Tagesordnung bringen; schließlich sei ihm auch daran gelegen, diese Gruppe im Zuge der Beratungen des neuen wissenschaftlichen Hochschulgesetzes (WissHG) zu hören.

In beiden Gesprächen wurde die Problematik der "Eigenverantwortlichkeit der Hochschulen" breit diskutiert: Das Parlament verabschiedete mit den Uni-Haushalten nur einen Rahmen, die Verteilung der Mittel sei eine inneruniversitäre Angelegenheit. In diesem Prozeß gibt es keine Möglichkeit für uns, Einfluß zu nehmen oder einen bestimmten Anteil der Mittel für die Beschäftigung der Hilfskräfte zu fordern. Die studentischen Vertreterinnen können uns nur von den Entscheidungen der Finanzkommission berichten.

Als wir unsere Vorstellungen von einem Tarifvertrag und einer Personalvertretung für Hilfskräfte äußerten, stellten wir erstaunt fest, daß sich die Herren noch nicht mit diesen Formen ein Mindestmaß an rechtlicher Absicherung zu erreichen, auseinanderzusetzen hatten.

DIE WISSENSCHAFTSMINISTERIN

Die Position von Frau Brunn fasse ich hier anhand ihrer Äußerungen bezüglich des FDP-Antrages (s. o.) in der Plenarsitzung vom 26. 11. 1986 (Plenarprotokoll 10+35, S. 2677ff) zusammen:

Ausgangspunkt von Frau Brunn ist die Feststellung, daß Hilfskräfte für die Aufgaben von Forschung und Lehre unverzichtbar sind, und diese Tätigkeit für viele die ökonomische Grundlage für ihr Studium ist. Aufgrund der angespannten Finanzlage müssen die erhöhten Bezüge jedoch aus dem unveränderten Haushaltsansatz bezahlt werden - dadurch werden die Dispositionsmöglichkeiten der Hochschulen reduziert: Mittel, die bei den Hilfskräften früher eingespart wurden, um sie für andere Zwecke zu verausgaben, müssen jetzt für die eigentliche Bestimmung verwendet werden. Diese Verfahren, die Löhne zu erhöhen ohne die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, ist bei den Hilfskräften möglich, weil bei diesen Personalkosten keine Tarifverträge zugrunde liegen. Frau Brunn betonte mehrfach, daß die Situation so schwierig sei, weil die Hilfskräfte keine tarifvertraglichen Ansprüche haben, die seitens der Landesregierung befriedigt werden müßten.

MÖBEL-KISTE.
Auswahl - Qualität - Beratung

Ordnung ist der halbe Schreibtisch...

... vier geräumige Schubkästen, mehrfach verstellbare Platte, Bleistiftfächer und Griffmulden. Ein Arbeitsplatz, an dem die Pflicht zum Hobby wird.



TONI II mit viel Massivholz. 70 x 140 cm
IN **498,-**

Drehstuhl mit lustiger Streifenpolsterung, mit allem Sitzkomfort, nach neuesten Sitznormen.
IN **158,-**

MÖBEL-KISTE.
Thomas Mann Str. 22
5300 Bonn 1

HOCHSCHULE

Diese Position der Landesregierung stellte uns Herr Wenck, Referent der SPD-Fraktion, in groben Zügen dar. Im weiteren Verlauf des Gesprächs diskutierten wir den Mißbrauch der

DES KANZLERS WORTE IN DER HILFSKRÄFTE OHR

Am 17. 12. trafen sich zwei Mitglieder der Bonner Hilfskraft-Initiative mit Kanzler Wahlers und dem Finanzreferenten Herrn Jacobs zu einem Gespräch. Gegenstand des Meinungsaustausches waren u. a. die haushaltstechnische Situation und die Frage der tarifrechtlichen Absicherung der Hilfskräfte.

Im Verlauf des Gesprächs äußerte Herr Wahlers die Meinung, daß Hilfskräfte durch ihre Tätigkeit den Vorteil eines besseren Zugangs zu wissenschaftlicher Arbeit genießen und sich dabei ein angenehmes Zubrot zu ihrem Studium verdienen können; außerdem stelle die Versorgung mit wissenschaftlichen Hilfskraftstellen eine Bereitstellung von "verkappten Promotionsstipendien" dar. - Diese Äußerung wirft ein bezeichnendes Licht auf die Einstellung zu der Arbeit von Hilfskräften.

Sollten Hilfskräfte wirklich lediglich "verkappte" materielle Zuwendungen

zur Ermöglichung von Promotionen (und womöglich auch anderen Studienabschlüssen) erhalten? Haben sie nicht reguläre Arbeitsverträge unterschrieben, die die Vergütungen von entsprechenden Leistungen im Hochschulbetrieb regeln? Ist es nicht die Erfahrung der überwiegenden Zahl der Hilfskräfte, daß die von ihnen geleistete Arbeit die Zahl der vergüteten Arbeitsstunden übersteigt, daß bei immer häufiger werdender Halbierung, Drittelung usw. der Stellen die Vergütung gesunken, die anfallende Arbeit aber dieselbe geblieben ist? Übernehmen nicht schon heute Hilfskräfte verschiedentlich Aufgaben, die von anderem Hochschulpersonal geleistet werden müßten?

Hat sich der Kanzler in der Wahl seiner Worte vergriffen, oder ist er (vielleicht nicht nur er) wirklich der Ansicht, daß Hilfskräfte zur Beförderung ihrer Karriere großzügige Gratifikationen erhalten, für die sie vor allem der Hochschule dankbar sein sollten?

Langsam ist es an der Zeit, die "Hilfskräftefrage" auch einmal in den erweiterten Zusammenhang des Stellenpotentials für junge Wissenschaftlerinnen an den Hochschulen zu diskutieren.

Jahrelang sind Assistentinnen-Stellen, Stellen im Mittelbau gestrichen oder geteilt worden. Die Laufzeiten der abgeschlossenen Verträge sind immer kürzer geworden: Mit dem 1985 verabschiedeten Hochschulfrustrationsgesetz sind weitere Möglichkeiten einer immer rascheren "Rotation des Nachwuchs-Personals" eröffnet worden.

Besteht für die Hochschule nicht eine Verpflichtung, geeignete Stellen zur Qualifizierung in Forschung und Lehre für junge Wissenschaftlerinnen zur Verfügung zu stellen, und diese Bereitstellung auch anders aufzufassen als im Sinne einer dankenswerten Privilegierung eines kleinen Personenkreises von "Befähigten"? Wie überhaupt stellt sich unsere Universität die ("ihre") Zukunft junger Wissenschaftlerinnen vor, wenn für diese nur eines gewiß ist: die Unkalkulierbarkeit ihrer Beschäftigung an den Hochschulen.

Horst Lüttke

"VERKAPPTES PROMOTIONSSTIPENDIUM" ODER "TEILZEITBESCHÄFTIGUNG" ?

FÜR DIE FORDERUNG NACH EINEM TARIFVERTRAG FÜR STUDENTISCHE UND WISSENSCHAFTLICHE HILFSKRÄFTE

einseitigen Deckungsfähigkeit des Haushaltstitels 425 in der Titelgruppe 94: Es wurde nicht ganz klar, ob es eine Absprache zwischen der Ministerin und den Uni-Leitungen gibt, eine bestimmte Grenze bei der sachfremden Verwendung der Mittel für die Bezüge der Hilfskräfte nicht zu überschreiten, oder ob es nur der Wunsch ist, die Unis würden ihre Eigenverantwortlichkeit nicht ausnützen. Was die Frage des Tarifvertrages betrifft - diese Diskussion müsse in der Fraktion noch intensiviert werden.

HOCHSCHULE

LESERBRIEFE

betr.: Leserbrief von Jörg Dietzel in "Akut" Nr. 219

"P.S.: Uwe Rübesamen muß bei der Wahlauszählung die Mädchen am 'Kolibri'-Tisch völlig übersehen haben. Vielleicht war er ja zu stark auf Männer fixiert..." (Zitat J. Dietzel, Vorsitzender der Hochschulgruppe 'Kolibri', aus seinem Leserbrief)

Diese Bemerkung, Jörg Dietzel, mit der Du Deinen Leserbrief abschließt, hat mich stocken lassen.

"Vielleicht war er ja zu stark auf Männer fixiert..."

Ich gehe davon aus, daß Du Dir über die Assoziationen, die Du mit diesem Satz weckst, durchaus im Klaren bist. Die Pünktchen am Ende des Satzes signalisieren doch wohl dem Leser, hier soll er selbst weiterdenken, vielleicht, es könnte ja sein, am Ende ist dieser Uwe Rübesamen ja schwul...

Ich bin erstaunt, wie gekonnt lässig Du hier in einem Satz einen Hieb unter die Gürtellinie an einen Kommilitonen austeilst (dessen politische Orientierung Deiner eigenen ja offensichtlich wenig entspricht) und gleichzeitig eine schwulenfeindliche Äußerung unterbringst.

Ich finde eine solche Bemerkung wirklich bodenlos unverschämt, sowohl dem Kommilitonen Uwe Rübesamen gegenüber, über den Du hier Spekulationen anregst, die jeder Legitimation entbehren, als auch gegenüber Deinen homosexuellen Kommilitonen, die Du auf diese Weise subtil, aber wirkungsvoll diskriminierst.

Ein weiteres Zitat: "Die letzte Ausgabe (der 'Akut') übertrifft an Häme und Diffamierung sogar noch den Stürmer."

14 AKUT

FAZIT

Soweit die kurze Zusammenfassung der Gespräche mit "unseren Männern in Düsseldorf". Bei der Auswertung dieses Tages sowie eines Gespräches mit HerRn Wahlers kamen wir immer wieder auf die Punkte Haushalt und Tarifvertrag zurück:

1987 ist zwar nicht mit Stellenstreichungen zu rechnen - aber wie sieht es 1988 aus? Es geht uns darum, unser Stück aus dem Kuchen Uni-Haushalt abzusichern. Wir möchten in diesem Haushalt als Personen und nicht als undifferenzierter Sachmittelpf geführt werden, um einen verbindlichen Überblick über die Beschäftigung von

Hilfskräften zu erhalten. Desweiteren werden wir unsere Argumente für einen Tarifvertrag ausführlicher mit den Betroffenen diskutieren und auch Seminarleitungen, Professor-inn-en, wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter-innen einbeziehen. Aber nicht nur vor Ort, auch auf der Ebene der Landesregierung werden wir unsere Arbeit fortsetzen: Obwohl der Tarifvertragsentwurf von ÖTV, GEW und Hilfskräften seit Sommer 1986 vorliegt, ist der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung noch nicht mit dieser Idee vertraut, und auch die SPD-Fraktion hat sich noch keine schlüssige Meinung gebildet.

Frauke Gützkow

ABSCHLIESSEND MÖCHTEN WIR EUCH NOCH AUF UNSERE REGELMÄSSIGEN DIENSTAGS-TREFFEN (14-TÄGIG) AUFMERKSAM MACHEN: UM 20 UHR IM ASTA-WINTERGARTEN, NASSESTR. 11, Z. B. AM 20. JANUAR, AM 3. & 17. FEBRUAR.

Ich möchte Dich doch bitten, Jörg Dietzel, Vorsicht walten zu lassen, wenn Du Deine politischen Gegner so wenig zimperlich angreifst. Ich weise nur darauf hin, daß Bemerkungen wie "Herr X wurde in letzter Zeit häufig in Begleitung junger Männer gesehen" ein geläufiges Mittel nazistischer Propaganda war.

Sollte meine Interpretation Deines Schlußsatzes Dir nicht einleuchten, gebe ich hierzu gerne mündlich noch weitere Auskunft.

Ich bin allerdings nicht bereit, darüber zu diskutieren, ob der Stil Deines Briefes noch unter "politische Auseinandersetzung" fällt. Diese Frage ist für mich, offen gestanden, schon geklärt.

Regina Bannert

betr.: Leserbrief von Jörg Dietzel in "Akut" Nr. 219

Liebe Leser/innen, hallo Jörg!

Vielleicht erinnert Ihr Euch noch: In der "Akut" Nr. 218 hat Uwe Rübesamen sich zur Mentalität in schlagenden Verbindungen geäußert und versucht, eine Soziographie der "schlagenden Burschen" zu zeichnen. Eine bissige Charakterisierung, die ich weder bestätigen noch verneinen kann, da ich die Atmosphäre von Männerbünden höchstens aus Filmen kenne.

Das vorgestellte Szenario in Filmen und bei Uwe: "Dort tobt sich keine überschießende Maskulinität aus, dort ist nicht die letzte Feste des Mannes, dort ist die Zuflucht der Ängstlichen, dort findet die Ersatzbefriedigung derer statt, die geflohen sind vor tatsächlichen oder vermeintlichen Gefahren." Und: "(...) die hohe Intimität des reinen Männerbundes, das viele Leder der Paukanten, der Geruch von Leder und Schweiß, die Deflorationsmetaphorik mit Degen und Blut." (beide Zitate aus "Akut" 218)

Ich weiß nicht, ob diese Beschreibungen treffen, welche Formen von Erotik zwischen Angst und Macht dort gespielt werden, das wißt Ihr Männer sicherlich besser.

Jörg, zu Deinem Leserbrief aber, bzw. zu Deiner Frage, ob Uwe etwa die "Mädchen" am "Kolibri"-Tisch entgangen seien: Ich habe einige Frauen bei Eurer Hochschulgruppe gesehen und auch schon mit einigen gesprochen. Aber daß Du selbst sie nur als Mädchen wahrnimmst, als Mädchen, die nicht so gefährlich sind wie Frauen, könnte das nicht für Uwes Darstellung sprechen?

mit freundlichen Grüßen

Maria Jansen



eren
ei.
den
Se.
wis-
aft-
hen,
de
wi
de
GEW
1986
sen-
mit
die
eine

ckow

WIR
EL-
FEN
EN:
AR-
20.

el ir

: In
Jwe
in
Gert
der
nen.
ich
ann,
von
men

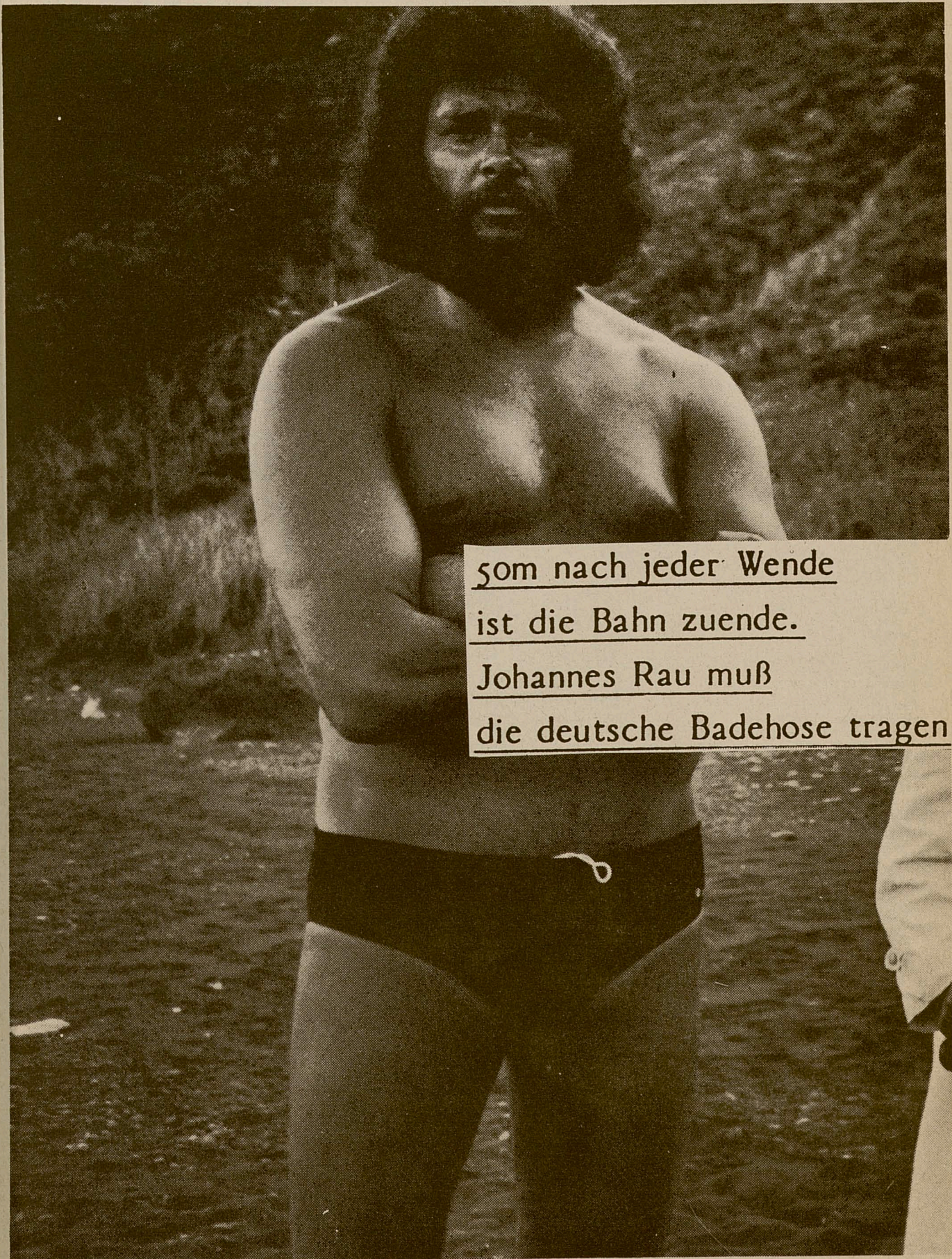
men
eine
dort
nes-
der
zbe-
phen
int-
hohe
des,
der
die
und
)

bun
Ero-
dort
nner

zw.
die
gan-
bei
und
nen.
als
nen
wie
wes

Rainer F.,
Schwimmer

AKUT
Wahl '87



50m nach jeder Wende

ist die Bahn zuende.

Johannes Rau muß

die deutsche Badehose tragen

MEHRHEIT FÜR SOWOHL ALS AUCH. S P D

Geographie und Militär

Bundesfachtagung Geographie. Gelegenheit für Fachschaften aus verschiedenen Orten, sich untereinander auszutauschen und Lösungen für gemeinsame Probleme zu diskutieren. Diskussionen über fachbezogenen Themen, die im UNI-Alltag zu kurz kommen, können geführt werden. Bei der letzten Bundesfachtagung Geographie in Malgarten bei Osnabrück ging es um Geographie und Militär.

Ein Kollege aus Münster stellte seine Diplomarbeit vor, in der interessante geographische Aspekte zur Problematik Kriegsvorbereitung, Aufrüstung und Friedensbewegung angesprochen wurden. Schwerpunkte waren:

- die Raumwirksamkeit des Militärs,
- die rechtlichen Grundlagen dieser Raumwirksamkeit,
- die Auswirkungen militärischer Anlagen auf Gemeinden,
- ein möglicher Beitrag der Geographen gegen militärische Raumwirkungen.

Übergeordnet wurden negative Umweltfolgen militärischer Nutzung bei jedem Punkt mitbehandelt.

RAUMBEANSPRUCHUNG

Hier sollen nur wenige Grunddaten der Raumbelastung durch "den größten Umweltschützer der Nation" (Anzeige der Bundeswehr) aufgezeigt werden.

- ca. 3% der Fläche der BRD werden direkt durch militärische Anlagen beansprucht,
- Tieffluggebiete überdecken 2/3 der Fläche der BRD,
- scheinbar zivile Infrastruktur beruht tatsächlich auf der Priorität militärischer Planung, z.B. viele Ost-West-Autobahnen (z.B. A60)
- Landschaftszerstörung und Beanspruchung durch Manöver.

Rechtliche Möglichkeiten?

Der Versuch, die militärische Umweltbelastung mit Hilfe der bestehenden Gesetze zu reduzieren, ist hoffnungslos. Bundesimmissionsschutz-, Bundeswald-, Wasserhaushalts- und Bundesnaturschutzgesetz beinhalten "Militärklauseln", die bei Erweiterung militärischer Anlagen, Neuweisungen und Neubauten die Bürgerbeteiligung so gut wie ausschließen. Aber auch betroffene Gemeinden haben kaum rechtliche Möglichkeiten: Das Landesbeschaffungsgesetz (übrigens aus dem Jahr 1935) und das Bundesbaugesetz/Bundesraumordnungsgesetz geben dem Verteidigungsministerium in diesen Fragen das letzte Wort...

Auswirkungen auf die Gemeindestruktur

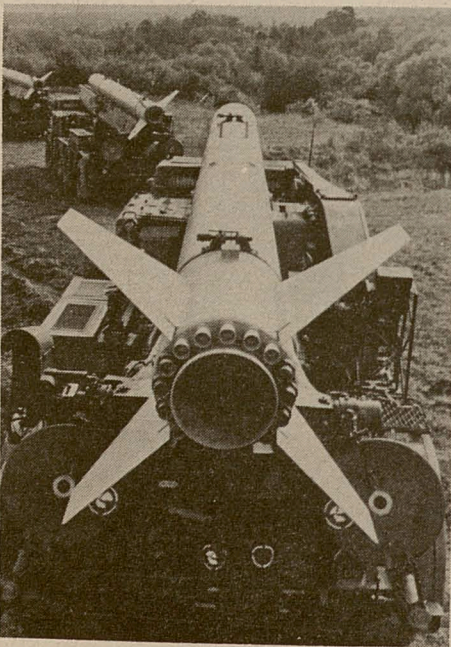
Bei diesem Punkt fragten sich manche, warum militärische Anlagen für

Gemeinden nicht positive Auswirkungen haben.

Haben wir doch von klein auf gelernt, daß das Militär in strukturschwachen Räumen ein wichtiger, auch ziviler, Arbeitgeber ist. Wurden doch gerade hier (weiteres "Zonenrandgebiet", Ei-

sen bleibt. Durch die Beanspruchung sozialer Infrastruktur wird die Gemeinde in ihren finanziellen Möglichkeiten eingeschränkt. Militäransiedlung führte auch eher zu wirtschaftlicher Einseitigkeit und sozialen Konflikten (z.B. die Ballung des "Vergnügungsgewerbes" bei Stützpunkten). Alles Faktoren, die diese Gemeinden mit einem Standortnachteil belasten.

Den politisch Verantwortlichen gelten ökologische und soziale Folgen wenig, wie



- Landschaftszerstörung durch Manöver und Übungsplätze,
- Landschaftsverbrauch,
- Bevölkerungsabwanderung,
- Gefährdung durch Waffenlagerung und -transport,
- materielle und politische Schäden,
- ...

Gegenwehr der Geographen?

Zu diesem Themenkomplex konnte sich der Arbeitskreis in seiner Machtlosigkeit mangels guter Ideen nur wenig auseinandersetzen.

Wichtig erschien es uns, die Raumwirksamkeit militärischer Planung zu erkennen und diese durch Darstellung auf meist regionaler Ebene (BIs) klarer zu machen. Die Erstellung und Verbesserung einer bereits bestehenden Umweltverträglichkeitscheckliste, die ein allgemeines Raster der militärischen Belastung verdeutlichen kann, die zeigt, welcher militärische Faktor auf welchen Umweltfaktor und welches Umweltelement Einfluß nimmt, schien interessant.

Als angewandter Abschluß des Arbeitskreises wurde ein Spaziergang zum nahegelegenen Raketenstützpunkt unternommen, den auch (fast) alle gelungen fanden.

Fachschaft Geographie

Zu diesem Themenkomplex wird die Bundesfachtagung Geographie eine Wanderausstellung der Arbeits- und Forschungsstelle "Militär, Ökologie und Planung" (Dortmund) anschaffen, die hoffentlich bald auch in Bonn zu sehen ist.

HOCHSCHULE

Abbau demokratischer Grundrechte oder

Vier Biologen, die auszogen, in Bayern das Fürchten zu lernen!

Der Generalanzeiger hat's berichtet: Die Bundeskonferenz der Anti-AKW-Initiativen (BUKO), die am letzten Novemberwochenende in Regensburg stattfinden sollte, wurde verboten. Die bayerischen Behörden und Gerichte sahen sich zu diesem Schritt gezwungen, weil radikale Kräfte unter den Tagungsteilnehmern in Diskussionspapieren offen zu Gewalt gegen Sachwerte (Masten!) aufriefen. Die Atomkraftgegner versuchten, als Biologentagung getarnt, trotz des Verbots zu tagen. Dieser Versuch konnte aufgedeckt und vereitelt werden. In der folgenden Nacht wurde die Polizei durch Demonstrationen in Atem gehalten, in deren Verlauf 46 Demonstranten wegen Ordnungswidrigkeiten festgenommen werden konnten.

Gut, das war die einer Version der Geschichte. Beginnen wir also, die Sache von einer anderen Seite zu beleuchten.

Freitagmorgen an eben diesem Wochenende, vier Leute aus der Fachschaft Biologie unserer UNI machen sich auf den Weg zu der seit Monaten geplanten Bundesfachschaftentagung in Regensburg. Man erwartet Erfahrungsaustausch über Fachschaftsarbeit und spezielle Probleme des Biostudiums, Arbeitskreise zum Umweltschutz und der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl. Größere politische Aktionen sind nicht geplant. In Regensburg angekommen, erweist sich dies jedoch als Irrtum. Auf dem ersten Plenum der Tagung wird über das Verbot des BUKO informiert und über mögliche Reaktionen diskutiert. Es wird beschlossen, an einer Demo teilzunehmen und Prof. Jens Scheer, prominentes Mitglied der Anti-AKW-Bewegung und Mitveranstalter der geplatzten BUKO, zu einem Referat im Rahmen des geplanten Arbeitskreises Tschernobyl einzuladen. Zu diesem erscheinen auch viele Atomkraftgegner und Interessierte (Spitzel) als Gäste, gefolgt von einigen Hundertschaften bayerischer Polizei und des BGS, die unverzüglich das Haus umstellen. Die Belagerung wird nicht begründet. Herr Scheer hält sein Referat. Dreieinhalb Stunden braucht die Stadt Regensburg, Eigentümerin des Tagungsgebäudes, nun, um eine Möglichkeit zu finden, die auf diese Weise unliebsam gewordenen Student/inn/en loszuwerden. Dann ist der Vorwand gefunden: Man sei ja nicht mehr jugendlich, also auch nicht berechtigt, in einem Jugendheim

zu wohnen und zu tagen. Die Räumung, zu der ganze dreißig Minuten zugewillt werden, verläuft friedlich. Einige Arbeitskreise können zwar noch behelfsmäßig abgehalten werden, aber für die auswärtigen Teilnehmer ist die Tagung mangels Übernachtungsmöglichkeit zuende.

Sowohl pragmatische Fachschaftsarbeit als auch politische Diskussionen sind durch die Räumung unmöglich gemacht worden. Diese Art der Vorge-

HOCHSCHULE



hensweise von Behörden und Polizei, die in der letzten Zeit ein erschreckendes Maß an Alltäglichkeit gewinnt, wurde für die Bonner Fachschaftsdelegation und weite Teile der von ihr informierten Fachschaft zu einem Schlüsselerlebnis.

Was soll mit solch unverhältnismäßigen und zutiefst undemokratischen Polizeieinsätzen bewirkt werden?

Die Auswirkungen gehen über einen bloßen Maulkorb für unbequeme Zeitgenossen weit hinaus.

Zwei Aspekte erscheinen besonders gewichtig:

- oppositionelle Bewegungen sollen in der öffentlichen Meinung kriminalisiert werden, um ein sich auch in breiteren Schichten der Bevölkerung entwickelndes Unbehagen als radikale Spinnerei abtun zu können

- eine Radikalisierung dieser Bewegungen, die zwangsläufig eintreten

muß, wenn man den Leuten so den Glauben an die Demokratie nimmt.

Also die breite Masse unpolitisch halten und die Aktiveren soweit radikalisieren, daß man sie einsperren kann.

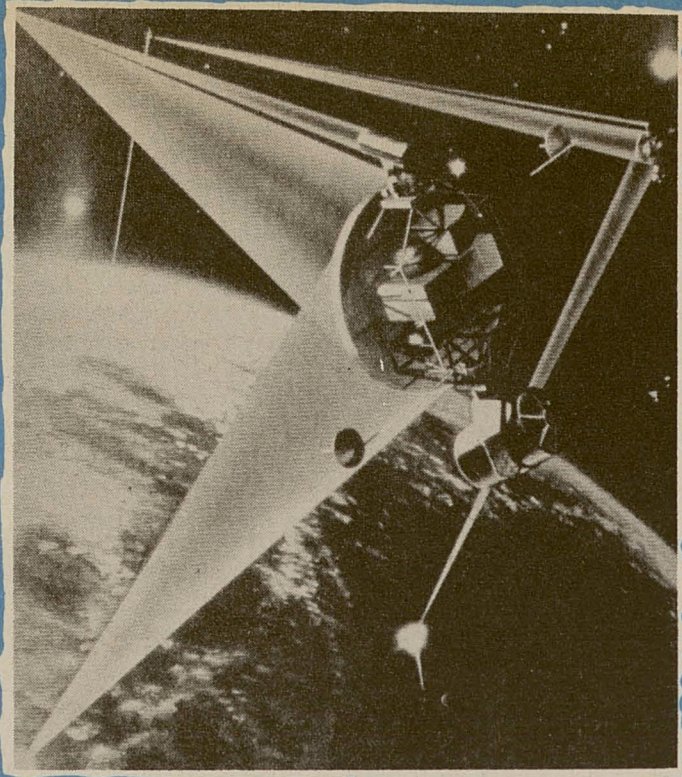
Jüngster Auswuchs dieses fragwürdigen Demokratieverständnisses ist die Erweiterung der Antiterrorgesetze. Hier will man das berechtigte Entsetzen der Bevölkerung über die von Mitgliedern der RAF in diesem Jahr begangenen Morde ausnutzen, um den Begriff des Terrorismus beliebig auszuweiten. Unverhältnismäßige Strafandrohungen, die Hochstufung bestimmter Sachbeschädigungen zu Verbrechen und ein schwammig formulierter Maulkorbparagraph lassen nichts Gutes erwarten. Einer solchen schleichenden Aushöhlung demokratischer Grundrechte gilt es, sich zu widersetzen. Wehret den Anfängen!

Fachschaft Biologie

Wege aus dem Wettrüsten

In ihrer Einstellung zur Technik werden sich die Bonner Studenten sicherlich unterscheiden. Der eine setzt schon kein übermäßiges Vertrauen in die Funktionsfähigkeit seiner Luftpumpe. Ein anderer hält die Zahlen, die sein Taschenrechner als "Wurzel 5" präsentiert, durchaus für glaubhaft, ganz zu schweigen beispielsweise von der Sicherheit moderner Flugzeuge, die ihn bis jetzt immer an sein Ziel gebracht haben.

In einem anderen Punkt lassen sich noch größere Unterschiede ausmachen. Geht es um die Bewertung der Politik beider Supermächte, prallen die Meinungen manchmal heftiger aufeinander, als wenn es um verschiedene Biersorten geht. Wo hier die verschiedenen Standpunkte liegen, kann sich jeder ohne viel Phantasie selber vorstellen. Setzt jemand genauso wenig Vertrauen in die sowjetische Friedenspolitik wie in die Machbarkeit amerikanischer Sternenkriegspläne, ergeben sich vielleicht Schwierigkeiten. Meist aber finden



HOCHSCHULE

sich beide Positionen bei Gegnern und Befürwortern der Weltraumrüstung in der richtigen Kombination. Um beide Standpunkte ausführlich zu beleuchten und zu bewerten, bräuchte man um einiges mehr Papier als das, was der Leser gerade in den Händen hat.

Vielmehr soll kurz ein Standpunkt erläutert werden, der weder auf Sicherheit durch amerikanische Technik baut, noch sich russischen Raketen "ausliefert". Im wesentlichen werden das Argumente und Ideen sein, die auch in ähnlicher Form auf dem internationalen Naturwissenschaftlerkongreß "Ways out of the Arms Race" Mitte November in Hamburg diskutiert wurden.

In Hamburg hatten sich Experten aus Ost und West getroffen, die nicht nur die Gefahren der gegenwärtigen Rüstungspolitik zeigen wollten, sondern auch Alternativen aufzeigen

konnten. In seiner Rede vom März '83 hatte US-Präsident Reagan die Wissenschaftler aufgefordert, einen Schutz vor dem nuklearen Holocaust zu entwickeln, um die Menschheit vor der Vernichtung zu bewahren. Gegen diesen Traum gibt es sicherlich nichts einzuwenden. Viele Argumente sprechen aber dafür, daß es nie einen ausreichenden Schutz vor einem nuklearen Großangriff geben kann, so daß für die Menschen danach das Leben lebenswert bleibt. Computerexperten und Physiker machten deutlich, daß kein SDI-Projekt eine Chance hat, mit der erforderlichen ungeheuren Zuverlässigkeit zu arbeiten, die der Schutz der Zivilbevölkerung erfordert. Inwieweit diese Projekte jeden finanziellen Rahmen sprengen und die materiellen und geistigen Ressourcen überbeanspruchen, soll hier nicht einmal angedeutet werden. Das Hauptargument, das an dieser Stelle von Befürwortern vorgebracht wird, ist, daß andere Pläne entweder existieren und geheimgehalten werden oder noch entwickelt werden könnten. Die Mehrheit der Mitglieder der amerikanischen

Krippenspiel

Die jüngsten Gäste der Mensa Nassestraße sind noch keine drei Jahre alt. Sie speisen separat, in der Kinderkrippe Nassestraße 9, die etwa ein Fünftel der Kleinkinder von studentischen Eltern betreut.

Die Krippe existiert seit 1969 und bestand bis 1975 als Elterninitiative, dann übernahm das Hilfswerk des Katholischen Studentengemeinde das Projekt. Die Krippe betreut heute 20 Kinder zwischen einem und drei Jahren in zwei Gruppen à 10 Kinder, die dort täglich ca. sechs Stunden verbringen. Für den Mittagsschlaf gibt es einen eigenen Raum.

Fünf Betreuerinnen arbeiten in der Nassestr. 9: zwei für jede Gruppe und eine Springkraft. Die Krippe bietet nicht nur altersbezogene Spielmöglichkeiten; sie versucht in Zusammenarbeit mit den Eltern die Kinder individuell zu betreuen, z.B. wenn es zu Hause Probleme gibt.

In Bonn gibt es 1000 bis 1500 Studenten Kinder. Da sind 20 Krippenplätze ein tropfen auf den heißen Stein. 80 Kinder stehen z. Zt. auf der Warteliste. Als das AStA-Sozialreferat 1985 mit den Rückmeldeunterlagen Fragebögen verschicken ließ, kamen 125 Meldungen für einen Krippenplatz. Auf städtische Krippen können abgewiesene Eltern nicht ausweichen. Die

300000-Einwohner-Stadt Bonn hat ganze 85 Krippenplätze.

Die Frage, welche Kinder aufgenommen werden, entscheidet die Krippe nach der sozialen Lage der Eltern. Wer sehr wenig Kohle hat oder sonst in einer Notlage ist, bekommt den Vorzug. Liegt das Einkommen der Eltern unter dem Sozialhilfesatz, zahlt das Jugendamt der Stadt einen Zuschuß von 80 DM zum Krippengeld von 165 DM monatlich.

Dieser Beitrag deckt nur 20 % der Kosten, die etwa 200000 DM im Jahr betragen. Weitere 70 % zahlen Stadt und Land, 20000 DM muß der Träger selbst aufbringen, in diesem Fall durch Spenden, von denen alleine 10000 DM der AStA beisteuert.

Im nächsten Jahr will die Krippe umziehen und sich um acht Plätze vergrößern. Eine zweite Krippe ist geplant. An der Misere studentischer Eltern wird das wenig ändern. Auch in Zukunft werden viele Studentinnen ihr Studium abbrechen müssen, wenn sie ein Kind bekommen. Jan Baumeister

Akademie der Wissenschaften hält nach einer Umfrage, die ein Redner erwähnte, diese Pläne für undurchführbar. Verbreitet ist aber die Bereitschaft, mit den Unsummen, die in SDI gesteckt werden, die eigenen Forschungsprojekte zu finanzieren, um dort weiterarbeiten zu können, wenn man auch an SDI als Ganzes nicht glaubt. Russische Wissenschaftler, die zum Beraterstab des Generalsekretärs gehören, wollten die SDI-Forschung beendet sehen, weil durch sie Waffensysteme entwickelt werden könnten, die letztendlich eine neue Rüstungspirale beginnen lassen.

Fest steht, daß es hier um ein Rüstungsprojekt geht, das in vielen Punkten unberechenbar ist, einen nie dagewesenen wissenschaftlichen und finanziellen Aufwand erfordert und schon heute eine Reihe von Konsequenzen hatte. Auf dem Hamburger Kongreß, der nicht die Gefahren der Rüstung, sondern Auswege zeigen wollte, wurden Alternativen zur gegenwärtigen Politik vorgeschlagen. Zu den Unterzeichnern einer Liste von zehn Abrüstungsvorschlägen gehören auch so illustre Namen wie die deutschen Nobelpreisträger des letzten Jahres. In den Vorschlägen geht es im wesentlichen um gemeinsame kontrollierbare Abrüstungsschritte.

Der erste und wichtigste ist ein umfassendes Atomteststop-Abkommen. Durch Fortschritte in der Überwachung von Erdbeben wäre es möglich, die Einhaltung dieses Abkommens zu überwachen. Einigt man sich auf gemeinsame seismologische Stationen in den USA und in der Sowjetunion, können Explosionen von ganz geringer Stärke nachgewiesen werden. Wäre erst einmal die Weiterentwicklung von Atomwaffen gestoppt, käme man beinahe zwangsläufig zu Abrüstungsverhandlungen. Genauso erreichbar und kontrollierbar wäre die gewünschte starke Reduzierung von nuklearen Waffen.

Das alles soll nur eine kurze Einführung in die Problematik der Weltraumwaffen sein. Wer genauere Informationen haben möchte, kann

beim Arbeitskreis "Naturwissenschaftler für den Frieden" vorbeischaauen. Treffpunkt ist der Diskussionsraum in der Beringstr. 1, donnerstags um 19.15 Uhr.

HOCHSCHULE

an das Oberkommando
der marodierenden Horden
des MSB Spartakus
und der LUST
Hermann-Wandersleb-Ring 38
5300 Bonn 1

ANTRAG

Um endlich einen realen Grund zu haben, mich über linke Gewalttätigkeit zu beklagen, bestelle ich,

.....
(Name, Vorname)

.....
(Geburtsdatum)

.....
(Anschrift)

.....
(Körpergröße, Gewicht, Kenntnisse in Kampfsportarten)

.....
(Krankenversicherung)

hiermit eine Tracht Prügel á la carte. Ich wünsche eine Tracht

0 gutbürgerliche Prügel

von einem angetrunkenen Schläger - 1 bis 1,5 Promille -
auf dem Heimweg von einem "Kolibri"-Treffen

0 Bullenprügel piano

mit dem Gummiknüppel und einem Tritt in die Eier

0 Bullenprügel forte

mit Gummiknüppel, Chemical Mace, Haarereißen und mehreren
Tritten in den Unterleib

0 á la japonaise

von einem japanischen Catcher

0 Freistil

Mit meiner Unterschrift versichere ich, daß ich Mitglied der Hochschulgruppe "Kolibri" bin.

.....
(Ort, Datum) (rechtsverbindliche Unterschrift)

Anträge von Frauen werden gemäß § 17 Absatz 1 der preußischen
Verordnung über Ritterlichkeit beim Raufhandel von 1820 nicht
bearbeitet.



★ SPANISCH ★ IN SPANIEN

- * ganzjährig Intensivkurse für *
- * Anfänger + Fortgeschrittene *
- * in kleinen Klassen (max. 8 Pers.) *
- * mit spanischen Lehrkräften *

ab **DM 880,-**
für 4 Wochen inkl. App.

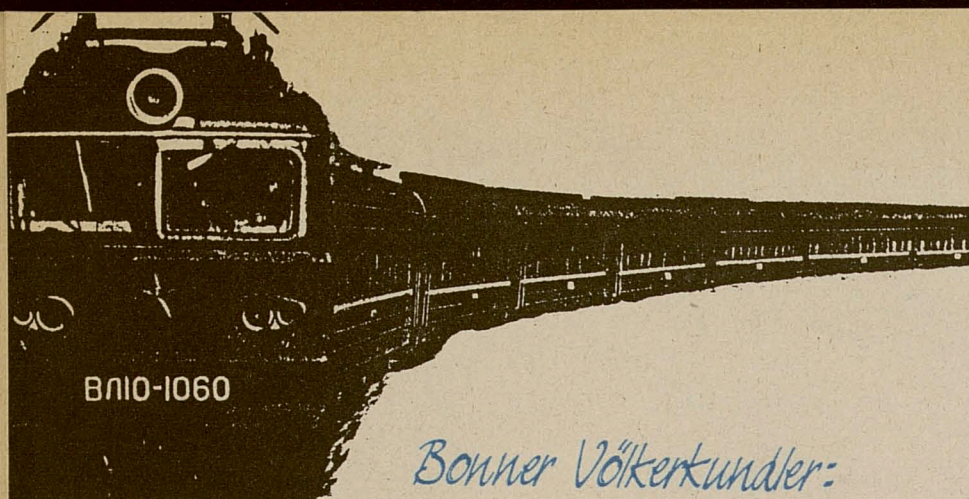
- * PROSPEKT + INFOS:
- Monica Mahlmann, 8000 München 40
- Ricarda-Huch-Str. 11, Tel.: 089/3 59 98 81

ACADEMIA COSTA DEL SOL - Calle Pereda, 5
29017 Málaga (El Palo) - Tel.: 00 34 52/29 88 49

Seit 1872 in Bonn
Ihre Fachbuch-Buchhandlung

Behrendt
neben der Universität • 65 80 21

Verkauf auf 4 Ebenen • Fahrstuhl durch 5 Etagen
tägl. 8.30—18.30 Uhr, langer Sa. 8—18 Uhr
Filialen: Mensa Nassestr. / MED BOOK Mensa Venusberg



Bonner Völkertunder:

Wohin geht der Zug?

Viele Student/inn/en sind eingestiegen und sehen sich einem ungewissen Ziel entgegenrollen. Daher sind etliche bereits abgesprungen, in Köln, Göttingen, Zürich oder sonstwo. Soll der Bahnhof Ethnologie in Bonn geschlossen werden?

Nach Auskunft des Vorstehers der Philosophischen Fakultät, Prof. Repgen, ist dies momentan nicht zu fürchten. Aber wie sieht es nach seiner Amtszeit aus?

Hierzu vermochte auch er keine verbindliche Auskunft zu geben. Vieles hängt von den Leuten ab, die im

Stellwerk in Düsseldorf die Hebel bedienen. Vor zwei Jahren gaben sie auf das Drängen der Studentenschaft hin die Zusicherung, den von der Studentenschaft geforderten zweiten Lehrstuhl am Seminar zu besetzen, das entsprechende Bewerbungsverfahren wurde dieses Jahr in Gang gesetzt. Damit wollten wir, während für andere Züge eine Schnellbahnstrecke gebaut wird, einer Streckenstilllegung in der Bonner Ethnologie entgegenwirken.

Doch die Wirklichkeit liest sich nicht wie ein Streckenplan der Bundesbahn. Am Bonner Völkertunderseminar studieren z. Zt. ca. 700 Student/inn/en

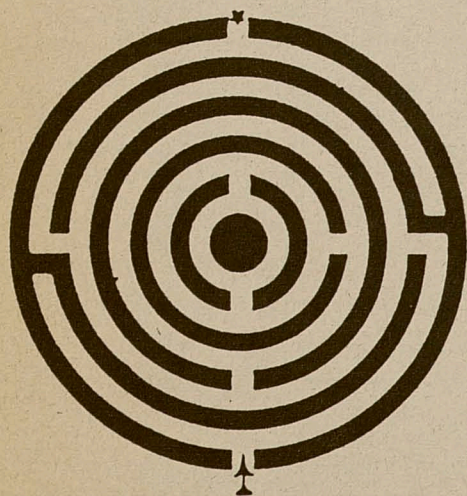
im Hauptfach und Nebenfach, davon die eindeutige Mehrheit Ethnologie, die anderen Altamerikanistik oder beides. Durch den plötzlichen und unerwarteten Tod des Seminarleiters Prof. Oberem befindet sich die Bonner Ethnologie in einer prekären Lage. Dies gilt insbesondere für die Magistranten und Doktoranten. Der Fakultät sei an dieser Stelle zu gute gehalten, daß sie sich um eine Lösung der aufgetretenen Probleme bemüht. U.a. wurde bereits die Stelle des Seminarleiters ausgeschrieben.

Der Studentenschaft geht es dabei um die Fortführung der alten Bonner Tradition, nach dem sich Forschung und Lehre schwerpunktmäßig mit dem andinen Raum Südamerikas befassen. So konnte dieses Jahr beispielsweise das 50jährige Bestehen der Quechuistik in Bonn gefeiert werden. (Quechua ist eine Indiosprache)

Um das Lehrangebot aber in seinem vollen Umfang aufrecht zu erhalten, sollte vor allen Dingen der bereits ausgeschriebene, aber vorläufig gesperrte Lehrstuhl von einem Wissenschaftler/einer Wissenschaftlerin besetzt werden, der/die sich schwerpunktmäßig mit aktuellen Fragestellungen der Ethnologie (z.B. heutige Situation der Indianer, ethnologische Theoriebildung und Forschung, Beiträge der Ethnologie zur Entwicklungszusammenarbeit etc.) befaßt. Zumindes im Grundstudium, das allen Student/inn/en zur Orientierung dient, ist es unerlässlich, alle Bereiche des Angebots ethnologischer Forschung (regional wie systematisch) abzudecken. Warum z.B. soll es nicht möglich sein, die für die Ethnologie so wichtige Feldforschung auch in der näheren Umgebung durchzuführen? Immerhin heißt unser Fach nicht "Altamerikanistik unter besonderer Berücksichtigung der Ethnologie", sondern "Ethnologie unter besonderer Berücksichtigung der Altamerikanistik".

Gerade angesichts der drohenden Schließung von Fachbereichen an der Bonner Uni und der Stellenstreichungen des Wissenschaftsministeriums ist es dringend notwendig, schnellstmöglich beide Professorenstellen im Institut zu besetzen, damit wir Student/inn/en wieder wissen, wohin der Zug fährt.

HOCHSCHULE



au château

Außer dienstags ab 20 Uhr geöffnet!

PINTE-DISKO

BONN, KÖNIGSTR.-ECKE ARGELANDERSTR.



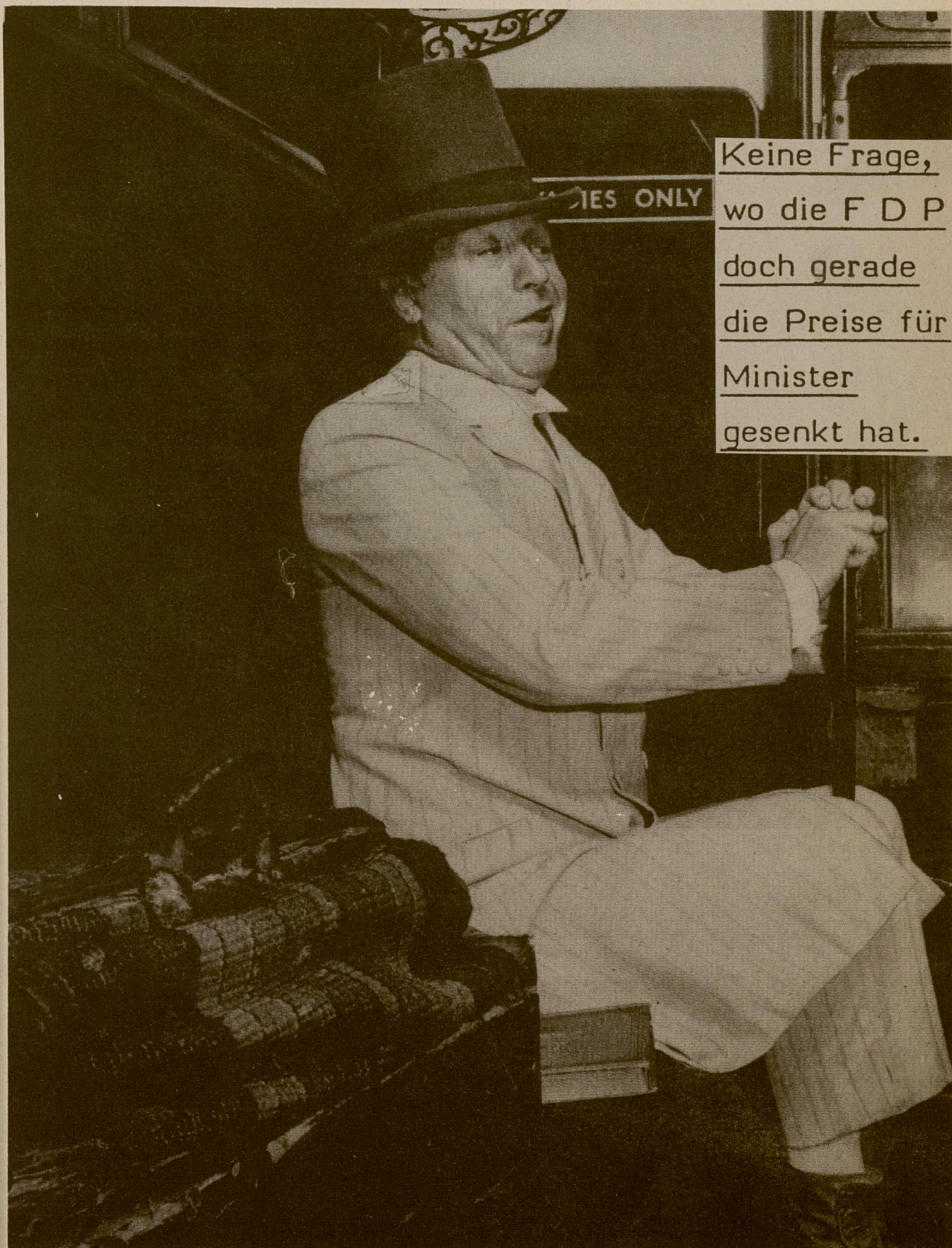
Bonner Studenten Fahrschule

Münsterstraße 17 · 53 Bonn 1 · Telefon 63 41 88

Anmeldung und Auskunft:

Montag und Dienstag	von 17.00 bis 18.30 Uhr
Freitag	von 10.30 bis 12.00 Uhr
Unterricht Dienstag	von 18.30 bis 20.00 Uhr

Günther Maria W.,
stellv. Aufsichtsratsvors.



Keine Frage,
wo die F D P
doch gerade
die Preise für
Minister
gesenkt hat.

LEISTUNG MUSS WENIGER KOSTEN. F D P

DER ASTA LEGT RECHENSCHAFT AB

Traditionell vor jeder Studentenparlamentswahl veröffentlicht der AStA seinen Rechenschaftsbericht. Die einzelnen Referate berichten im folgenden über ihre Tätigkeiten im vergangenen Jahr; es fehlt lediglich der Bericht des amtierenden AStA-Vorsitzenden.



HOCHSCHULE

Die Arbeit im Hochschulreferat besteht aus verschiedenen Teilen.

Da ist zum einen der Service-Bereich. Wir haben im letzten Jahr jeden Wochentag von 12-14 Uhr Student/inn/en geholfen, die in irgendeiner Form Probleme mit der Uni hatten oder einfach eine Auskunft haben wollten. Besonders gefreut haben wir uns, verschiedentlich Exmatrikulationen verhindert zu haben, indem wir als Mittler gegenüber dem Unisekretariat auftraten.

Einen Schwerpunkt in unserer Beratungsarbeit haben wir auf die Probleme der Erstsemester/innen gelegt. Zum einen haben wir das Erstsemesterinfo, das vielen den Weg durch den Uni-Dschungel erleichtert hat, erstellt. Zum anderen haben wir den "mobilen AStA" während der Einschreibfristen vor dem Unisekretariat und in den ersten Wochen des Wintersemesters an verschiedenen Fachbereichen organisiert.

Da wären wir auch schon beim nächsten wichtigen Punkt unserer Arbeit: Probleme an den Fachbereichen. In den letzten beiden Semestern haben wir mit vielen Fachschaften zusammengearbeitet, um uns gemeinsam mit ihnen gegen Studienschärfungen zu wehren oder Probleme am Fachbereich zu lösen. Hier ist die Fahrt nach Düsseldorf zum Wissenschaftsministerium zusammen mit den Fachschaften Informatik, Physik, Mathe und 80 weiteren Studen/inn/en dieser Fachbereich zu nennen. Am Fachbereich Informatik sollten 12 Tutorenstellen gestrichen werden, so daß der Lehrbetrieb im Grundstudium quasi zusammengebrochen wäre, wenn wir nichts dagegen unternommen hätten. Weiterhin bestand die Gefahr, daß das Hochschulrechenzentrum pleite gegangen wäre, was für die mathematisch-naturwissenschaftlichen Studiengänge katastrophale Auswirkungen gehabt hätte.

Der Hochschulnotstand hat sich auch im Wintersemester in seiner vollen Deutlichkeit gezeigt. Am Fachbereich

Chemie wurde z.B. die Erstsemestervorlesung per Videokamera in die Cafeteria übertragen, weil der Hörsaal zu klein ist. Der AStA hat daraufhin zusammen mit verschiedenen Fachschaften, die ähnliche Probleme haben, z.B. Politologie, eine Pressekonferenz veranstaltet, um auf den Notstand hinzuweisen.



Momentan kümmern wir uns um die Situation am Fachbereich Psychologie. Es besteht die Gefahr, daß eine C4-Professur nicht mehr besetzt wird, so daß ein Zweig der Psychologie in Bonn wegfallen würde. Damit würde der Studiengang große Qualitätseinbußen erleiden. Um dies zu verhindern, organisieren wir zusammen mit der Fachschaft Psychologie eine Unterschriftensammlung gegen die Stellenstreichung.

Unser dritter Arbeitsbereich besteht aus den fachübergreifenden Problemen an der Uni. Das Aktuellste, mit dem wir uns beschäftigen, ist die neue Magisterprüfungsordnung. Sie ist seit Oktober '86 in Kraft, es hat aber niemand davon erfahren. Wir haben uns das einzige öffentlich zugängliche Exemplar aus der UB besorgt und eine Synopse erstellt, die auch reißenden Absatz findet. Es zeigt sich, daß die neue Magisterprüfungsordnung diverse Studienverschärfungen gegenüber der alten enthält. Als nächstes wollen wir zusammen mit den betroffenen Fachschaften etwas dagegen unternehmen.

Ein Thema, das uns schon sehr lange

im Hochschulreferat beschäftigt, ist natürlich die Demokratisierung der Uni, konkret der Konvent. In den letzten Semestern war das Hochschulreferat stark daran beteiligt, die Konventswahl zu forcieren. So haben wir dann auch den Wahlkampf der Liste "ASTa und Fachschaften" im Sommersemester organisiert. In diesem Semester liegt der Schwerpunkt bei der Konventsarbeit auf der Frauenbeauftragten. Das Hochschulreferat hat zusammen mit dem autonomen Frauenreferat die Broschüre "Frauenbeauftragte an der Hochschule?!" erstellt, die einmal umfassend die Fragestel-

lungen Frauenförderung, Frauenforschung und Frauenbeauftragte aufarbeitet. Zum anderen haben wir eine Unterschriftenliste für die Frauenbeauftragte organisiert. Am 5. Januar wollen wir mit möglichst vielen Leuten in den Konvent einziehen, um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Darüberhinaus liefern wir breite Information zu verschiedenen Themen, die die Hochschule betreffen. Wir machen im Sommersemester eine Veranstaltungsreihe zum Thema: Neue Rechte in Hochschule und Wissenschaft.

Im Dezember haben wir in der PF ei-

nen Kongreß des Bundes demokratischer Wissenschaftler/innen zum Thema "Alternative Hochschulpolitik und Wissenschaft" mitveranstaltet.

Ein letzter, aber sehr wichtiger Punkt, den wir hier noch nennen wollen, ist unsere Tätigkeit gegenüber der Gesetzgebung von Bund und Land; Information, Diskussion und Widerstand gegenüber dem neuen HRG und WissHG. Wir haben unsere Stellungnahmen zu den Gesetzen an die entsprechenden Stellen geschickt und natürlich ständig über den Stand der Dinge informiert.

Dieser Bericht über unsere Arbeit ist sicher nicht vollständig, enthält aber die unserer Meinung nach wichtigsten Teile unserer Arbeit.

Susanne Jochheim
Sabine Zolper
Wolfgang Zager

KRITISCHE WISSENSCHAFT & KULTUR

Referat für kritische Wissenschaft und Kultur

Will man/frau eine Einteilung der Arbeit des Kulturreferates vornehmen, so ergeben sich für die letztjährige ASTa-Arbeit folgende Bereiche:

- Durchführung von Workshops,
- Vorbereitung und Organisation von Winterfest, Semesteranfangsfest und Einzelveranstaltungen,
- Konzeption und Durchführung der 3. Kritischen Uni in Zusammenarbeit mit dem Kritische Uni - Plenum,
- Zusammenarbeit mit den Bonner Kulturinitiativen im Rahmen des Kulturplenums,
- Service- und Büroarbeit.

Natürlich kann keiner der aufgezählten Bereiche vom anderen getrennt gesehen werden, da wir den Anspruch haben, die künstliche Trennung von Politik, Wissenschaft und Kultur durch unsere Arbeit tendenziell aufzuheben. Um aber die geleistete Arbeit strukturiert und übersichtlich darzustellen, scheint mir die oben angegebene Einteilung trotzdem sinnvoll zu sein.

Im Sommersemester führte das Kulturreferat folgende Workshops durch: Jonglieren, Maskenbildnerie, Bewegungstheater, Pantomime (letztere in Zusammenarbeit mit der Pantomime-

Im Wintersemester kamen der Jonglierworkshop, ein Musikinstrumentbauworkshop, ein Buchbinderworkshop, Clownerieworkshop, Radioworkshop und ein Videoworkshop (die letzten vier wurden während der Kritischen Uni durchgeführt) zustande, ebenfalls mit regem Interesse der Teilnehmer/innen. Neben dem Semesteranfangsfest gab es im Sommersemester noch einige Einzelveranstaltungen, unter anderem eine kabarettistische Autorenlesung mit Nicolaus Kleine und Ferdinand Linzenich. Das Sommerfest fiel aus verschiedenen Gründen aus: Zum einen erschien uns wegen des NRW-Projektes Kultur 90 mit seinen Veranstaltungen sowie des Stadt-Bonn-Projekts Bonner Sommer und der Rockmusikveranstaltung R(h)einkultur in diesem Sommer die Konkurrenz für ein Uni-Sommerfest zu groß, zumal ein solches Fest immer mit einem gewissen finanziellen Risiko verbunden ist. Zum anderen wäre die Durchführung dieses Festes wegen der Umstrukturierung im Kulturreferat (Eingliederung des Kritische-Uni-Projekts ins Referat) nicht im sonst üblichen Maße gewährleistet gewesen, womit ich beim dritten Schwerpunkt angelangt bin, der Vorbereitung der Kritischen Uni im Wintersemester vom 13. - 15. November.

Die Vorbereitungen begannen schon im letzten Wintersemester mit der Diskussion im Kritische Uni - Plenum mit Fachschaftsvertreter/innen und Bonner Initiativen. Diese Diskussion wurde im Sommersemester weitergeführt, und während der Semesterferien begann die eigentliche Planung der drei Tage mit der Einladung von Referent/innen, Anfragen bei der Universitätsleitung, Workshoporganisation, Plakatentwürfen, kulturellem Rahmenprogramm und und und... Das Kulturprogramm der KU sollte gewissermaßen ein Ersatz für das ausgefallene Sommerfest sein, und der Erfolg des Programms bestätigt uns in diesem Anspruch. Genauso wie wir denken, daß die Zusammenlegung des KU-Projekts



gruppe "Die Raben"), Filmschule. Alle Workshops wurden überdurchschnittlich gut besucht (ca. 15 - 20 Teilnehmer/innen). Viele Leute hatten Interesse an einer Weiterführung der Workshops.



mit dem Kulturreferat (deswegen auch "Referat für Kultur und kritische Wissenschaft", aha!) eine sinnvolle Umstrukturierung der letztjährigen AStA-Arbeit gewesen ist, da diese vor allem die organisatorische Seite der ganzen Angelegenheit sehr erleichterte. Auch nach dem Abschluß der KU arbeiten wir in diesem Bereich weiter, so mit der Veranstaltung im Dezember über Hochschulen in Nicaragua mit dem Direktor der Hochschule von Managua, Julio Montez, einer Broschüre über die letzte KU, die in diesem Monat erscheinen wird, und der Fortsetzung des Kritische Uni - Plenums am 21.1.87.

Ein weiterer, seit Jahren zentraler Bestandteil der Arbeit des Referates, ist die Zusammenarbeit mit den Kulturgruppen im Rahmen des Kulturplenums. Hier wurden neben der Diskussion und Abstimmung über den Haushaltstitel "Förderung studentischer Kulturinitiativen" auch so wichtige Fragen wie eine gemeinsame Vorgehensweise in Sachen autonomes Kulturzentrum (Brotfabrik/Fassbender) erörtert. Darüberhinaus bietet das Kulturplenum allen Kulturinitiativen die Möglichkeit, ihre Arbeit den anderen Gruppen vorzustellen und darüber zu diskutieren.

Momentan sind wir mit der Vorbereitung des Winterfestes beschäftigt, das am 17.1. im Uni-Hauptgebäude stattfinden wird. Hierbei haben wir den Anspruch, vor allem weniger bekannten Bonner Gruppen Auftrittsmöglichkeiten zu bieten. Auch sollen politische Initiativen, z.B. Dritte-Welt-Gruppen, auf dem Fest ihre Arbeit vorstellen können. Das Winterfest soll nicht nur eine reine Konsumveranstaltung sein, sondern hat durchaus politischen Charakter, indem es der Kultur wie der Politszene ein Forum zur Präsentation bietet.

Letztendlich nimmt die Service- und Büroarbeit während der AStA-Geschäftszeiten einen wichtigen Platz bei uns ein. Diese besteht in der Hauptsache in der Beratung von Interessierten über die kulturellen Beteiligungsmöglichkeiten in Bonn und der Organisation von uns zur Verfügung stehenden Räumen für Kulturgruppen. Zur Büroarbeit gehört aber auch das tägliche Durchsehen der eingegangenen Post, die Ausstellung von Verträgen, Anfragen bei Universitätsleitung, Studentenwerk und Stadtverwaltung, was leider einen nicht unerheblichen Teil unserer Arbeit einnimmt, und das permanente Abwimmeln kommerzieller Musikagenturen, die anscheinend immer noch nicht begriffen haben, daß wir als Kulturreferat in einem linken AStA nicht bereit sind, mit solchen Agenturen zusammenzuarbeiten, sondern daß wir im Gegenteil bemüht sind, mit den Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen, die "Szene" aus der Region zu fördern und zu unterstützen.

Bert Schellenberger



AUS LÄNDER

Im Laufe einer zwölfmonatigen Zusammenarbeit mit den deutschen Kommilitoninnen/en im Rahmen des AStA und mit den ausländischen Organisationen, z.B. HAB, befaßten wir uns mit den brennenden Fragen und Problemen, mit denen die ausländischen Studentinnen/en ständig konfrontiert sind. Wir versuchten, die ausländischen Studentinnen/en über ihre Rechte an der Bonner Uni zu informieren. Die hauptsächliche Zielsetzung unserer Arbeit war die Betreuung einzelner ausländischer Studentin-

nen/en, besonders Studienbewerber/-innen, Studienkollegiatinnen/en und Studienanfänger/-innen bei finanziellen Problemen, in Studien- und Wohnungsfragen, bei Auseinandersetzungen mit der Uni-Verwaltung und dem Ausländermeldeamt. Unsere Zusammenarbeit mit dem Studienkolleg und dem Sozialreferat, besonders die Freitisch-Aktion, war sehr erfolgreich.

Vom Ausländerreferat wurden 1986 zwei große internationale Veranstaltungen organisiert.

Im Rahmen der Kritischen Uni hat das Ausländerreferat gemeinsam mit dem Sozialreferat eine Podiumsdiskussion ("Ist die Uni Bonn ausländerfreundlich?") veranstaltet, deren Erfolg der Beschluß des Studentenwerkes war, die Anzahl der Wohnheimplätze für Studienkollegiaten von 20 auf 40 zu erhöhen.

ÖKO LOGIE

Die Umwelt ist zur Zeit ein sehr aktuelles Thema. Es reicht von Tschernobyl bis zu der Rheinkatastrophe von Sandoz.

Dazu haben wir aktuelle Veranstaltungen gemacht oder mitvorbereitet.

Dazu findet auch einmal wöchentlich die Öko-Ringvorlesung statt, ca. 10 mal im Semester.

Themen in diesem Semester:

1. Block: Ökologie und Verbraucher (Umweltberaterin, Baubiologie, Zucker)
2. Block: Energie und Umweltschutz (kommunale Energieversorgung, Ausstieg aus der Atomenergie, gesellschaftliche Auswirkungen der Atomenergie)
3. Block: Auto und Verkehr (Autoverkehr 2000, 100 Jahre Auto - 100 Jahre Umweltzerstörung, die Schiene - ungeliebtes Kind, Verkehrspolitik der Stadt Bonn)

Und außerdem:

- Mensa-Essen: Aktion gemeinsam mit dem Sozialreferat (Umfrage geplant)
- Filme: gemeinsam mit dem Antirepressionsreferat Filmreihe zu verschiedenen Themen
- Mitfahrgelegenheit

Elisabeth Verhaag
und Salome Schulz



FRAUEN

Autonomes Frauenreferat

Erfreulicherweise arbeiten seit dem SS 86 wieder viele Frauen im Frauenreferat mit. So unterschiedlich unsere persönlichen Motivationen zur Mitarbeit waren, so einig sind wir uns in den Grundlagen unserer Arbeit:

- Wir machen feministische Politik, keine "Frauen"politik.
- Wir mischen uns in alle gesellschaftlichen Bereiche ein, ohne ihre Strukturen zu adaptieren.
- Wir wollen nicht die Risse des patriarchalen Systems zukitten, sondern es abschaffen.

Damit müssen wir immer und überall anfangen: An der Uni, einer wesentlichen Stütze unserer Gesellschaft, wollen wir nicht nur punktuelle Verbesserungen für Frauen, sondern auch eine umfassende Suche nach neuen Wissenschaftsbegriffen.

So sind z.B. nur 3% der Professoren Professorinnen; wir ♀♀ stellen über die Hälfte der Bevölkerung, aber mittlerweile weniger als 38% der Studierenden. (Interessant zu wissen wäre bei diesen Zahlen, was aus den Frauen wird. Wieviele machen einen Abschluß? Wieviel werden tatsächlich berufstätig? Detaillierte Statistiken dazu existieren nicht!)

Feministische Forschung und frauenspezifische Inhalte scheinen für Bonner Seminarverhältnisse - immer noch - zu exotisch ...

... für uns stellen sie aber eine notwendige Diskussionsgrundlage in allen Fachbereichen dar.

Daher finden sich seit mehr als drei Jahren immer wieder Frauen zusammen, die im Rahmen des autonomen Frauenreferats im Kollektiv zusammenarbeiten. Da wursten aber nicht ein paar Frauen losgelöst vor sich hin, sondern sowohl zur Beratung und Kontrolle als auch zum Austausch und Kontakt mit den Frauen an der Uni gibt es mindestens einmal im Semester eine ♀♀-VV. Sie soll neben dem Rechenschaftsbericht vor allem ein Diskussionsforum darstellen, die Möglichkeit bieten, Gleichgesinnte für AKs zu interessieren und für alles da zu sein, was uns noch bewegt.

Auf der letzten ♀♀-VV (am 10.12.86) wurde die von uns, dem Frauenreferatskollektiv erarbeitete Satzung verabschiedet:

"1. Das AUTONOME FRAUENREFERAT besteht aus einem KOLLEKTIV von Frauen, von denen drei bis vier SPRECHERINNEN den organisatorischen Hintergrund gewährleisten.

2. Die KOLLEKTIVFRAUEN organisieren mindestens einmal im Semester eine FRAUENVOLLVERSAMMLUNG und legen vor dieser Rechenschaft über ihre Arbeit ab.

Auf Antrag von mindestens 20 Frauen beruft das Kollektiv eine weitere Vollversammlung ein.

3. Das KOLLEKTIV und die von ihm vorgestellten Arbeitsschwerpunkte werden einmal im Semester von der FRAUENVOLLVERSAMMLUNG be-



stätigt. In der Regel als KOLLEKTIV, auf Wunsch einzeln.

Anregungen für Arbeitsschwerpunkte werden von der VV eingebracht.

4. Einmal wöchentlich findet eine öffentliche KOLLEKTIVSITZUNG statt."

Im autonomen Frauenreferat findest du Bücher, Zeitschriften, Dokumentationen, Adressen, Infos, Kaffee, Sofa, Telefon, kurz: einen Raum, der genutzt werden kann.

Hier triffst du Maria, Birgit, Martina, Isabella, Verena, Christiane, Elke, Gaby, Christa, Irene ... nicht alle auf einmal, aber immer eine, die du fragen kannst. - Ein Servicebetrieb also?

Damit das ganze nicht zu einem Servicebetrieb verkommt und doch der organisatorische Hintergrund gewährleistet bleibt, haben wir uns zu einer

"Arbeitsteilung" (Christa, Elke, Martina, Gaby machen den "Rödelkram") entschlossen, um inhaltliche Schwerpunkte intensiver diskutieren und behandeln zu können:

- Das Thema "Frauenbeauftragte" wird weiterhin in der Diskussion bleiben. Nachdem einige autonome und organisierte Frauen zusammen die Broschüre zur Frauenbeauftragten erarbeitet haben, gibt es seit Oktober einen AK zur Frauenbeauftragten, der sich in erster Linie um die Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Unterschriften sammeln, Aktionen zur entsprechenden Konventssitzung etc.) kümmert. Da mit der Konventssitzung, auf der das Thema "Frauenbeauftragte" behandelt wird, die Auseinandersetzung nicht abgeschlossen ist, bleibt der AK bestehen, um über Position und Inhalte der Frauenbeauftragten weiterzudiskutieren.
- In diesem Semester werden noch zwei Frauencafés stattfinden. Es geht am 14. Januar um das Thema: "Hilfe! Meine Mutter braucht mich", also um das Verhältnis zu unseren Müttern und das unserer Mütter zu uns; am 28. Januar geht es um Verhütung und/oder §218, wobei wir über die Gewichtung noch diskutieren.
- Außerdem interessieren uns noch viele andere Themen, zu denen wir arbeiten möchten - wie, wann, was genau steht noch nicht fest und hängt auch von euch ♀♀, euren Ideen und Interessen ab.



FRIEDEN

Im Sommersemester wurden Veranstaltungen zu folgenden Themen durchgeführt:

- Die Friedensbewegung in Indien in der Tradition von Gandhi
- Rüstungsforschung an der Uni - Beispiel TH Aachen mit der GEW und Professor Bergerhoff
- SDI - Forschung, Entwicklung oder Verhinderung; eine Podiumsdiskussion mit verschiedenen Parteienvertreter/innen

Weiterhin wurden Vertreter/innen der verschiedenen Friedensarbeitskreise zu einem Informationstreffen eingeladen, um Erfahrungsberichte auszutauschen und die geplanten Projekte bekanntzugeben.

Im Wintersemester gab es vom 10.-16.11. die Hochschulfriedenswoche mit abschließendem Naturwissen-

schaftlerkongreß in Hamburg. In dieser Woche habe ich mit der Fachschaft Physik und Professor Penselin aus Bonn eine Veranstaltung zum Thema "Der Atomteststopp - wie ist er technisch überprüfbar?" durchgeführt. Der Arbeitskreis Naturwissenschaftler für den Frieden beteiligte sich mit einer Veranstaltung zum Thema "Ist SDI technisch möglich?" mit Professor Penselin und einem aus SDI ausgestiegenen Informatiker aus den USA.

Im Dezember wurde mit dem Bonner Friedensplenum und der Werkstatt für Friedenserziehung eine Podiumsdiskussion zum Thema "Atomwaffenfreier Korridor in Europa - Was ist machbar?" durchgeführt.

Was läuft an den Fachbereichen? Insbesondere die Medizin ist von der Militarisierung des Studiums betroffen. Die neue AO verlangt Seminare, in denen Student/inn/en lernen, Schwer-, Leicht- und Mittelschwerwerverletzte auszusortieren, zu behandeln, oder sterben zu lassen, damit die Kriegführung erleichtert wird. Es hat sich inzwischen ein Friedens-AK gegründet, mit dem das Referat eine Veranstaltung zum Thema "Ärzte gegen den Atomtod" planen möchte. Für das nächste Semester ist eine Friedensringvorlesung geplant, zu den Themen SDI, Ost-West-Beziehungen, Friedensforschung statt Rüstungsforschung u.a.

Mechthild Hahne

FINANZEN

Das Millionending

Der AstA verfügt über ein Gesamtvolumen von 1,4 Mio. DM. Dies ist ein ganz schöner Brocken, vor allem für diejenigen, die sich mit den "vierzig Mark" Sozialbeitrag pro Semester schon schwer genug tun und danach mit Fug und Recht fragen können, wo das ganze Geld denn bleibt.

Der Löwenanteil wandert erstmal an das Studentenwerk, während nur 11,50 DM pro Nase an die Studentenschaft

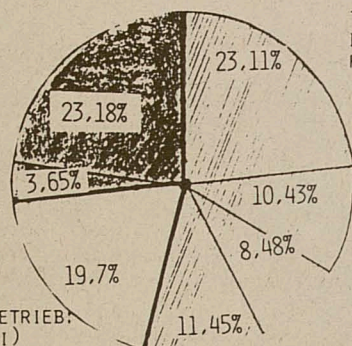
darüber, daß diese Gelder des AstA ordnungsgemäß verwandt werden.

Wie man unschwer erkennen kann, geht ein großer Teil des Geldes (53,6%) für mehr oder weniger feste Kosten drauf, denn es kann weder die SP-Wahl abgeschafft, noch die Zuweisungen an die Fachschaften gestrichen werden. Und - wo kämen wir ohne den Kassenprüfungsausschuß hin?

ASTA-REFERATE:

AUTONOME REFERATE: (FRAUEN-, AUSLÄNDER-, FACHSCHAFTENREFERAT)

BESONDERER GESCHÄFTSBETRIEB: (ASTA-LADEN, DRUCKEREI)



ZUWEISUNG AN DIE FACHSCHAFTEN

Graphic 1: Der Haushalt

(Fachschaften und AstA) abgeliefert werden. Von diesem Geld gibt der AstA dann dem Studentischen Hilfsfonds (für zinslose Darlehen) 60 Pfennig, den Studentischen Sozialeinrichtungen (Kinderkrippen, Fonds für in Not geratenene ausl. Studenten pp.) 60 Pfennig pro Nase zu. Insgesamt eine Mark kommt den Studenten also auf direktem Weg zu Gute.

Bleiben bei geschätzten 39.000 Studenten pro Semester noch 819.000 DM. Die restlichen Einnahmen werden hauptsächlich durch den "besonderen Geschäftsbetrieb" (AstA-Laden: 239.000 DM, Druck: 60.000 DM) und den Referaten (Einnahmen auf Veranstaltungen) und Sozialreferat (Darlehensrückzahlungen in Höhe von ca. 90.000 DM) bestritten.

Haushaltsausschuß, Kassenprüfungsausschuß und SP wachen mit Argusaugen

26 AKUT

SONSTIGES:

(STEUERN, RÜCKLAGEN, INSTITUTIONEN AUSSERHALB DER STUDENTENSCHAFT, Z.B. SPORTREFERAT, STUD. KULTURGRUPPEN)

ALLGEMEINER GESCHÄFTSBETRIEB:
(PORTO, REPARATUREN UND ANDERE UNABHÄNGIGE LAUFENDE KOSTEN)

INSTITUTIONEN DER STUDENTENSCHAFT:
(SP-WAHL, SP-AUSSCHÜSSE, AKUT)



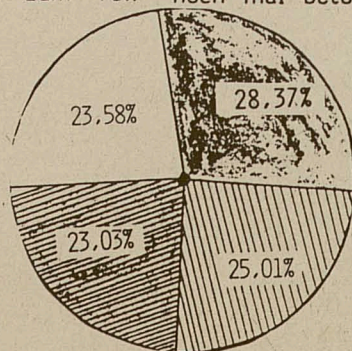
Im allg. Geschäftsbetrieb entfallen 6,2% des Gesamthaushaltes auf Personalkosten. Dahinter verbergen sich eine Sekretärin, ein Geschäftsführer und ein Kassenwart. Diese Stellen wurden eingerichtet, um zum Teil

gesetzlichen Zwängen nachzukommen oder Grundfunktionen eines reibungslosen Ablaufs des Geschäftsbetriebes zu gewährleisten.

Es sollte an dieser Stelle auch noch mal betont werden, daß AstA-

GEWERBLICHE VERANSTALTUNGEN:

SACHMITTEL:



SONSTIGES:

PERSONALKOSTEN:

Graphic 2: Die Ausgaben der Referate (26,83% d. GesamtHH) noch mal genauer:

Laden und Druckerei nach Möglichkeit kostendeckend, auf keinen Fall jedoch gewinnbringend arbeiten.

Da der AstA sehr oft Anfeindungen und Angriffen wegen angeblich zu hoher Personalkosten ausgesetzt war, soll hier ein für alle mal eines klar gestellt werden: Im Bereich der politisch arbeitenden Referate beträgt der Anteil der Personalkosten lediglich 25,01%, das sind 6,73% des Gesamthaushalts. Berücksichtigt man, daß den Referenten ursprünglich eine Aufwandsentschädigung in Höhe des BAFöG-Höchstsatzes ausbezahlt werden sollte, sie aber nur 500 DM monatlich bekommen, kann dies (außerhalb der Bürozeiten wird sich schon mal die eine oder andere Nacht um die Ohren geschlagen) nur als Hungerlohn bezeichnet werden.

In einzelnen Referaten werden diese

Aufwandsentschädigungen noch zusätzlich aufgeteilt.

Selbstverständlich ist diese grobe Einteilung der Ausgaben nicht repräsentativ für jedes einzelne Referat. Den Großteil "Sonstiges" macht z.B. die Vergabe der Kurzdarlehen durch das Sozialreferat aus. Mit diesen 90.000 DM leistet der AstA seinen Beitrag, um die verfehlte Sozialpolitik der Wenderegierung auszubügeln. Im letzten Jahr wurden diese Ausgaben

sogar um 60.000 DM überzogen, die allerdings an anderer Stelle eingespart werden konnten - der Haushalt konnte also trotzdem mit einem Plus abgeschlossen werden.

Im Bereich "Veranstaltungen" wird dagegen der Löwenanteil vom Kulturreferat verwandt. Das alljährliche Winter- und Sommerfest mit erträglichen Eintrittspreisen bietet z.B. zahlreichen lokalen Gruppen Auftrittsmöglichkeiten.

Maya Ziemann, Finanzreferentin

SOZIALES

Die soziale Lage der Student/inn/en ist so schlecht wie nie. Laut Sozialerhebung des deutschen Studentenwerkes hat ein Viertel der Studierenden pro Tag weniger als 5 DM zur Ernährung zur Verfügung. Die Quote der BAFöG-Geförderten ist drastisch gesunken (in Bonn von 30 auf 18%) und sinkt weiter. Aus Angst vor Schulden trauen sich seit dem BAFöG-Kahlschlag viele nicht mehr, BAFöG zu beantragen. Immer mehr Studierende geraten in finanzielle Notlagen. Und dies sind nur einige Streiflichter auf die sozialen Auswirkungen von Wendepolitik an der Hochschule.



MEHR BAFÖG!

Der zentrale Hebel zur Verbesserung unserer sozialen Lage ist die Forderung an die Bundesregierung, an Ministerin Wilms: Her mit kostendeckendem BAFöG auf Stipendienbasis!

An der allseitigen Verbesserung der sozialen Lage der Studierenden orientiert sich die Arbeit des Sozialreferats. Das heißt: Über umfangreiche Beratungsangebote hinaus greifen wir soziale Mißstände auf, starten Initiativen, setzen uns zusammen mit Betroffenen für ihre Belange ein. Das sieht in konkreten Aktivitäten so aus:

SOZIALBERATUNG

Wir informieren über BAFöG. Durch konkrete Beratung wollen wir Studierende ermuntern, auf ihre Rechte nicht zu verzichten, auch wenn's mal Ärger mit dem BAFöG-Amt gibt. Wir helfen bei einfachen wie komplizierten Problemen, bemühen uns, jeden Antragsteller, jede Antragstellerin "durchzubringen".

FACHRICHTUNGSWECHSEL

Vor allem bei Fachrichtungswechsel ist es für BAFöG-Berechtigte geradezu

"lebenswichtig", sich vorher beraten zu lassen! Mit der umfangreichen, aber trotzdem kompakten BAFöG-Broschüre, die wir herausgeben, bieten wir allen Interessierten die Möglichkeit gründlicher Information.

STIPENDIEN

Außerdem liegt eine Stipendienbroschüre vor, in der wir einen Überblick über bekannte und weniger bekannte Stiftungen geben.

Dann gibt es bei uns noch Informationen über Wohngeld, Bonn-Ausweis, Rundfunkgebührenbefreiung und einiges mehr.

RECHTSBERATUNG

Gibt's mal Ärger mit dem Vermieter, dann lohnt sich zunächst ein Besuch bei der AstA-Rechtsberatung (nur mittwochs bis freitags). Aber auch bei anderen Problemen kann die Rechtsberatung helfen.

WOHNEN / ZIMMERVERMITTLUNG

Wohnmöglichkeiten für Student/inn/en sind oft teuer und schlecht. Im Rahmen unserer Zimmervermittlung werden wir für billigen und guten Wohnraum, veröffentlichten aber auch Fälle von Mietwucher oder unzumutbaren Wohnbedingungen, versuchen, Druck gegen solche Zustände zu entwickeln.

RÖMERLAGER

Aber nicht nur auf dem sog. freien Wohnungsmarkt gibt es Probleme! Das Studentenwerk überraschte seine Mieter im Römerlager im September damit, das Haus während der Schwimm-europameisterschaften 1989 kurzerhand zum Sportlerhotel umfunktionieren zu wollen. Die Student/inn/en sollten solange ausziehen. Das Sozialreferat entwickelte zusammen mit den Bewohnern Widerstand; wir sorgten für Information und initiierten eine Unterschriftenaktion. Inzwischen mußte der Leiter des Bonner Studentenwerkes erkennen, daß es ohne die Studierenden nicht geht; er hat sich mit einer Arbeitsgruppe des Wohnheims an einen Tisch gesetzt. Dieses Projekt ist kein Einzelfall. Das Bonner Studentenwerk vermietet zunehmend vorübergehend Zimmer an gut zahlende Dritte (für Kongresse u.ä.). Hintergrund: Der Zuschuß des Landes zu den Verwaltungskosten der Wohnheime wird abgebaut. Angesichts der prekären Situation auf dem Wohnungsmarkt fordern wir: Keine Einschränkung stu-

dentischen Wohnraums durch das Studentenwerk!

KRISENMANAGEMENT

Überhaupt hat in der letzten Zeit der Rotstift kräftig im Bereich der Studentenwerke gewütet. Die Abwälzung der Finanzierung der Darlehenskasse der Studentenwerke auf die Studierenden über den Sozialbeitrag nehmen wir ebenso wenig hin wie die Erhöhung der Mensapreise, womit zum ersten Mal Student/inn/en an den Herstellungskosten des Essens beteiligt werden sollen. Mit jedem Beispiel wird deutlicher: Wir brauchen mehr Geld an den Hochschulen anstatt z.B. in der Rüstung!

STUDIENKOLLEG

Ein ausgesprochen schöner Erfolg ist, daß die Zahl der Wohnheimplätze für ausländische Studienkollegiaten von 20 auf 40 erhöht wurde. Vor dem Hintergrund großer Vorurteile und Ausländerfeindlichkeit bei der Wohnungssuche hatten Studienkolleg und AStA dies schon lange gefordert.

AUSLÄNDER

Gerade ausländische Student/inn/en stehen finanziell oft sehr schlecht da. Arbeitserlaubnis gibt es oft - wenn überhaupt - nur für die Semesterferien. Politisch mißliebigen Student/inn/en, z.B. aus dem Iran, wird von seiten der Botschaft der Geldtransfer verweigert. Die Bundesregierung tut nichts, um dagegen anzugehen. Oder auch die daraus entstehenden Härten zu lindern. Wir betrachten es als einen Akt der Solidarität, gerade solchen Student/inn/en zu helfen, z.B. mit der Mensa-Freitisch-Aktion. Zur Zeit erhalten ca. 30 bedürftige Studierende je 10 kostenlose Essen im Monat.



KURZ-DARLEHEN

Mit dem AStA-Kurzdarlehensfond besteht eine weitere Möglichkeit, in begrenztem Umfang (ca. 20 Darlehen im Monat) bei finanziellen Engpässen schnell und unbürokratisch zu helfen (bis maximal 500 DM).

KINDERKRIPPE

Ein weiteres Problem, mit dem wir uns beschäftigen, ist die Situation der Studierenden mit Kind. Es gibt an dieser Uni nur eine studentische Kinderkrippe, und die ist hoffnungslos überlaufen. Deshalb hat das AStA-Sozialreferat vor ca. einem Jahr eine Elterninitiative für eine zweite Krippe ins Leben gerufen. Aus der Elterninitiative ist inzwischen ein gemeinnütziger Verein geworden, der alle Voraussetzungen geschaffen hat - nur die Woh-

nung fehlt noch. Bisher weigert sich die Stadtverwaltung, uns geeigneten Wohnraum zur Verfügung zu stellen - angeblich gäbe es nichts. Anderen Initiativen geht es ähnlich. Augenblicklich kümmern wir uns darum, durch geeignete Aktionen zusammen mit anderen Elterninitiativen den Druck auf die Stadt zu verstärken.

JUGENDSEKTEN

Sekten sind an der Uni zum Problem geworden: Gerade in Wohnheimen treten sie verstärkt auf, versuchen, Mitglieder zu werben. Zusammen mit einem kirchlichen Arbeitskreis gegen destruktive Kulte klären wir auf, organisieren Informationsveranstaltungen.

HILFSKRÄFTE

Am meisten Spaß gemacht hat uns in den letzten beiden Semestern die Arbeit mit den studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräften für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen. Und zwar deshalb, weil wir es mit einer butterweichen Landesregierung zu tun hatten und weil wir konkrete Erfolge erzielt haben:

3,5% mehr Lohn ab Oktober 86 statt weiterer "schleichender" Lohnsenkung oder gar Kürzung der Bezüge um rund 1DM/Stunde, wie von der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zunächst vorgesehen!

Als einer der ersten ASten haben wir im SS 86 über die Kürzungspläne der TdL informiert und eine Hilfskräfteinitiative zusammen mit der GEW-Studentengruppe ins Leben gerufen. Die Arbeit, die wir hier investiert

hatten, zahlte sich aus: Über 50 Hilfskräfte sind mit der Initiative verbunden. Über dieses Netz schufen wir die Voraussetzungen für mehr Austausch und für direkte Interessenvertretung der Hilfskräfte selber. Hilfskräfte sollen nicht mehr länger unterprivilegiert sein gegenüber den anderen Arbeitnehmern an der Uni!

PERSONALVERTRETUNG

Als eines der nächsten Projekte gehen wir deshalb daran, unsere Strukturen auszubauen und eine ordentliche Personalvertretung für Hilfskräfte einzufordern. Ansonsten bleibt es dabei: Wir verlangen zusammen mit GEW und ÖTV vom Land NRW den Abschluß eines Tarifvertrages, damit einseitig verordnete Lohnkürzungen und ähnliche Scherze endgültig der Vergangenheit angehören! Wir verlangen Anerkennung der Hilfskräfte, ohne deren Arbeit die Uni zusammenbrechen würde, als Arbeitnehmer! Wie kam die Lohnerhöhung zustande? Durch einheitliches Handeln von Hilfskräften, ASten, GEW, ÖTV und durch peppige Aktionen wie z.B. unsere Demo während der TdL-Sitzung im Oktober!

KEINE WEITEREN STELLENSTREICHUNGEN

Übrigens: Da die Landesregierung die Lohnerhöhung nicht im neuen Haushalt berücksichtigt hat, gab es zunächst die Befürchtung von Stellenstreichungen. Inzwischen erklärte der Kanzler der Uni, Wahlers, uns gegenüber, daß es im nächsten Semester keine Stellenstreichungen geben werde.

Thomas Gaida

ANTI REPRESSION

... gibt es in der heutigen Form, seit es einen linken AStA gibt (also seit Mitte 83). Und das nicht ohne Grund. Vermeinen doch die Rechten, nirgendwo Repression zu erblicken, oder sehen gar, wo Linke sind, nur Terror (na, und gegen den ist allerdings härteste Repression vonnöten!!!).

Auch das Rektorat hat uns nicht so gerne (Stichwort Politisches Mandat - Trennung von sog. "Allgemein"- und sog. "Hochschulpolitik") und versucht, unsere geplante Ausstellung zur Volkszählung zu verbieten, nicht annehmend, daß hier nun gerade das Statistische Bundesamt für uns in die Bresche springt und mit dem besonderen Nutzen der Volkszählung für die Studenten wirbt... Die Ausstellung wird stattfinden, und zwar vom 2.2. bis zum 11.2., entweder in der Säulenhalle im Uni-Hauptgebäude oder, was wahrscheinlicher ist, im Felix-Hausdorff-Zimmer (sog. Carl-Duisberg-Zimmer) in der Mensa, Nassestraße 11; begleitend zur Ausstellung werden Videos gezeigt, Diskussionen stattfinden usw. Achtet auf die Ankündigungsplakate!

Wenn die Akut herauskommt, wird das Iran-Seminar schon vorbei sein, auf dem vom 9.-11. Januar intensiv über die derzeitige Situation im Iran und deren Entstehungsgründe informiert

und Perspektiven des Widerstandes entwickelt werden sollen.

Im Wintersemester werden noch zwei weitere Veranstaltungen laufen:

- 16.1. zu den §§ 129a und 130a, sowie zum Politischen Mandat,
- 21.1. zusammen mit dem Referat für kritische Wissenschaft und Kultur zur Forschungs- und Technologiepolitik in NRW und Baden-Württemberg

Außerdem wird eine Broschüre zur Veranstaltung am 16.1. herauskommen. Zur Zeit läuft eine Filmreihe zusammen mit dem Ökoreferat. (Die letzten beiden Termine:

- 12.1. Stations of the elevated (Graffiti in New York) und Schade, daß Beton nicht brennt,
- 26.1. Ein Überraschungsfilm über einen Bergarbeiterstreik in den USA.

Die Filme werden jeweils um 18 Uhr in Horsaal 17 im Englischen Seminar beim Hauptgebäude gezeigt. Eine Ausstellung zum geplanten digitalen Fernmeldesystem ISDN und dessen Datenschutz-zersetzenden Konsequenzen wird wahrscheinlich erst im Sommersemester stattfinden. Dann wird es auch häufiger Einzelveranstaltungen, besonders zu aktuellen Themen, geben. Außerdem ist für das Sommersemester eine Broschüre zur CDU-Frauenpolitik geplant.

Harald T.,
autonomer Tierschützer

AKUT
Wahl '87



Den Mächtigen
öfter mal
in die
Suppe
spucken.

FARBE VERKLECKERN. DIE G R Ü N E N

Rhein in Flammen

"Rhein-Gau im Rheingau", diese Schlagzeile katapultierte Horst Schiesser von den ersten Seiten der Zeitungen und machte wieder einmal allen klar, in was für einer Welt wir eigentlich leben.

Gebannt verfolgte die ganze Nation die 70 km lange Giftwelle, die sich, aus mindestens 34 verschiedenen Giftstoffen bestehend, den Rhein herabwälzte. Das Gift kam aus Basel, von den dort ansässigen Sandoz-Werken, denen ihre Lagerhalle Nr. 956 in der Nacht zum 1. November abbrannte. 30 bis 40 Tonnen hochgiftiger Agro-Chemikalien sickerten bei Stromkilometer 169 in den Rhein. Geschehen konnte dies, weil das Löschwasser der Feuerwehr anscheinend ungehindert in den Fluß gelangen konnte. Die Tatsache, daß der Brand ein derartiges Ausmaß annehmen konnte, ist wohl auch darauf zurückzuführen, daß die Lös-

Chemieunfälle sowohl in Basel als auch in Ludwigshafen schwächen die Abwehrkräfte des Rheins noch stärker.

Die Folgen sind in der Geschichte des Rheins wohl als einmalig zu bezeichnen, dennoch scheue ich den Vergleich zu Bhopal und Seveso. Basel in einem



Atemzug mit Tschernobyl zu nennen, ist nur bei der Betrachtung der Reaktion der Bundes- und Landesbehörden gestattet; hier sind die Parallelen unverkennbar. Eine weitere Parallele ist das böse Wort vom Restrisiko, das seit dem Gau in der Sowjetunion ein sehr wichtiger Begriff im Munde aller Politiker geworden ist. Bei Kernkraftwerken bemühte man nun die Wahrscheinlichkeitsrechnung, um zu belegen, wie klein das Risiko eines Unfalls doch in der Bundesrepublik sei. Nun nahm aber auch ein Vertreter der chemischen Industrie dieses Wort in den Mund und verbrannte sich denselben daran:

Bei der Schlamperei im Sandoz-Werk von Restrisiko zu sprechen, ist, wie der Spiegel schreibt, blanker Zynismus. Es mag schon sein, daß die BASF-Werke große Rückhaltebecken haben und daß die Bayer-AG eine sehr leistungsfähige Werksfeuerwehr unterhält (ich selbst habe bei einem Ferien-Job die Sicherungsmaßnahmen bei der Hüls-AG beobachten können), doch überall wird es eine kleine Lücke geben, und von den kleinen Betrieben spricht ja niemand. Ein Vorstandsmitglied von Sandoz entschuldigte die fehlenden Sicherungsmaßnahmen damit, daß seine Firma keine große Kapitalmengen wie die deutschen Großfirmen habe. Wie sieht es dann bei den wirklich kleinen Firmen aus? Experten sprechen bei Zwischenlagern für Agrochemikalien bei Großhändlern von Zeitbomben, die jederzeit explodieren können. Ein kleines Zwischenlager hat mit Sicherheit keine Sprink-

leranlage und mit Sicherheit auch kein Rückhaltebecken für Löschwasser, die normalen Löscheinrichtungen reichen für diese leicht entzündlichen Stoffe mit Sicherheit nicht aus.

Restrisiko ist auf jeden Fall das falsche Wort für diese Sicherheitslücke, die jederzeit einen Fluß zum Umkippen bringen kann. Man muß genau beachten, daß bei dem Unfall in Basel nur 3% der dort gelagerten Chemikalien freigesetzt wurden, ein höherer Prozentsatz hätte wohl noch gravierendere Folgen nach sich gezogen. Der Begriff vom Restrisiko ist also eigentlich nicht gelungen, Restchance wäre eher angebracht.

Im Umfeld der Katastrophe von Basel war es sehr interessant zu beobachten, wie sich die Chemiefirmen gegenseitig darin übertrafen, den neugierigen Reportern ihre Sicherungseinrichtungen zu zeigen. Gleichzeitig gab es auch immer wieder Ankündigungen, man werde intern dafür sorgen, daß die Sicherheitsvorschriften freiwillig überboten würden, und man habe eingesehen, daß man doch etwas für die Umwelt tun müsse. Man habe in der letzten Zeit aber auch mehr getan, als man hätte tun müssen, und eigentlich solle die Regierung ein derartiges Verhalten honorieren.

In Wahrheit ist es aber so, daß die Industrie Angst davor hat, daß die Gesetze verschärft werden und dadurch die Kosten für den Umweltschutz noch weiter steigen. Mit solchen Ankündigungen scheint sich alles so zu entwickeln, wie es damals in der Folge des Atomkraftwerksunfalls in Tschernobyl passiert ist: Ein paar Expertenkommissionen machen Vorschläge, zwei Monate lang sind alle betroffen, aber dann hat man es wieder vergessen, und es geht alles weiter wie vorher. Es gab eine große Aufregung um die mögliche Gefährdung der Lebensmittel, aber wer denkt heute bei einem herzhaften Biß in einen Hasenrücken noch an Cäsium 137? In der Zeit nach dem Unfall gab es fast jeden zweiten Tag eine Meldung über einen kleineren Störfall in einem der deutschen Atomkraftwerke; Störungen, die es vorher mit Sicherheit auch gegeben hatte, aber in der aufgeheizten Atmosphäre waren diese Nichtigkeiten, die sonst in den Papierkorb der Nachrichtenredaktionen wanderten (wenn sie überhaupt so weit kamen), die Schlagzeile in Nachrichtensendungen und Zeitungen. Nach der Katastrophe von Basel war es sogar so

KOMMUNALES

einrichtungen minderwertig waren. Dieser Umstand war schon seit 1981 bekannt und wahrscheinlich auch der Grund dafür, daß Sandoz die Versicherung für die Halle wechselte; die Zürich-Versicherung hatte diesen Umstand angemahnt. Die Folgen für das Ökosystem im Rhein sind noch nicht abzusehen, 150 000 tote Aale, 80% der Fliegenlarven, alle Wasserflöhe und ein großer Teil der Wasserschnecken sind Opfer dieser gewaltigen Umweltkatastrophe geworden. Fachleute sprechen von einer Zeitspanne von 10 Jahren, bis sich der Rhein auf den 280 Kilometern hinter Basel wieder erholt haben könnte. KÖNNTE, denn in den nächsten Jahren kann noch einiges passieren. Es steht allerdings fest, daß der Rhein auf eben diesen 280 Kilometern ökologisch tot ist, dies bei einem Fluß, der sich in den letzten Jahren eigentlich erholt hatte. Wissenschaftler hoffen in erster Linie auf die Mikroorganismen, die den Schock anscheinend überstanden haben und damit die Selbstreinigungskraft des Flusses noch gewährleisten. Es ist dennoch fraglich, ob diese Theorie zumindest zeitlich zutrifft, denn neue

weit, daß 600 Liter Methanol an zweiter Stelle in der Tagesschau standen. Ich will nicht sagen, daß dieser Stoff ungefährlich ist, aber im Moment ist man überempfindlich. Heute hört man aber nichts mehr über Atomkraftwerke. die Ausstiegsdebatte ist kein Thema mehr, heute spricht alles von Basel und vom Rhein, und sogar Herr Dregger sagt, daß er sich unser schönes deutsches Vaterland mit seiner herrlichen Landschaft nicht kapputt machen lassen will. Die chemische Industrie tut gut daran, auf den nächsten Unfall in irgendeiner anderen Branche zu warten, denn dann kann sie weitermachen wie bisher. Am Bewußtsein der Bevölkerung hat sich

nichts geändert, alle waren empört, alle schrien nach dem Staat, der verspricht zu handeln, und alle warten ... Ein besonders gutes Beispiel für die Moral von Chemiewerken ist das Verhalten von Ciba-Geigy im Zusammenhang mit dem Unfall in Basel. Die Verantwortungslosigkeit, der Giftsuppe von Sandoz noch das eigene Salz beizumischen, ist in der neueren Geschichte wohl einmalig. Es ist eigentlich egal, wieviel kg oder Tonnen die Firma eingeleitet hat, es geht hier nur um die Verantwortung, die jemand, der so handelt, auf sich lädt. Nach einem solchen Vorgehen fällt es mir schwer, den Beteuerungen der Industrie zu glauben; aber so wie es

aussieht glaubt ihnen ein nicht unerheblicher Teil unserer Bevölkerung, wodurch ein möglicher Umschwung, dessen Anlaß wohl immer eine Katastrophe sein muß (nee, die isses doch auch nicht, haste grad gesagt; d. S.in), von vornherein ausgeschlossen ist.

Alexander Görbing

KOMMUNALES

Rhein in Flammen

2. Versuch

Es war ein einigermaßen sonniger 3. Adventssonntag, als sich über 1500 umweltbewußte Bonner/innen am Kaiserplatz sammelten, um gegen die Rheinvergiftung "zu Flüsse zu ziehen". Diese Demonstration fand im Rahmen des Internationalen Rheinalarms statt, eines von Basler Umweltschutzgruppen angeregten Aktionstages. Es sollte überall am Rhein - grenzüberschreitend - die rücksichtslose Flußvergiftung durch die Chemische Industrie angeprangert werden.

Nachdem man sich am Kaiserplatz sammelt hatte, ging es zum Marktplatz, wo eine erste Zwischenkundgebung angesagt war; die zwei Redner konnten wegen der schlechten Lautsprecheranlage allerdings nur die Hälfte der Versammelten erreichen. Dorothee Piermont (Europa-Abgeordnete der Grünen) verlas das Ergebnis des internationalen Rheintribunals, das am Vortrag in Augun/Südbaden stattgefunden hatte.

Dort hatten sich unabhängige Wissenschaftler der verschiedensten Umweltverbände versammelt; H.P. Egenberger von der Aktion Selbstschutz Basel, W. de Savornin Lohmann, die Umweltschutzbeauftragte der Stadt Amsterdam, Prof. Hoimar von Ditfurth, G. Heizmann und viele andere. Die Jury kam zu dem Ergebnis, daß die am Rhein gelegenen Chemiekonzerne bewußt ihre Eigeninteressen über Leben und Gesundheit von Mensch und Natur gestellt hätten. So seien mit der Katastrophe bei Sandoz und den nachfolgenden "Unfällen" grob fahrlässig oder sogar vorsätzlich Schäden verursacht worden, die auch mit finanziellen Mitteln nicht mehr zu beheben seien. Und tagtäglich flössen mit behördlicher Genehmigung weiter hochgiftige chemische Abwässer in den Rhein.

Als Konsequenz forderte die Jury da-

her u.a.:

- ein Recht auf Akteneinsicht für Umweltverbände
- einen Widerruf aller bestehenden Einleitungsgenehmigungen
- eine Beweislastumkehr, der Produzent hat die Unschädlichkeit seiner Produkte nachzuweisen
- ein Verbandsklagerecht für Umweltverbände
- ein Produktions- und Exportverbot für alle in der EG verbotenen Pflanzenschutzmittel
- Gifteinleitungen als Brunnenvergiftungen zu beurteilen und dementsprechend juristisch als Kapitalverbrechen zu verfolgen.

Ein Vertreter des Bonner Anti-WAA-Plenums redete als zweiter. Das Anti-WAA-Plenum sieht in der Rheinvergiftung nur ein Beispiel für die tägliche Gewalt, die von Staat und Kapital ausgehe. So seien die neuerabschiedeten sogenannten Terroristen-Paragraphen ein weiterer Versuch, jegliche Protestbewegung zu kriminalisieren. Ausgehend von der Annahme, daß selbst eine absolute Mehrheit der Grünen im Bundestag die bestehenden Verhältnisse nicht wesentlich ändern würde, forderte er zum Wahlboykott und zum aktiven Widerstand auf. Um seinem Protes gegen die neuen Antiterrorgesetze Nachdruck zu verleihen, verlas er seine Erklärung maskiert. So bot sich dem Beobachter eine fast surreale Szene: Über 1500 Leute auf dem Bonner Marktplatz, geschart um einen kleinen, alten, roten Ford mit vier quäkenden Lautsprechern auf dem Dach und im Wagen ein Maskierter am Mikrophon.

Auf dem Weg vom Marktplatz zum Beueler Rheinuferparkplatz ging es über die Kennedybrücke, auf der es, wie auf den anderen Rheinbrücken zwischen Basel und Rotterdam, zu weiteren Protesaktionen kam. So wur-

de mit zwei Särgen der Rhein zu Grabe getragen, und als einer der Verantwortlichen ging Umweltminister Wallmann "baden". Da es sich jedoch nur um eine Puppe handelte, blieben dem real existierenden Umweltminister Hautallergien und sonstige Gesundheitsschäden erspart.

Während sich nun die eine Hälfte des Demozuges zum Beueler Rheinufer aufmachte, um die Abschlußkundgebung, u.a. mit Axel Köhler-Schnura, Sprecher der Kritischen Aktionäre der Bayer-AG, zu hören, entschloß sich der andere Teil spontan, die Brücke zu blockieren, um seinen Unmut auch außerhalb des polizeilich abgesteckten Rahmens zu äußern. Diesem schloß sich mancher der blockierten Verkehrsteilnehmer an. Der Vorstand der Bayer-AG saß jedoch nicht in der Straßenbahn, so daß der Symbolcharakter dieser Blockade durchaus angezweifelt werden kann. Blockadegegner war einmal mehr die Polizei, die jedoch behutsam vorging, ob nun aus taktischen oder sonstigen Gründen, sei dahingestellt. Zwischenfälle blieben aus.

Die Aktualität dieses Themas zeigte sich auch darin, daß Meldungen über den Brückenschlag in den Nachrichten an erster Stelle standen.

Als Reaktion nicht zuletzt auf den Internationalen Rheinalarm fand am 17.12.86 eine Sonderkonferenz der Umweltminister von Bund und Ländern statt. Hauptthema war die Überprüfung der bestehenden Gesetze und die Vorsorgepolitik angesichts der Vergiftung des Rheins. Die Minister konnten sich aber nicht einmal auf einen Minimalkonsens in Fragen der Chemikaliengesetze oder des Haftungsrechtes einigen ...

... Bayer, Hoechst & Co. leiten weiter ein!

Sven-Uwe Müller
Ralf Kurpat

Ab Herbst '87 gibt's
Lokalradio Bonn/Rhein/Sieg
Deshalb hier ein

Werde ein DJ - in zehn Minuten!

Wir basteln uns eine Musiksending.
Und nehmen andere Radio-Stationen auseinander.

Ein gutes Lokalradio heißt auch: ein gutes Musikradio. Der Musikanteil am Programm wird ca. 50% betragen. Hoffentlich. Und gute Musik!

Mal angenommen, ihr könntet morgen abend 45 Minuten lang eure eigene Musiksending machen ... Gut, wir wollen das jetzt kurz üben. Eure eigene Musik und eure eigene Moderation. Es geht um eine Cassetenseite, die ihr selber - und auch eure Freunde - gerne und auch öfters hören wollt.

Ihr braucht:

- 1 Cassettenrecorder
- 1 Plattenspieler
- 1 Micro
- 1 Verstärker

noch besser:

- 2 Plattenspieler
- bzw. 2 Cassettenrecorder
- + 1 Mischpult zum Mixen

1. Euer Konzept:

Wollt ihr Musik vorstellen? Oder wollt ihr einen durchgehenden Mix machen? Wollt ihr eine oder mehrere Stimmungen aufbauen? Wollt ihr eure Zuhörer "bilden" - oder unterhalten? Oder beides?

Überlegt euch, was ihr wichtig findet. Aber macht's euch nicht zu schwer. Denn Musik ist Unterhaltungskunst ...

2. Musikauswahl:

Werfen wir einen Blick in die gesamte Popmusik. So, als hätten wir ein vollständiges Plattenarchiv ab 1930 zur Verfügung.

Ab 1955 ist nicht mehr viel gelaufen ohne die schwarzen US-amerikanischen Wurzeln:

BLACK MUSIC: All that Jazz, Blues, Soul, Funk, Disco usw. Dazu Caribic, Südamerikanisches und Afro (Highlife).

Diese Quellen wurden und werden jederzeit von weißen Pop-Musikern in USA, GB und auch bei uns aufgegriffen:

BLACK + WHITE: Rock'n'Roll, Beat, Rock, Pop-Jazz (the revival), Teenie-Hit-Pop usw.

Daneben gibt es relativ reine weiße Popmusik:

WHITE POPMUSIC: Schlager, Songs, Musicals, Synthesizer, Punk + New Psychedelic + Garagen-Rock, New Wave, Avantgarde, Heavy Metal u.v. a.m.

Die internationale Popmusik führt im wesentlichen die schwarzen Wurzeln mit weißer Volksmusik zusammen:

WEIßE VOLKSMUSIKEN: Country & Western; Irisches; Folkmusic; Deutsches (Blas-, Marsch-, Volks- und Operettenmusik); Chansons; Folklore u.ä.

Außerdem die "Grundlagen" der westlichen Zivilisation:

WEIßE "E"-MUSIK: Klassik, Oper, Avantgarde.

Popmusik ist nicht nur die Bezeichnung für "populäre" Musik, sondern eine eigene soziale Kunstform. Debbie Harry, früher bei "Blondie", dazu: "Alles nähert sich langsam einer Art Weltmusik ... Was jetzt kommt, ist die Verschmelzung von regionalen Musikkulturen, die bisher isoliert waren und für sich standen ..."

Popmusik schafft die akustische Vernetzung aller Kontinente, aller Interessierten. Lassen wir uns von ihren kommerziellen Aspekten nicht darüberhinwegtäuschen.

3. Das "Best of"-Konzept:

Sucht euch etwa 15 Titel aus eurer Sammlung aus, die ihr für "gut hörbar" erachtet; die euch und anderen Spaß und Lust machen; die körperlich und gefühlsmäßig mitreißen; die man gerne öfter hören möchte.

Nehmt eure beste Musik. Vielleicht auch ein wenig "Zuhör-Musik", die mehr Konzentration und Aufmerksamkeit vom Zuhörer verlangt. Aber davon nicht zuviel.

4. Die Präsentation:

Jetzt kommen die Probleme. Wie reihen wir die hörbaren Titel günstig aneinander, wie vermischen wir sie,

KOMMUNALES

auch mit einigen Zuhör-Titeln? Also: wie PRÄSENTIEREN wir die Sache?

1. Möglichkeit: Einfach willkürlich nacheinander. Evt. mit "überleitender" Moderation dazwischen. Brav abwechselnd (WDR I und II).

Kritik: Jedes einzelne Musikstück hat so seine eigene Stimmung, seinen eigenen Charakter. Nichts paßt an- und nacheinander. Man wird krass von der einen in die nächste Stimmung geworfen. Da hilft auch keine "einfühlsame" Moderation auf Dauer - es fehlt einfach die Gesamtstimmung.

2. Möglichkeit: Eine "inhaltliche" Zusammenstellung, nach Text-Thema oder nach Stilrichtungen (WDR II).

Kritik: Der innere Zusammenhang der Sendung und ihrer Musik läuft hierbei an erster Stelle über den Kopf. Etwas einseitig intellektuell. Selten mitreißend. Nur was für ab- und zu. Allerdings zeigen die BFBS-Jungs (und die Mädels, gell; d. S.in), wie auch das mit Gefühl geht ...

3. Möglichkeit: Wir versuchen, unsere Musiktitel wie ein Diskotheken-DJ zu "behandeln"; wir bringen sie in eine stimmungsmäßige Abfolge und kreieren eine stimulierenden MUSIK-FLUß.

Dabei gehen wir an erster Stelle aus von den in den Titeln jeweils enthaltenen und ausgedrückten Stimmungen, Gefühlen, vibrations. Können wir mit gut hörbaren und auch kontrastierenden Übergängen einen einheitlichen Fluß aufbauen?

Wir müssen uns dabei überlegen, ob und wie oft wir rauf und runter, hin und her, heiß und kalt fließen lassen wollen.

Natürlich muß der Fluß in "harmonischen" Bahnen gehalten werden. Die aber möglichst auch abwechslungsreich sein und neue Perspektiven des Genusses eröffnen sollten.

5. Der Mix - ein Beispiel:

Nehmen wir 5 zufällige Titel:

Prince "When Doves Cry"

Vivaldis "4 Jahreszeiten" - Frühling I. Satz

Bee Gees "Holiday" (1968)

Elvis Presley "Fever"

Bläck Fööss "Komm, laß mer tanze jonn"

Prince macht für uns den Einstieg: Langsam aber kräftig baut sich seine dunkle Stimme auf. Daraus gleiten die knalligen Bläck Fööss hervor und rok-

Radioprogramme in der BRD:

WDR II:

Musik und Wort schön abwechselnd hintereinander. Die Musik - möglichst instrumental - soll nicht vom Wort ablenken, sondern nur eine "Entspannungspause" geben. Keine musikbezogene Moderation.

Typischer Fall von "Bildungsanspruch" mit sehr wenig drive und feeling.

WDR I:

Auch brav abwechselnd. Für junge Hörer immer (nur) die neueste Popmusik, immer auf der angestrengten Suche nach Qualität. Nix homogener Musikfluß. Zuviel Infos.

SWF III:

Der unmoderierte Adult-Mix: Knackig, unterhaltend, altes und neues gut gemischt. Bißchen viel Hits zur Zeit. Knappe Wortmoderation. Konzentrierte, oft kritische Wort-Beiträge. Die gekonnte Mischung macht es zu einem der weltbesten Dauerprogramme!

"Nachtrack":

Angeblich ist ROCK die einzig hörenswerte Musik für die Deutschen. Selten ein guter Fluß (außer bei Alan Bangs und NDR). Als ob Musik-Information zu jedem Stück gehöre. Anstrengend.

"ARD-Nachtexpress":

Vergessenswert. Pseudostimmung mit "ein bißchen was für jeden dabei". Wann sendet SWF III endlich auch die Nacht durch?

BFBS:

Nach dem amerikanischen Beispiel des schnellen Flusses. In den USA oft zu pushend, zu powernd. Bei BFBS mit lockerem feeling. Musik: gefühlvoll zusammengestellte Hits und verschiedenste Oldies. Jeder Titel wird an- und abmoderiert, meistens in die Musik hinein. Auch die reinen Wortbeiträge kommen unterhaltend rüber. (Natürlich kriegen die Jungs in der army möglichst wenig Politik, dafür umso mehr Showbiz und die Queen ...)

Top-Crack: Tomas Vance!

HILVERSUM und Belgien:

bringen oft einen sehr interessanten, abwechslungsreichen aber durchgehenden Musik-Mix mit relativ wenig Moderation. Die sie kennen, lieben sie ...

Arbeitsgruppen in Bonn:

Der "Förderverein für ein Lokalradio Bonn/Rhein/Sieg" hat mehrere praktische Arbeitsgruppen laufen.

1. "Journalistische Wortbeiträge". Hier werden Interviews und Beiträge gebastelt und bei anderen Stationen untergebracht. Infos bei Dodo (0228/652083).

2. "50% Musik". Hier geht's praktisch und theoretisch um die Erarbeitung eines Musikkonzeptes für unser zukünftiges Lokalradio. Infos bei Denis (0228/650108).

3. "Öffentlichkeitsarbeit und PR für's Lokalradio". Ein Platz für angehende Journalisten. Material und Aktionen für die Öffentlichkeitsarbeit. Infos bei Wolfgang (0228/472596).

U. B.
Bonn

Herrenfriseur Alfio



Ohne
Vor-
an-
mel-
dung
!!

Waschen, Schneiden, Fönen 22.-
Trockenschnitt (Facon) 12.-

Mo 13-18 Uhr

Di-Fr 9-18 Uhr

Sa 8-15 Uhr

Wenzelgasse 3
Tel. 633900

KOMMUNALES

ken los. Sanft reiht sich daran Holiday, getragene Wehmut. Die gleitet über in Vivaldis Sketch, der von Elvis mit finger-snapping kontrastiert wird ...

"Everything has its place - and there's a place for everything. And anything can happen ..." (Frankie goes to Hollywood)

So. Jetzt könnte jeder von euch das mal auf einer Cassettenseite mit eigener Musik ausprobieren. Klappt der Fluß, stimmt die (Gesamt-)Stimmung, habt ihr selber Lust, euren Mix öfters hören?

Wollt ihr MODERATION?

6. Moderation:

Deutsche Moderation - schwierige Moderation! Wir sind im allgemeinen ein ernstes Volk, mit ernster klassischer und intellektueller Musik. Oder mit schiebemaschmäßiger Volksmusik.

Nicht umsonst ist der größte Teil der Disco-DJs in der BRD entweder farbig, angloamerikanisch, mediterran oder türkisch! Auch das Radio verläßt sich oft auf angloamerikanisches Musikfeeling: Alan Bangs, Dave Coleman, Ken Janz usw.

Wenn deutsche Moderatoren "Stimmung" machen, wird's schnell peinlich (BR, ARD-Nachtexpress).

SWF III hat deshalb die logische Konsequenz gezogen: eine den Deutschen angemessene knappe, sachliche, relativ nüchterne Moderation. Lieber zuwenig als mehr. Aus über 1000 Anwärtern hat SWF III in den letzten elf Jahren die für ihr Sendekonzept besten 10 Moderatoren und DJs heraus-sortiert...

Also: Wer's nachweisen kann, führt mit einer guten Moderation durch seinen Mix bzw. durch sein Programm. Wer's nicht so mit dem Feeling hat, hält sich mit einer (sehr) knappen Moderation etwas zurück ...

Try it - you'll like it!

See you!

Prof. Hightime

DAS LOKALRADIO DEN BÜRGERN -
UND NICHT NUR DEM GENERAL-
ANZEIGER!

Gesamtdeutsche Schläger

Bonn, 1.9.1984, ein Samstag. Gegen 16 Uhr liegen auf dem Kaiserplatz 20 Punks in der Sonne. Plötzlich wird die Ruhe gestört: ca. 50 Faschisten fallen mit Schlagstöcken und eisernen Ketten über die Punks her und verletzen vier von ihnen schwer. 15 Schläger werden festgenommen, ~~er~~erkenntnisdi~~en~~stlich behandelt - und wieder freigelassen. Von diesen 15 - unter ihnen Mitglieder von NPD, FAP und Wiking Jugend - standen 7 im Juli 1986 vor dem Bonner Landgericht. Sie erhielten drei bis neun Monate, mit einer Ausnahme ("SS-Sigi" Borchert) auf Bewährung. Punks, die als Zeugen aussagen sollten, wurden vor dem Prozeß bedroht.

AKUTES

Bonn, ebenfalls 1.9.1984. Im Studentenwohnheim des "Baltisch-christlichen Studentenbundes" auf dem Annaberg hält der "Gesamtdeutsche Studentenverband" (GDS) ein Seminar über die "Deutschlandpolitik der SED" ab, das am Samstagabend in die 31. Jahreshauptversammlung mündet. Der GDS (früher: Ostpolitischer Deutscher Studentenverband) ist eine Studentenorganisation des Bundes der Vertriebenen. Im GDS haben Faschisten maßgeblichen Einfluß. Hans-Michael Fiedler, langjähriger NPD-Funktionär, erweckte in den 70er Jahren mit Hilfe des Mitgliedsverbandes "Studentenbund Schlesien" den ODS zu neuem Leben. Er gehörte wie andere NPD-Mitglieder seinem Vorstand an. Hermann Mietz, der die "Nationale Jugend Ostfriesland" betreibt, führt eine Hochschulgruppe des GDS. 1982 brachte der Verband, damals noch als ODS, ein "Manifest Neues Deutschland" heraus, ein Versuch, von rechts Einfluß auf Diskussionen der Friedensbewegung zu nehmen. Im "Manifest" wird für ein "blockfreies und vereintes Deutschland" als Schritt zur Überwindung der Militärblöcke plädiert. Unter der Überschrift "Aussöhnung mit Polen" lesen wir: "Die Rechtslage aufgrund des geltenden Völkerrechts erzeugt zunächst die Vermutung der Gerechtigkeit. Sie besagt, daß das östlich der Oder-Neiße-Linie liegende deutsche Staatsgebiet (...) nicht annektiert werden darf, also nicht rechtmäßiger Bestandteil polnischen oder sowjetischen Staatsgebiets ist. (...) Der momentane Besitzstand Polens ist nicht geeignet, eine endgültige und gerechte Lösung darzustellen."

Der Prozeß um einen Faschistenüberfall auf Bonner Punks zeigte die Verbindungen vom "Gesamtdeutschen Studentenverband" zur braunen Schläger-szene.

Was haben die beiden Ereignisse vom 1.9.84 miteinander zu tun?

Einigen Seminarteilnehmern wurde es auf dem Annaberg langweilig, sie fuhren in die Stadt. So verzeichnet das Protokoll der GDS-Versammlung, die um 18 Uhr begann: "Hochschulgruppe Bielefeld nicht vertreten, Hochschulgruppe Wilhelmshaven nicht vertreten". HG Bielefeld, das sind Norbert Schnelle, Mitarbeiter der faschistischen Jugendzeitung "Klartext" und laut eigenem Bekenntnis "Nationalrevolutionär", sowie Meinhard Elbing, ein bekannter Schläger mit Verbindungen zur "Nationalistischen Front" (FAP-Umfeld). HG Wilhelmshaven, das ist Hartmut Heger, ab 1976 NPD-Funktionär und als Delegierter des "Studentischen Arbeitskreises Mitteldeutschland" im GDS-Vorstand. Diese drei sowie ihr Kommilitone Frank Buchhold, Student der Sozialarbeit in Bielefeld, wurden nach der Kaiserplatz-Schlägerei festgenommen.

Heger und Elbing wurden wegen Körperverletzung und Landfriedensbruch angeklagt, die anderen zwei traten als Zeugen auf. Buchhold und Elbing gaben an, die Nazischläger von ihrem Treffpunkt am Verteilerkreis in die Innenstadt gefahren zu haben.

Außer Schnelle, Elbing, Heger und Buchhold kamen die oben erwähnten Fiedler und Mietz sowie ein weiterer GDS-Faschist zur Versammlung nach Bonn: Joachim Apel. Er leitet mit Mietz die "Nationalistische Jugend Ostfriesland". Über den Aufenthalt Fiedlers, Mietz' und Apels an diesem Nachmittag wurde vor Gericht nichts bekannt, auch nicht darüber, warum die Polizei, die sonst regelmäßig den Kaiserplatz umkreist, just im Moment des Überfalls abwesend war, wohl aber am selben Vormittag die Leitung der Antikriegsdemo des DGB vor Neonazis in der Stadt warnte? Der Grund könnte mit der Person Apels zu tun haben. Er arbeitet, glaubt man der "Hannoverschen Allgemeinen" vom 12.12.1984, für den Staatsschutz.

Jan Baumeister



Einiges an Aufregung hatte die AKUT-Berichterstattung über die geplante Zwangsräumung des Studentenwohnheimes "Am Römerlager" zugunsten der Teilnehmer der Schwimm-Europameisterschaft '89 bewirkt.

In der letzten Ausgabe war über die Pläne des Studentenwerk-Geschäftsführers Dieter Iversen und den heftigen Widerstand der Studenten dagegen berichtet worden. Innerhalb der SPD in Bonn hatte Iversen in der Folge gegen einige Anträge anzukämpfen, die sein Engagement in dieser Sache verurteilen - so wurde beispielsweise gegen sein Votum ein Brief an Wissenschaftsministerin Brunn beschlossen.

Aber auch im Verwaltungsrat des Studentenwerks gab es Auseinandersetzungen: Im Ergebnis billigte das Gremium Iversens Vorgehen, beschämenderweise sogar mit den Stimmen zweier studentischer Vertreter, die - wie sich im Nachhinein ergab - über die Vorgänge nicht informiert waren. Jedoch hätten die Studenten selbst mit diesen beiden "Wandlern zwischen den Welten" als strukturelle Minderheit "nix zu melden" gehabt...

Mittlerweile haben die Senioren des Studentenwohnheims angesichts dieser Ergebnisse einen gemäßigten Kurs einschlagen müssen. Während sich AStA-Sozialreferent Thomas Gaida - nach Auffassung des Autors zu Recht - ganz allgemein gegen die Vermietung und deren Folgen für die wohnungssuchenden Studenten wehrt, wollen die Wohnheims-Vertreter Iversen entgegen kommen. "Auf freiwilliger Basis" soll im Sommer '89 eine Vermietung an die Sportler möglich sein. Bei dieser Lösung würden die Probleme für Examenkandidaten, Prüfungsteilnehmer usw. entfallen - wer es mit seinen Studienplänen vereinbaren kann, stimmt zu - wer nicht, muß jedenfalls nicht mit einer Zwangsräumung mitten im Examen rechnen.

Ganz offensichtlich scheint jedoch die Gegenseite nicht besonders angetan - und reagiert entsprechend unflexibel:

MELDUNG
Römerlager

Studentenwerk und Schwimmverband bestehen auf der Räumung eines kompletten, in sich geschlossenen Gebäudeteils - koste es, was es wolle!

Daß bei der von den Studenten favorisierten Lösung nicht nur beiderseitige Friktionen vermieden, sondern überdies aller Voraussicht nach auch die benötigte Anzahl von Apartments zur Verfügung stehen (nämlich genauso viele, wie im Bauteil B des Wohnheims), scheint die Herren nicht zu interessieren.

Für Mitte Januar haben Studenten und Wohnheimsverwaltung Verhandlungstermin anberaumt - AKUT bleibt am Ball und berichtet weiter.

Stefan Thiwissen

Unvollständig zitiert

betr.: Artikel "Sitzdemonstrationen weiterhin strafbar", "Akut" Nr. 219

Sehr geehrte Damen und Herren!

In der Dezemberausgabe der "Akut" ist eine Stellungnahme von mir zum "Sitzblockade"-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 11.11.1986 erwähnt worden. Nicht nur, daß der Autor des Beitrages "Sitzdemonstrationen weiterhin strafbar" zum Mittel der persönlichen Diffamierung greift, bedauerlicherweise gehört es auch zu dieser Art Journalismus, Aussagen verkürzt und nicht wortgetreu wiederzugeben. Der Autor fragt scheinheilig, was ich wohl mit dem angeführten Begriff der "Friedenspflicht des Bürgers" gemeint haben könnte. Dies hätte er natürlich wissen müssen, wenn er meine damalige Presseerklärung ganz gelesen und zitiert hätte. Daher möchte ich die vollständige Passage hiermit Ihren Lesern nicht vorenthalten:

"Mit der heutigen Entscheidung unterstreicht das Bundesverfassungsgericht eine der ethischen Grundvoraussetzungen der freiheitlichen Demokratie, nämlich die Friedenspflicht des Bürgers: die Pflicht, sich der Übergriffe in den Rechtskreis des anderen zu enthalten, auf Eigenmacht

Buchbindekurs, die zweite

Betrifft Artikel "Ein Buchbindekurs - das ist was feines" von Matth. Pohlmann, AKUT 219

In der Tat war der Buchbindekurs eine feine Sache, denn wann hat man schon mal die Möglichkeit, in diese, heutzutage nur noch von wenigen beherrschte, Handwerkskunst eingeweiht zu werden.

Da vorher meines Wissens noch nie (...) zu einer ähnlichen Veranstaltung eingeladen worden war, war es schwierig, das Interesse für solch eine Veranstaltung im Voraus zu ermitteln. Als Kursteilnehmer wende ich mich jedoch entschieden gegen die von M. Pohlmann aufgestellten Behauptungen. Zur Richtigstellung sei gesagt:

1. Der Workshop war nicht für 10, sondern für 20 Teilnehmer geplant. Material war in ausreichender Menge vorhanden - wäre die freche Behauptung von Pohlmann richtig, so hätten wohl längst nicht alle Kursteilnehmer am Ende ein fertiges Produkt mit nach Hause nehmen können.

2. Die Behauptung "das Tempo des Workshops hatte sich nach den Frauen gerichtet" ist an den Haaren herbeigezogen:

zu verzichten und den Kampf um das Recht nur in den gewaltfreien Bahnen des Rechts zu suchen."

mit freundlichen Grüßen

Dr. Manfred Langner
MdB

LESERBRIEFE

Parlamentarisches Pinkeln

Sehr geehrter Verfasser des Artikels "Die verkaufte Heimat"

Mit großem Interesse habe ich Ihren Artikel in "Akut" vom Dezember 1986 gelesen und mich auch köstlich amüsiert. Zwar ist nicht alles richtig, was drinsteht. Immerhin: Es trägt zur Erheiterung bei. Ganz besonders meine "rote Nase" - ich habe sie von meinen Vätern ererbt, andere bekommen sie vom Saufen.

Übrigens: Ihr Zitat über das "Pinkeln von Lappas" ist nicht korrekt. Es lautet vielmehr: "Herr Vorsitzender, ich habe zwei Bier getrunken. Ich muß mal pinkeln." Darauf der Vorsitzende: "Wenn Sie diesen Ausdruck durch einen parlamentarischen ersetzen können, dann gestatte ich Ihnen die Pause!"

mit freundlichem Gruß

Hüsch

Hat besagter Schreiberling etwa Minderwertigkeitskomplexe gegenüber dem weiblichen Geschlecht, weswegen er auch in seinem Beitrag krampfhaft zwischen maskulin/feminin in der Schreibweise unterscheidet? Ich hatte als männlicher Teilnehmer, wie die meisten anderen auch, keine Schwierigkeit, den Erklärungen des Kursleiters zu folgen.

3. Die Arbeitsatmosphäre war trotz der Enge im Institut angenehm und konstruktiv. Die Behauptung, Werkzeuge seien abhanden gekommen, bzw. Material wäre ohne Genehmigung entwendet worden, beruht auf der Einbildung des Schreiberlings. Woher will Pohlmann das auch alles so genau wissen: In der (entscheidenden) Aufräumphase war er gar nicht mehr dabei!

Unterm Strich bleibt festzuhalten: Mit Organisation und Ablauf kann man zufrieden sein, wie auch das Gros der Kursteilnehmer am Ende des Kurses den Kursleitern zu erkennen gab. Die Unstimmigkeiten in "Kopf und Bauch" scheinen sich bei M. Pohlmann offensichtlich schon vor dem Besuch des Workshops eingestellt zu haben.

Jürgen Bahrs

„Überall Arbeiter-

Die sozialistische Revolution
in Ungarn 1956

und Bauernräte“

Vor 30 Jahren, am 23.10.1956, brach in Ungarn der Aufstand breiter Arbeiter- und Volksmassen gegen die stalinistische Diktatur der Bürokratie aus, deren Entstehung der jugoslawische Regimekritiker Milovan Djilas wenige Jahre zuvor erstmals mit umfassender Genauigkeit in seinem Buch "Die neue Klasse" analysiert hatte.

Es kam bereits in der ersten Nacht auch zu Kämpfen gegen die sowjetischen Besatzungstruppen, die sich vor der Wucht des Aufstandes vorerst zurückzogen. Überall, auf dem Lande und in den Industriebetrieben, kam es zur Vertreibung der teilweise inkompetenten Betriebsdirektoren, die durch Bauern- bzw. Arbeiterräte ersetzt wurden. Auch die Armee wurde zum Mitträger der Revolution; daneben wurden Volksmilizen geschaffen. Schließlich wurde die Revolution durch die zweite sowjetische Invasion brutal niedergeschlagen. Viele Ungarn flohen. Die Streiks hielten noch sehr lange an. Auch heute scheinen die Machthaber die Ereignisse von damals zu fürchten, denn in den Wochen um

Mit diesem Apparat konnten sie die anderen Parteien und Gruppen nach und nach ausschalten. Der Parteisekretär Matyas Rakosi nannte dies Salamitaktik - die Opposition wurde Stück für Stück verkleinert. Nachdem die Kleinlandwirte zerschlagen und die Reste der Sozialdemokraten mit den Kommunisten zwangsvereinigt worden waren, richtete sich der Terror gegen nichtkonforme Richtungen innerhalb der kommunistischen Partei. Hier setzte sich die Gruppe um Rakosi und Ernő Gerő, die vor Kriegsende in Moskau gewesen waren, gegen diejenigen durch, die illegal im Land gearbeitet hatten oder in den Westen geflohen waren und nicht unbedingt die Gewähr boten, voll auf Stalinscher Linie zu liegen. So wurde Außenminister Laszlo Rajk 1949 verhaftet und hingerichtet; er war beschuldigt worden, national-kommunistische Ideen nach jugoslawischem Vorbild zu vertreten. Dies lief in allen osteuropäischen Ländern in

die 1946 35% und 1948 25% des Nationaleinkommens betrugen, von der Sowjetunion ausgebeutet, andererseits wurden in dem bisher landwirtschaftlich orientierten Land die Bauern zwangskollektiviert; sehr einseitig wurde die Schwerindustrie aufgebaut. Große Teile der Bevölkerung wurden so in typisch kapitalistische Arbeitsbedingungen gepreßt, vor allem durch die Einführung der Akkordarbeit. Der Widerstand dagegen bestand in Sabotage, bewußter Langsamarbeit, sowie in Krankfeiern. So sank sowohl die Produktion als auch die Qualität, doch politisieren konnte sich der Widerstand noch nicht. Die parasitäre Bürokratenklasse war noch zu stark, aber auch der Haß auf sie wurde immer größer. Dies ist besonders in Bezug auf die Sicherheitspolizei AVH nicht verwunderlich, denn ein Polizist verdiente das dreifache eines durchschnittlichen Arbeiters und konnte bei seinen Opfern außerdem plündern und

ZEITGESCHICHTE

den 30. Jahrestag des Aufstandes war auf den Straßen Budapests viel Polizei zu sehen.

Die politische Entwicklung Ungarns
Geschichte Ungarns 1944 bis 1956
und die Situation in Osteuropa
1953 bis 1956

Die Revolution in Ungarn ist ohne die Ereignisse vom Ende des Krieges bis 1956 nicht verständlich. Nachdem 1944/45 mit dem Vormarsch der Roten Armee das reaktionäre Großgrundbesitzerregime Admiral Horthys mit seinen klerikalfaschistischen Regierungen hinweggefegt worden war, wurde eine bereits Ende 1944 gebildete provisorische Regierung eingesetzt, die aus Ministern aller damals relevanten Parteien, nämlich der Kommunisten, Sozialdemokraten und der Kleinlandwirte, gebildet wurde. Diese Regierung wurde in freien Wahlen 1945 bestätigt, wobei die Kleinlandwirtpartei die absolute Mehrheit der Stimmen errang, während die Kommunisten nur 17% erhielten. Da sie jedoch das Innen- und das Justizministerium kontrollierten, hatten sie die staatliche Sicherheitspolizei AVH in der Hand.



dieser Zeit ähnlich ab.

Die wirtschaftliche
Entwicklung Ungarns

Wirtschaftlich wurde Ungarn bis 1956 total umgekrempelt. Einerseits wurde es durch Benachteiligung im Handel und durch hohe Reparationszahlungen,

seine sadistischen Triebe ausleben.

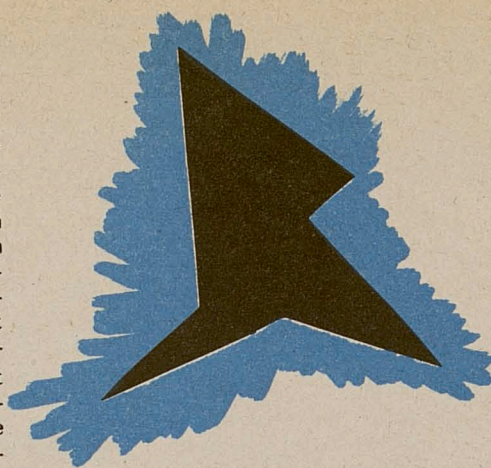
Der Tod Stalins und die Folgen

In dieser Situation starb im März 1953 Stalin. Die Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung brachte die Arbeiter in ganz Osteuropa dazu, wirtschaftliche und politische Forderungen

aufzustellen. Es kam überall zu Unruhen, die im Aufstand vom 16./17. Juni 1953 in der DDR kulminierten. Die SED-Regierung wurde weggefeigt, Sowjetpanzer mußten "Ordnung" (welch bourgeoiser Ausdruck) schaffen. Die Opfer der DDR-Arbeiter waren nicht umsonst. Überall mußte die Bürokratie den Druck lockern, auch in der Sowjeunion selbst, wo die ersten großen Streiks in den riesigen Zwangsarbeitslagern das Ende des aus Überausbeutung durch unbezahlte Arbeit bestehenden Wirtschaftssystems ankündigten. So wurde in Ungarn August 1953 Imre Nagy zum Ministerpräsidenten ernannt. Politische Gefangene wurden freigelassen, einige Kollektivgüter aufgelöst, Konsum und Leichtindustrie sollten stärker gefördert werden. Auch die Poliziesonderjustiz wurde abgeschafft. Nachdem in der Sowjetunion Malenkov durch Chruschtschow abgelöst worden war, wurden die Zügel wieder straffer angezogen. Im April 1955 wurde Nagy seines Postens enthoben, aus der Partei ausgeschlossen und seine vorsichtigen Reformen schrittweise wieder zurückgenommen. Der Arbeiterklasse wurde wieder eine höhere Produktion abgepreßt. So schien der härtere Kurs in Osteuropa sich durchgesetzt zu haben.

1956

So schien es kein Risiko zu sein, Stalin endgültig zu demontieren. Auf dem 20. Parteitag enthüllte Chruschtschow die Verbrechen und Fehler Stalins; er verursachte damit ein Erdbeben in allen kommunistischen Parteien, die auf Stalin kultmäßig (das ist aber ein sehr lustmäßiger Ausdruck, Bert. d. S.in) fixiert waren. Chruschtschow gab den Weg frei, nicht nur Stalin, sondern das ganze System der "bolschewisierten" kommunistischen Partei und ihrer Herrschaft radikal zu kritisieren und zu demontieren. Am 28. Juni 1956 begannen Arbeiter in Posen/Polen zu streiken und auf die Straße zu gehen. Polnische Panzer erstickten die Rebellion in einem Blutbad. Die polnische Partei erkannte schnell, daß sie sich den Arbeitern entfremdet hatte, und wollte Reformen einleiten. Sie lehnte alle sowjetischen Forderungen nach harten Unterdrückungsmaßnahmen ab und wählte den von den Stalinisten eingekerkerten Wladislaw Go-



mulka am 21.10. zum neuen Generalsekretär. Die Sowjets gaben nach, als sie sahen, daß die gesamte Bevölkerung hinter dem neuen Kurs stand und daß die polnische Armee ihre Waffen bei einem gewaltsamen Vorgehen gebrauchen würde. So wurde auch die Direktkontrolle von Sowjetoffizieren über die Armee abgeschafft.

Die Ereignisse 1956
in Ungarn vor und während
der Revolution

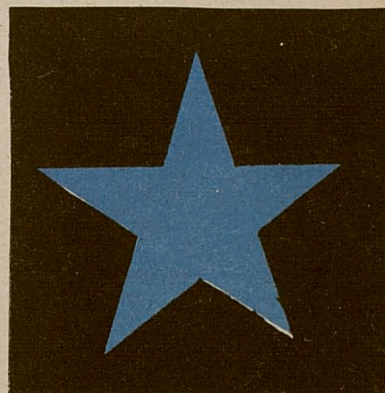
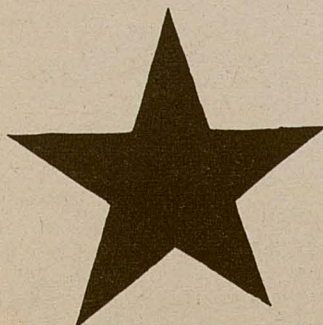
Die Spannung in Ungarn nahm im Frühjahr 1956 extrem zu. Im April 1956 wurde von Studenten des kommunistischen Jugendverbandes ein Diskussionsforum, der Petöfi-kreis, initiiert. Broschüren wurden gedruckt, mit stillschweigender Duldung der Parteimitglieder. Verbote wurden schnell wieder aufgehoben. Der Schriftstellerverband beteiligte sich über seine Zeitung an der Diskussion. Hier griff vor allem Gyula Hay die Bürokratie massiv an. Langsam weiteten sich die Forderungen aus. Sehr wichtig war dabei die von Rakosi angekündigte Rehabilitierung Rajks. Dessen Frau Julia forderte öffentlich die Bestrafung der Schuldigen, also Rakosi und Gerö. Rakosi wurde schließlich am 18.7. von den Sowjets durch Gerö ersetzt, bevor er schon vorbereitete Verhaftungen durchführen lassen konnte. Langsam wurde die Diskussion über mehr Freiheit auch bei den Arbeitern verankert. Am 8.9. forderte Hay, daß die Schriftsteller die absolute Wahrheit sagen dürften und auf dem Schriftstellerkongreß eine Woche später wurden alle Stalinisten und Opportunisten abgewählt und in vielen Reden die Tyrannei angeprangert. Am 6.10. wurde Rajks Leiche in einem Staatsbegräbnis zum zweiten Mal beigesetzt. 20 000 Menschen zogen in einer stummen Demonstration an seinem Sarg vorbei. ("Einer der Witze, die man sich zu der Zeit in Budapest erzählte, war: 'Was ist der Unterschied zwischen einem Christen und einem Marxisten? Der Christ glaubt an ein Leben nach dem Tode; der Marxist glaubt an eine Rehabilitierung nach dem Tode.'" Zitiert nach Andy Anderson, Die ungarische

Revolution 1956.) Es kam auch schon zu einer ersten illegalen Demonstration. Inzwischen hatten die polnischen Ereignisse auch bei den Arbeitern zu bewußtem Handeln geführt. Es wurde nun "wirkliche Arbeiterselbstverwaltung" gefordert. Der Petöfikreis nahm diese Forderung auf; so wurde den bisherigen politischen Forderungen ein ökonomisch-sozialer Aspekt zur Seite gestellt. Als bekannt wurde, daß die Forderungen der Sowjetführer an die polnische Regierung abgelehnt worden waren und sie nach Moskau zurückkehrten, organisierte der Petöfikreis eine Solidaritätsdemonstration für Polen für den 23.10. Der Innenminister gab sogar seine Erlaubnis!

Der Beginn der Revolution

ZEITGESCHICHTE

Am Morgen des 23.10. wurde die Demonstration doch verboten, aber am Nachmittag, als sich trotzdem viele Demonstranten versammelten, wieder erlaubt. Ziel der verschiedenen Züge war das Denkmal des polnischen Generals Bem, der 1848/49 die revolutionären Truppen Ungarns gegen Österreicher und Russen kommandierte. Nachdem eine 7-Punkte-Resolution des Schriftstellerverbandes vorgetragen worden war, begaben sich die Menschen zum Parlament, wo sie von einer Rede Gerös, die Öl ins Feuer goß, hörten; so wurden sie zu weiteren Aktionen angetrieben. Ein Teil der Leute zog zu einem großen Stalin-Denkmal, das dann gestürzt wurde. Etwa 10 000 Menschen zogen zum Rundfunkhaus, um die Resolution im Radio durchgeben zu lassen. Viele Arbeiter, Polizisten und Soldaten schlossen sich nach Arbeitsschluß der Demonstration an. Das Rundfunkhaus wurde von der AVH abgeriegelt, die aber eine Delegation einließ. Als die Delegation nicht zurückkehrte, kam es zu Rangeleien; schließlich eröffnete die AVH das Feuer und trieb die Menschen in die Seitenstraßen. Auch aus



„Überall Arbeiter- und Bauernräte“

der Menge heraus fielen Schüsse, Polizisten und Soldaten verteilten ihre Waffen, und sehr schnell wußte man in der Stadt über das Blutbad Bescheid. Junge Arbeiter holten Waffen aus den Betriebsdepots, verteilten sie und bildeten spontan Kampftruppen an vielen Stellen in der Stadt. Nachdem Nagy schon am 23.10. abends vom Parlament aus zu den Demonstranten gesprochen hatte, wurde er am 24. morgens zum Ministerpräsidenten gemacht und rief gleichzeitig, da er über die wahre Lage nicht Bescheid wußte, sowjetische Truppen gegen einen "konterrevolutionären Putsch" zu Hilfe. Gleichzeitig bildete sich ein Budapester Revolutionsrat aus Arbeitern und Studenten. Ebenso wurde an diesem Tag Gerö als Parteisekretär durch Janos Kadar ersetzt, der im Gefängnis gefoltert worden war. Ab 8.30 Uhr waren die Kampftruppen mit Sowjetpanzern im Gefecht. Die Panzer hatten oft keine Chance gegen die Molotowcocktails der Freiheitskämpfer.

Einer der Brennpunkte war die Kili-ankaserne, wo nach Angriffen der Arbeiter die dort liegende Panzereinheit unter Oberst Pal Maleter zu den Revolutionären überging. Die Kämpfe dauerten bis zum 29./30.10., als sich die Sowjettruppen zurückzogen. Die Revolutionäre hatten das Feld behauptet!!!

Die Lage im übrigen Ungarn war sehr viel klarer als in Budapest. Hier hatte die Revolution schnell und oft unblutig gesiegt. Meist mußte nur die AVH bekämpft werden, wobei Sowjettruppen oft Hilfe leisteten. Im Gegensatz zu Budapest ging auch der Rundfunk ohne Probleme in die Hand der Revolutionäre über. Nur in der Provinzstadt Magyarovar gab es ein Massaker mit 101 Toten. Die Folge war Lynchjustiz an AVH-Polizisten.

Der Fortgang der Revolution Die Räte

Überall wurde ab dem 24.10. der Generalstreik praktiziert. Überall auch

- Arbeiterselbstverwaltung in den Betrieben und in den Gewerkschaften,
- Erhöhung der Löhne und Renten.

Viele forderten auch parlamentarische Demokratie, was für Ungarn gegenüber dem Horthyregime ein Fortschritt gewesen wäre und Möglichkeiten garantierte, sich frei zu entscheiden, ein Fortschritt gegenüber dem stalinistischen Regime. Jedenfalls wurden die Räte zu einer zweiten Regierung. Der Zentralrat von Miskolc proklamierte am 27.10. zum Beispiel die Machtübernahme für die Region Borsod. Die Bauern bildeten trotz einer konservativen Grundhaltung in vielen Gebieten ebenfalls Räte und teilten entweder das Land auf oder arbeiteten im Kollektiv unter selbstgewählter Leitung weiter. Sie lieferten Lebensmittel an die Zentralräte und stellten so die Ernährung sicher. Sie waren weder an der Rückkehr der Großgrundbesitzer, noch an der Gängelung durch Kolchosenbürokraten interessiert. Auch ein "Nationalrat der freien Gewerkschaften" wurde gebildet. Er stellte am 26.10. ein detailliertes Forderungsprogramm auf. Am 27.10. wurde Nagy bewußt, daß seine Regierung immer mehr an Einfluß verlor; er nahm deshalb Vertreter der wiedererstandenen Parteien in sein Kabinett auf. Er rief ständig zu Ruhe und Ordnung sowie zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Die Zentralräte, die sich in Györ koordinierten, blieben mißtrauisch, beharrten auf dem Streik und drohten faktisch mit einer Gegenregierung. Am 26.10. begann in Budapest die organisierte Jagd auf AVH-Polizisten, gegen die sich jetzt der lange aufgestaute Haß entlud. Hunderte von ihnen wurden erschossen oder

garns aus dem Warschauer Pakt und erklärte die Neutralität des Landes.

Die blutige Zerschlagung der Revolution

Am selben Tag wurde beobachtet, daß neue sowjetische Truppen - später stellte sich heraus, daß es zwölf Panzerdivisionen waren - ins Land hineinströmten. Am 3.11. hatten sie außerhalb der Großstädte alle wichtigen Bahnhöfe, Flugplätze und Straßenkreuzungen besetzt. Am Abend desselben Tages verschwanden vier Minister, darunter der Generalsekretär der Partei, Janos Kadar. Sie waren in der Sowjetbotschaft, wo sie sich mit dem Politbüromitglied Mikojan trafen. Um Mitternacht wurde Pal Maleter, der Verteidigungsminister geworden war, und Generalstabschef Kovacs bei Verhandlungen mit der Sowjetarmee gekidnappt. Am 4.11. um 4 Uhr morgens begann der sowjetische Angriff auf die großen Städte mit Bombenangriffen und schwerer Artilleriefeuer. Die Revolutionäre bauten ihre Barrikaden wieder auf, wohl wissend, daß die Situation militärisch hoffnungslos war. Dann rückten die Panzer vor. Viele gingen in Flammen auf; Panzer sind für den Kampf innerhalb von Städten nicht geeignet. In Budapest waren die Arbeiter- und Fabrikviertel neben den Brennpunkten des ersten Kampfes die Hauptwiderstandszentren. Erst nach zehn Tagen ging der bewaffnete Widerstand zuende; da nämlich gab es keine Munition mehr. Guerillaaktionen fanden allerdings bis weit ins Jahr 1957 statt.

Die neue Regierung

Am 4.11.1956 tauchte Janos Kadar wieder auf; er bildete in Szolnok eine neue "Arbeiter- und Bauernregierung", die die Sowjetregierung um "Hilfe bei der Liquidierung der konterrevolutionären Kräfte und Wiederherstellung der Ordnung" bat, während die Nagy-Regierung in die jugoslawische Botschaft flüchtete. Auch AVH-Polizisten zeigten sich wieder und führten ihren Terror gegen die Bevölkerung fort. Es wurde behauptet, faschistische Elemente hätten Mängel in Ungarn ausgenutzt. Kadar äußerte Versprechungen und Drohungen, als er sah, daß die Arbeiter sich nicht fügen wollten und weiterstreikten

Arbeiterräte und Streiks

Der Einfluß der Arbeiterräte verstärkte sich noch und der Generalstreik wurde - soweit möglich - noch ausgedehnt. Die Machtverteilung wurde klar, als am 16.11. die Regierung gezwungen wurde, mit dem Zentralrat zu verhandeln, der die Anerkennung

ZEITGESCHICHTE

bildeten sich Arbeiter- und Bauernräte. Sie schlossen sich für die Regionen in Zentralräten zusammen. Die Forderungen waren unterschiedlich, sogar widersprüchlich. Gemeinsam war ihnen:

- die Abschaffung der AVH,
- Abzug der Sowjettruppen,
- politische und bürgerliche Freiheit,

totgeprügelt. Da die Sowjetunion mit ihrem bewaffneten Angriff auf die Revolution den letzten Kredit verspielt hatte und die Regierung wieder an Autorität gewinnen wollte, proklamierte sie am 1.11. den Austritt Un-

eines nationalen Arbeiterrates forderte; außerdem die Einrichtung von Betriebsmilizen, den Abzug der Sowjettruppen, die Freilassung aller Gefangenen. Alle Forderungen wurden abgelehnt und verschiedene Zwangsmaßnahmen, wie die Unterbrechung der Lebensmittelfuhr, nutzten nichts. So wurden die Räte ab Anfang Dezember durch Verhaftung der Delegierten, Militarisierung der Fabriken und durch ihre Denunzierung als konterrevolutionär nach und nach ausgeschaltet. Der Streikwille der Arbeiter wurde durch massenhafte Hinrichtungen und andere ähnlich brutale Maßnahmen langsam gebrochen; Streikwellen und passiver Widerstand dauerten dennoch bis 1958/59 an. Die letzten Arbeiterräte wurden erst im November 1957 aufgelöst. Es gab insgesamt 25 000 - 40 000 Tote, davon etwa 7000 Sowjets. Imre Nagy wurde am 23.11. 1956 nach Rumänien deportiert, nachdem er aufgrund von Versprechungen der Sowjets die jugoslawische

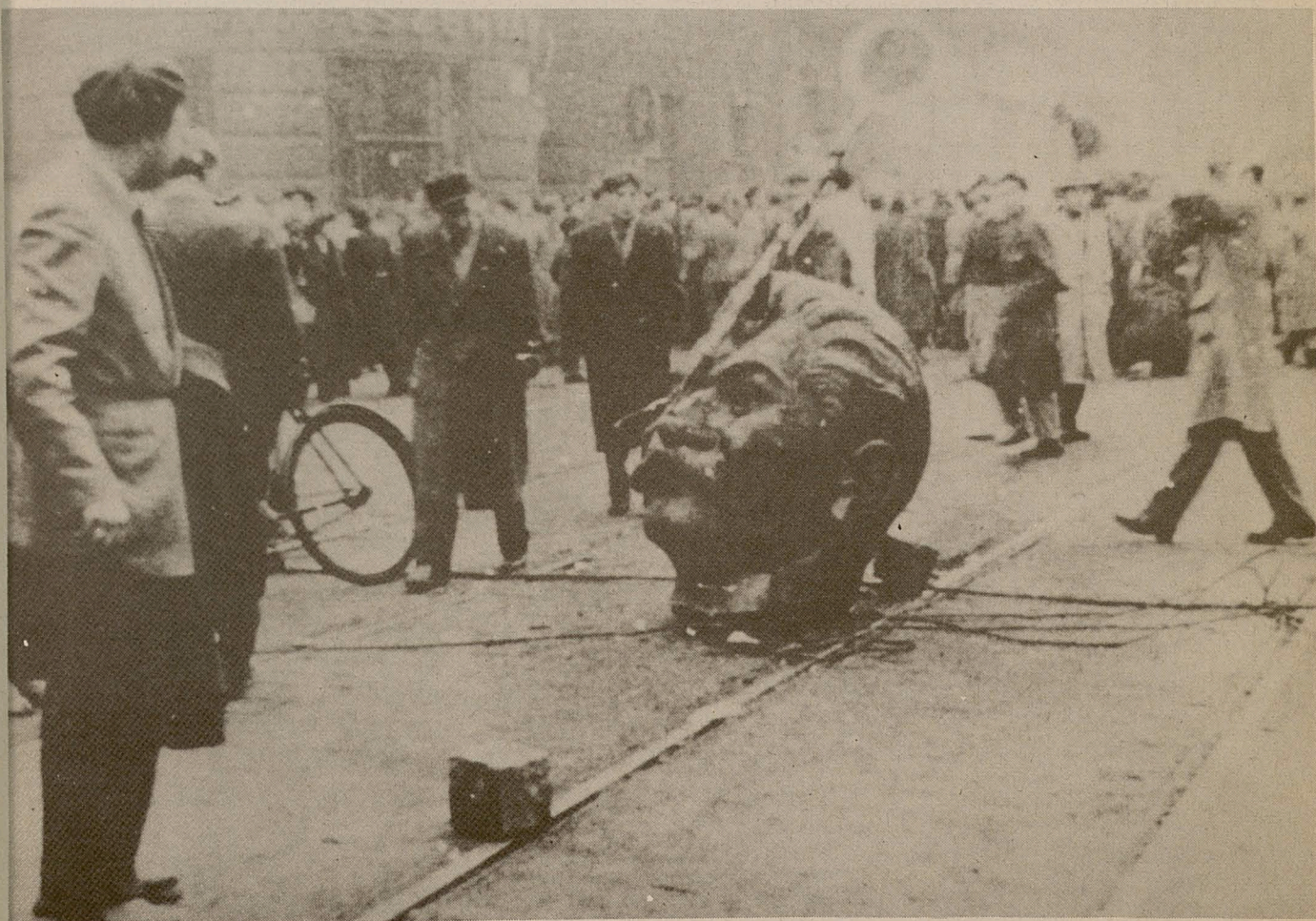
enthüllt wurde. Es zeigte sich, daß die Ausbeutung in den "sozialistischen" Ländern keineswegs abgeschafft worden war, sondern sogar verschärft wurde: Einführung des Akkordlohns als grundlegende Struktur, massenhafte Zwangsarbeit, Vernachlässigung des Konsums waren Beweis dafür. Die un-

Die Bedeutung der ungarischen Revolution

garischen Arbeiter und Bauern haben gezeigt, daß die Massen der auch in volksdemokratischen Systemen Ausgebeuteten sich ihre eigenen Machtorgane schaffen und damit durch Solidarität und Kooperation die terroristische Kontrolle der Technobükratie überwinden können. Dies war wohl einer der Hauptgründe für den sowjetischen Entschluß, die ungarische Revolution

Propagandagetöse nie eine Revolution der Basis unterstützt und effektiv nichts für die Ungarn getan, denn seit Jalta wird die Funktion der Sowjetunion als Ordnungsmacht für Osteuropa akzeptiert. In Polen z.B. war der Termin für die Verhängung des Kriegsrechts am 13.12.1981 den US-Geheimdiensten vorher bekannt; sie machten ihn jedoch nicht öffentlich, der unabhängigen Gewerkschaft Solidarnosc wurde so nicht die Chance zu effektiverer Arbeit aus dem Untergrund heraus gegeben.

ZEITGESCHICHTE



Botschaft mit seinen Getreuen verlassen hatte. Im Januar 1957 wurde er von einem AVH-Kommando ermordet. Bekanntgegeben wurde sein Tod erst im Juni 1958; angeblich wurde er nach einem Geheimplatz hingerichtet. Eine der wichtigsten Folgen der ungarischen Revolution ist, daß der wahre Charakter nicht nur des Stalinismus, sondern des ganzen Partei- und Staats-Systems sowjetischer Prägung

blutig niederschlagen, und nicht die Tatsache, daß ab 1.11.1956 die Suez-Intervention der Engländer und Franzosen die günstige Gelegenheit bot, propagandistisch von den eigenen Schweinereien abzulenken, oder die Einschätzung, daß Ungarn strategisch für die Sowjetunion ebenso wichtig ist wie die DDR oder Polen, denn das ist unzutreffend. Auch die Berufsantikommunisten im Westen haben trotz

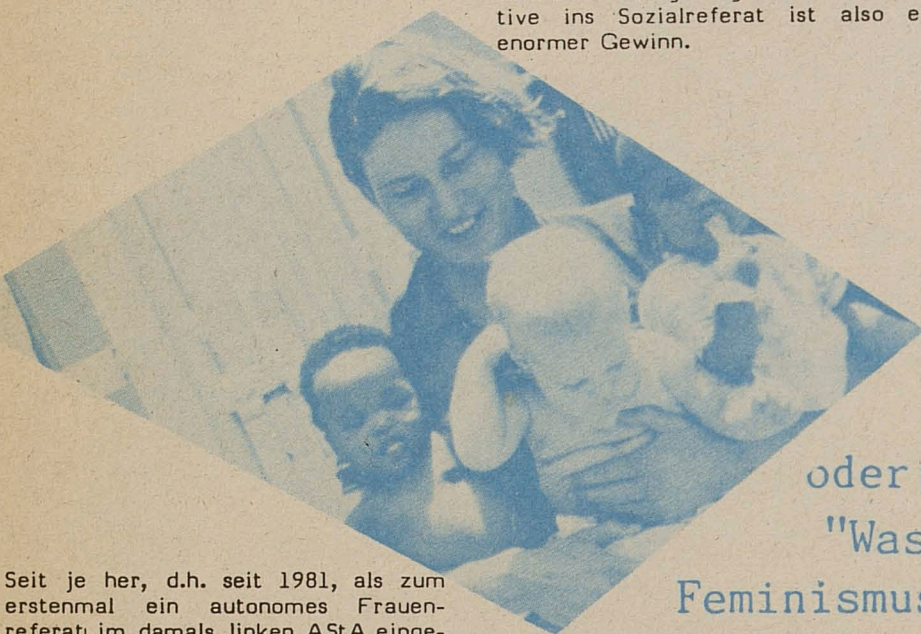
So müssen die Arbeiter im Ostblock immer mit der indirekten Gegnerschaft des Westens rechnen, zumal die Interessen der herrschenden Schichten im Osten und im Westen immer weiter zusammenwachsen - auch durch den wachsenden Einfluß des Westens auf die östlichen Wirtschaften über Technologietransfer, Nahrungsmittel- und Ölabhängigkeit.

Berthold Mader

Auf dem ersten Flugblatt, auf dem ausgerechnet die Burschen-Liste "Kolibri" den linken AStA des faschistischen Terrors bezichtigte, fehlte zu meinem großen Erstaunen die Beschimpfung einer Hochschulgruppe und eines Referates - den autonomen Frauen "Femfatal" und dem autonomen Frauenreferat im AStA schien nichts anzuhängen zu sein. Das holtet dann kurz darauf ihr Koalitionsgeschwister vom RCDS nach: "Stiftung AStA-Test"!

Mein Kompliment für die verantwortlich zeichnenden Frauen: das beste RCDS-Flugblatt, das mir in meinen neun Semestern Bonn in die Hände gekommen ist. Aber ich weiß, warum ich seit fast drei Jahren im autonomen Frauenreferat mitarbeite und nicht beim RCDS oder sonst einer Organisation, und mag sie sich auch noch so frauenfreundlich zeigen. Da sind mir die christdemokratischen Anklänge natürlich nicht entgangen.

FRAUEN



Seit je her, d.h. seit 1981, als zum erstenmal ein autonomes Frauenreferat im damals linken AStA eingerichtet wurde, und dann wieder 1983, als mit der Ablösung des inzwischen rechten AStAs erneut ein autonomes Frauenreferat durchgesetzt wurde, und seitdem immer mal wieder wurde die RCDS-Position deutlich: Die Probleme der Frauen sollen im Sozialreferat gelöst werden, wenn überhaupt!

Fürs jüngste Flugblatt heißt das übersetzt: Wenn ihr RCDS-Frauen fordert, daß die Frauenreferatsfrauen sich mit konkreten Frauenproblemen beschäftigen sollten, etwa mit der Einrichtung einer Kinderkrippe für Kinder von Studentinnen und Studenten, dann meint ihr wohl wie ich, das sei eine Aufgabe fürs Sozialreferat. Recht haben wir, und so besteht im Sozialreferat schon seit längerem eine Elterninitiative, die sich genau mit dieser Forderung auseinandersetzt und sich um Lösungen bemüht. Eine El-

40 AKUT

Hat bei den "Rechten" schon der Wahlkampf für die kommende Wahl zum Studentinnenparlament begonnen? Kurz hintereinander zwei "Entlarvungsflugblätter" über den AStA, oder doch zumindest welche, die diesen Anschein geben.

Von der Aufgabe der Frau

terninitiative wohlgerneht, weil diese Eltern inzwischen gelernt haben, daß Kinder die Angelegenheit von mindestens zweien sind. Bei euch zeigt es sich wieder: Das Problem mit den Frauenproblemen ist ja gerade, daß sie keine Frauenprobleme, sondern Gesellschaftsprobleme sind, die aber schon seit langer, langer Zeit immer zu Problemen für Frauen gemacht werden. Und ihr arbeitet kräftig mit daran

Deshalb habe ich während meiner ganzen Mitarbeit im Frauenreferat keine Krabbelgruppe organisiert, obwohl es sogar in der Zeit, als ich im Frauenreferat anfang zu arbeiten, konkrete Bemühungen um eben solch eine Krabbelgruppe im Frauenreferat gab. Das Frauenreferat trug diese Elterninitiative und bot auch wöchentlich die Gelegenheit zum Kinderschwimmen, aber all das nicht, weil wir Kinder für ein Frauenproblem halten, sondern weil in unserer Gesellschaft und auch an unserer Uni Mütter allzu oft allein gelassen werden. Die Verlagerung der Elterninitiative ins Sozialreferat ist also ein enormer Gewinn.

Ich bin überzeugt, daß Frauen aus ihrer Isolation müssen, aus dem Glauben, alles selber zu verschulden, daß sie über ihre Unterdrückung sprechen müssen und damit in die Öffentlichkeit treten. Deshalb brauchen wir öffentliche Räume, in denen wir die Unterdrückungsmechanismen in uns und um uns analysieren können; und diese Räume müssen autonom sein, was nicht heißt bezugslos und isoliert, die Frauen müssen ihre Inhalte selber bestimmen. Ihr werft dem Feminismus vor, daß er sich als Geschlechterkampf darstellt, aber zum kämpfen gehören immer zwei: eine, die was zu gewinnen hat, und einer, der vermeintlich etwas verliert. Nur, ein Frauencafé muß keine Bedrohung für Männer sein, es ist eine Einrichtung für Frauen. Und warum sollten wir uns eine Form der Auseinandersetzung, die Spaß macht und fruchtbar ist, verbieten?

Jede Frau wählt sich selber aus, ob und wie sie sich zu emanzipieren hofft. Es gibt eine Reihe von Erfahrungen, länger als 500 Jahre Frauenbefreiungsbewegungen. Die feministische Diskussion unter Frauen knüpft an solche Erfahrungen an und wird von den Erfahrungen, Beobachtungen und Gedanken vieler unterschiedlicher Frauen getragen. Und weil ich so sehe, daß die feministische Diskussion die breitesten Wege eröffnet, deshalb arbeite ich in einem autonomen Frauenreferat zusammen mit den autonomen Frauenprojekten in Bonn und der Frauenforschungsgruppe an unsere Uni. Ich versuche, die Erfahrungen, Beobachtungen und Gedanken weiterzugeben und immer wieder Ansatzpunkte für neue und auch alte Diskussionen zu schaffen. Und eine dieser Beobachtungen, Erfahrungen und Gedanken ist, daß die Festlegung der Frau auf ihre Funktion als Mutter und Zuarbeiterin des Mannes, so wie ihr es macht, die Abhängigkeit von Frauen erhöht mit Ausnahme einiger weniger.

oder:

"Was

Feminismus

nicht heißt ...

Eben auf solche Schritte zielt mein politisches Arbeiten ab. Es geht mir darum, auf frauendiskriminierende Strukturen unserer Gesellschaft aufmerksam zu werden und aufmerksam zu machen. Konkret für meine Arbeit im Frauenreferat heißt das, daß ich Möglichkeiten für Frauen eröffne (mich eingeschlossen), um sich klar darüber zu werden, wie die Probleme von Frauen in unserer Gesellschaft eigentlich verursacht werden, wer was wozu beiträgt und wie die Bedingungen für Frauen zu verbessern sind. Die erste Einsicht für mich war dabei, daß die Probleme von Frauen sich nicht durch kleine Sozialleistungen in den dringendsten, sprich: für Frauen unerträglichsten Bereichen lösen lassen. Wer das ignoriert, führt Frauen absichtlich oder nicht an der Nase herum.

Mir ist klar, daß folgerichtig nur ein linker AStA ein autonomes Frauenreferat duldet, ein AStA nämlich, in dem die Meinung vorherrscht, daß es nicht Aufgabe des AStAs sein kann, soziale Defizite abzufangen. Das nämlich ist die Aufgabe der Sozialgesetzgebung in Bund, Ländern und Kommunen. Das einzige, was der AStA leisten kann, ist, auf die Mängel eben in der Sozialgesetzgebung aufmerksam zu machen, sie zu benennen, die Folgen für die Student/inn/en darzustellen und von den Regierungen Verbesserungen statt Verschlechterungen zu fordern. Und da ihr RCDS-Frauen das nicht tut, da ein rechter AStA daran kein Interesse hat, ist euer Frauenengagement unglaublich unwürdig.

Mit feministischen Grüßen

Maria Jansen

BACK TO THE FUTURE

Ich freu' mich.

Du bist wieder da -
nach langer Zeit

bist Du wieder die Nummer Eins!

HILFE

Suchen, fixieren, abdrücken -
mit tödlicher Sicherheit -
danebenschießen.

Dann Dein Lachen ...

Since I Tend Out To Be

Living on an Island

There Is No Way Out Of Here

No Way To Far

To The Wunder-Bar ...

all done by mx'87

W
Wann

Wann werden

Wann werden wir

Wann werden wir wieder

Wann werden wir wieder ...

(Man, eyh, nich' so phantasielos!)

POESIE
TERMINE

Die Politik des AStA-Kulturreferats

Donnerstag, 15. Januar
19.00 Uhr, Hörsaal 17

Diskussion mit

- * Bert Schellenberger (AStA-Kulturreferat)
- * Cosa Nostra
- * De Schnüss
- * Traumpalast (Trägerverein "Brotfabrik")
- * Trägerverein Faßbender-Fabrik

Veranstalter: Liste undogmatischer
Student/inn/en (LUST)

Zukunftstechnologien - Zukunftskongresse

Mittwoch, 21. Januar
18.00 Uhr, Ort noch unbekannt

Staatliche Forschungspolitik in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen im Vergleich. Referenten:

- * Welf Schröter (GEW BaWü)
- * Johannes Wildt (GEW NRW)

Veranstalter: Kultur- und Antirepressionsreferat des AStA

Zensur durch Paragraphen?

Freitag, 16. Januar
19.00 Uhr, Hörsaal 17

Diskussion über die Problematik des politischen Mandats und der neuen "Sicherheitsgesetze" und ihrer Auswirkungen auf Druckerzeugnisse, mit

- * Wolfgang Lindweiler (ehemaliger AStA-Vorsitzender der Uni Köln)
- * einem Buchhändler

Veranstalter: Antirepressions-Referat des AStA

Bonner Antifaschisten lesen aus Werken von Bonner Faschisten

Montag, 19. Januar
20.00 Uhr, Hörsaal 8

Lesung mit Kommentaren von Hartmut Meyer und Margret Feit

Veranstalter: AStA

Am 1. Januar 1987 trat die Neufassung des § 129 a StGB ("Werbung für eine terroristische Vereinigung") in Kraft. Nach der alten Fassung erhielten die Inhaber des Buchladens 46 auf der Kaiserstraße ein Verfahren angehängt. Sie sollen Nr. 132 der Zeitschrift "Radikal" verbreitet haben. "Radikal" ist in der BRD verboten. 1984 verurteilte ein Berliner Gericht Benni Härlin und Michael Klöckner vom Trägerverein der damals in Berlin ansässigen Zeitung zu je 2 1/2 Jahren Haft wegen Verstoßes gegen § 129 a. (Die beiden befinden sich auf freiem Fuß, da sie als Europa-Abgeordnete der Grünen Immunität genießen.)

Leiwand!

WOLFGANG AMBROS
& No. 1 VOM WIENERWALD

Selected Live

<Polydor, 3 LPs>

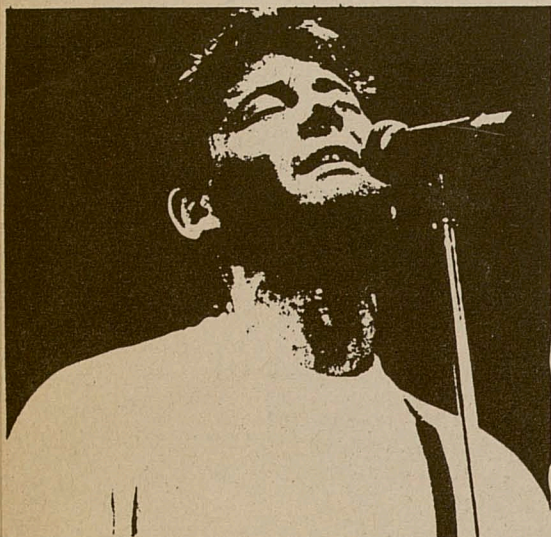
Da Dezemba is de Zeit da G'schenk und Sentimentalität. Gaunz dazua paßt des ausgwöhde Live-Material aus d'letzten vier Jähr, was vom Wolferl kummt. Nix neichs, bewährt's und net so bekänt's aus fufzehn Jähr Bisnes, zwaa Stund Konzert vo Wean, Münchn, Burgleganföld und sunstwo. Leiwand is di Auswahl da Titel bezogn auf den Urt des G'schehens: Lieada wia "Polizist" und "Ignorantenstadl" entsprechn voll da Atmosphäre da Festung Wackersdorf, und so zum

MUSIK

Anti-WAAhnsinnsfestival. Genauso g'hert de Unbeliebtheitsballade "Lokalverbot" in a klanes Weaner Beisl (A Wahnsinn, da spült'a mit'n Gulda-Trio). A leiwande Qualität der Aufnahme bring't, daß ma si wia im Konzert füh't, sogoa die Text kännst vasteh. Außadem haut si die Band - die "No. 1 vom Wienerwald" - voll ins Zeig, a bei de L'amourhatscha, und hülft eam bei gschissenen Textstöhn weida. Wolferls g'sammelte Lebensweisheiten und Dram mit sein Glaubn an den einsamen stärken Männ, der auf alle und alles scheißt und "Wie a Adler" drübersteht, känn an uandlich aufäuln. Sicha is des da Weaner Schmah, 's Doppelgleis aus ana Arroganz und umezwinkern, was nua da Wolferl kân.

A bisl z'großgeschat woa des Beiwerk zua de Scheibn. A Kalenda, wo'st eam 13 mal in Färb siechst, und no mea Tourneekitschschmus von da gänzn Partie, 's ärgste is, wans sein Geburtstag feiern (auf da letztn Seitn) - bei ällm wås i pack, des is ma zvü!

Trotzdem, Madln und Buaschn, de Scheibn bringts. jb



Haut si voll ins Zeig: Wolferl

42 AKUT

LIVE-TERMINE

BISKUITHALLE:
Wesselwerke, Siemensstr., Bonn 1

FRITZ BRAUSE
Montag, 12. 1. 87, 20.00 Uhr

THE MISSION
Sonntag, 18. 1. 87, 20.00 Uhr

STADTGARTEN,
Venloer Str., Köln

WDR-BIG BAND
Freitag, 16. 1. 87, 21.00 Uhr

CASSIBER
Montag, 19. 1. 87, 21.00 Uhr

T. COE & H. ROBERTSON QUINTET
Freitag, 23. 1. 87, 21.00 Uhr

GINGER BAKER NEW BAND
Di., 27. & Mi., 28. 1. 87, 21.00 Uhr

AULA UNI KÖLN:
Albertus-Magnus-Platz, Köln

DIE SCHMETTERLINGE
Samstag, 17. 1. 87, 19.30 Uhr

GOTTFRIED-KINKEL-SCHULE:
August-Bier-Str., Bonn

LYDIE AUVRAY & DIE AUVRETTES
Samstag, 17. 1. 87

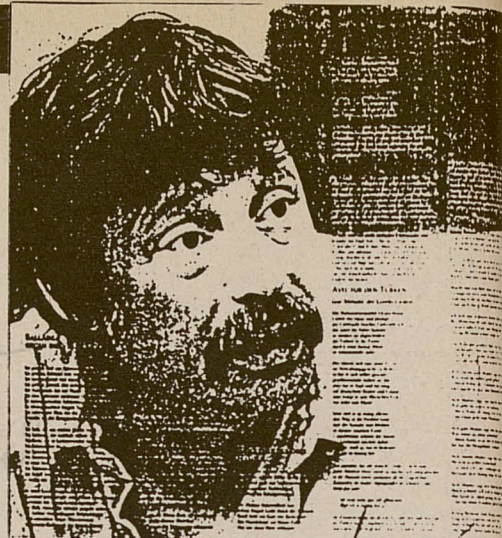
JAZZ GALERIE:
Oxfordstr., Bonn 1

JASPER VAN'T HOF'S PILI PILI
Dienstag, 20. 1. 87, 21.00 Uhr

ULI'S BLUES BAND
Freitag, 30. 1. 86, 21.00 Uhr

LIVE-TIP

Die deutsch-englische Formation CASSIBER gastiert dieser Monat (s. o.) im Kölner Stadtgarten. Das Quartet - bestehend aus Heiner Goebbels (Tasteneinstrumente, z. T. Blasinstrumente), Alfred Harth (Saxophone), Christoph Anders (Gesang, Gitarre, Synthesizer) und Chris Cutler (Schlagwerkzeuge) - hat bisher drei hervorragende Langspielplatten (alle bei EIGELSTEIN) mit ihrer ungewöhnlichen Musik herausgebracht, die vor allem durch die kompromißlose Reibung verschiedenster musikalischer Bestandteile beeindruckt, was bei der musikalischen Biographie der vier außergewöhnlichen Persönlichkeiten eigentlich nicht verwundert: Heiner Goebbels hat vor allem für Theater (Heiner Müller) und Film (Helke Sander) komponiert, spielte mit Alfred Harth im Duo und im "Sogenannten Linksradiakalen Blasorchester", bei dem auch Christoph Anders mitwirkte; Chris Cutler kommt aus der Londoner Scene um Gruppen wie "Soft Machine" und "Henry Cow" stammt.



Lebendig

WOLF BIERMANN

Seelengeld

<EMI-Musikant, 2 LPs>

Im November ist er fünfzig geworden und zehn Jahre im Westen; immer noch lebt er in dieser unserer BRD, er ist nicht nach Paris, wo er noch Freunde hat, von denen er auch singt. Aber er sucht hauptsächlich immer noch die Auseinandersetzung mit dieser neuen Heimat, mit Besinnung auf Heinrich Heine, ebenfalls ein Exilant, in Liedern wie dem über Cemal Altun, der sich in Berlin aus dem Fenster stürzte, oder in seinen scheinbar privaten Balladen oder Liebesliedern, die bei Biermann nie unpolitisch sein können. Eigentlich ist über die Platte schlecht zu schreiben, denn sie ist ein Erlebnis - kein Werk zum Nacherzählen. Nur noch zwei Dinge: Schön ist, daß er endlich Brechts Kinderhymne aufgenommen hat, seine Spezialzugabe in vielen Konzerten, und daß er mit den adäquaten Musikern Klaus Gutjahr (Bandoneon) und Fuak Saka (Saz) zusammengearbeitet hat. jb

SCHREIBARBEITEN

C H R E I B A R B E I T E N
Tel. 481142
* Korrekturabzug vorab
* Blocksatz
* versch. Schrifttypen
* Fettdruck
* Seite DM 3,50
Tel.: 481142

asta WINTERFEST - PROGRAMM

PRAGER HOLZ & BLECH ENSEMBLE

HEITER BIS WOLKIG

SHIGI PRODUCTIONS

CICUS MORIDISI

SPELMAN - TRIO

DIE KEHRSAITE

REVEREND SAXX

DUO AMISTAD

SWAPO - CHOR

TRES HOMBRES

BLUES EXPRESS

MORGENWAHN

MAINSQUEEZE

LESUNGEN

SIX PACK

JÖ KÖNIGS

DIN-A-DRY

FILME

& ENNO ...

Vorverkauf:

Buchladen 46

Nora-Frauenbuchhandlung

Progress-Buchhandlung

AStA-Intershop Poppelsdorf

AStA-Intershop Nassestraße

V. I. S. G. P.
Kurt Schellhammer
Kaiserstr. 11, 5300 Bonn 1



RÖMISCHER
PILSENER
Spezial



RÖMISCHER
PILSENER
Spezial



RÖMISCHER
PILSENER
Spezial



Programmübersicht

HÖRSAAL I (THEATER)

18:00 UHR HEITER BIS WOLKIG
20:30 UHR DIN-A-DRY
22:30 UHR SHIGI PRODUCTIONS

HÖRSAAL X (MUSIK)

18:00 UHR MAINSQUEEZE BIG-BAND
19:30 UHR REVEREND SAXX
22:00 UHR BLUES EXPRESS

GARDEROBENHALLE (MUSIK)

18:00 UHR SIX PACK
19:30 UHR DEAD CHICKENS
20:30 UHR PRAGER HOLZ- UND BLECHENSEMBLE
23:00 UHR TRES HOMBRES

E - RAUM (MUSIK)

20:00 UHR DUO AMISTAD
21:30 UHR KEHRSAITE
23:00 UHR SPELMAN - TRIO

HÖRSAAL III (LESUNGEN)

AB 18:00 UHR BIS 24:00 UHR
MIT:
JOSEF HAVERKAMP (KNASTLITERATUR)
SIEGFRIED PATER (ENTWICKLUNGSHILFE)
PIPS (DADAISMUS) UND
NORA-FRAUENBUCHLADEN (FRAUENLITERATUR)
GENAUE ANFANGSZEITEN BITTE DEM ANSCHLAG
AM HÖRSAAL III ENTNEHMEN

HÖRSAAL VII (MULTI-MEDIA)

18:00 UHR MORGENWAHN
22:30 UHR "

HÖRSAAL VIII (FILME)

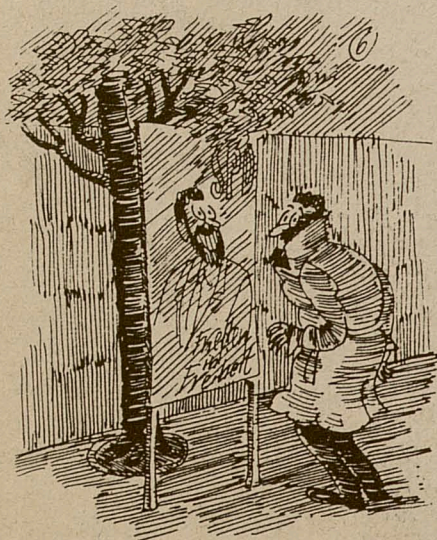
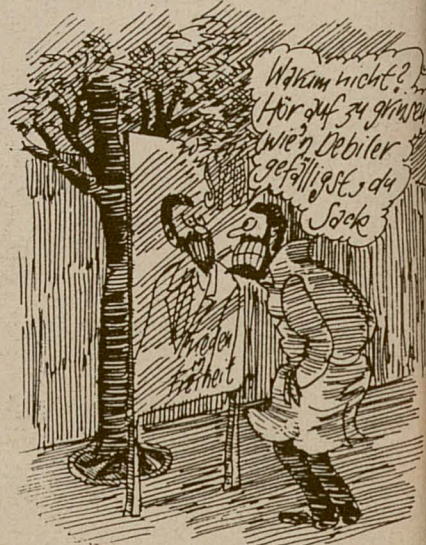
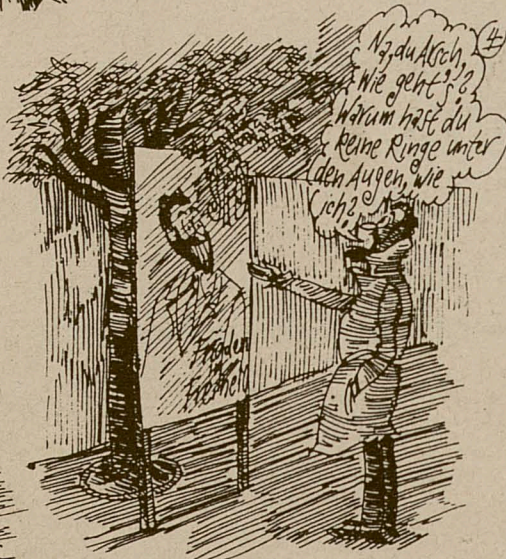
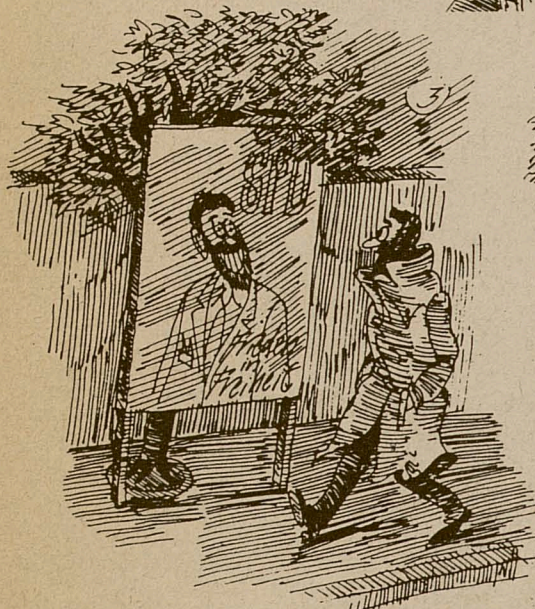
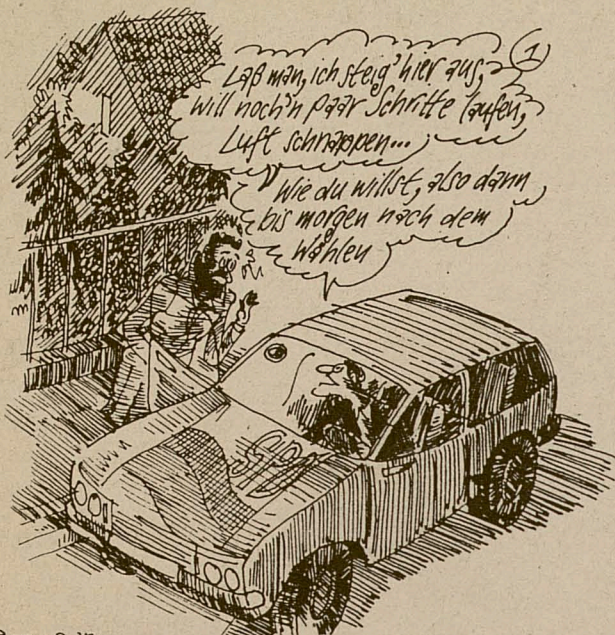
AB 18:00 UHR
ZEICHENTRICKFILME
24:00 UHR MITTERNACHTSFILM: DIE HEXE
VON RHEINBACH

EINGANG KUNSTHISTORISCHES SEMINAR

AB 22:00 UHR DISCO MIT MMM
(MOLA MASA MUSIC)

& ENNO

Änderungen im Programm behalten wir uns vor!



AKUT

Bonner Student·inn·enMagazin

Februar 1987 Nr. 221



WIEN

ABSAGE AN
EINE MODESTADT

Remis bei SP-Wahl / Stellen-Streichkonzert